

A Service of



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre

Steppuhn, Uwe Dieter (Ed.)

Working Paper

Begegnungen in schwieriger Zeit: Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten berichten über eine Studienreise durch Israel

Arbeitspapier, No. 77

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Steppuhn, Uwe Dieter (Ed.) (2003): Begegnungen in schwieriger Zeit: Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten berichten über eine Studienreise durch Israel, Arbeitspapier, No. 77, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at: https://hdl.handle.net/10419/116536

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.





Arbeitspapier 77

Uwe Dieter Steppuhn (Hrsg.)

Begegnungen in schwieriger Zeit

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten berichten über eine Studienreise durch Israel

Begegnungen in schwieriger Zeit

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten berichten über eine Studienreise durch Israel

Uwe Dieter Steppuhn (Hrsg.)

1

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung

Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB

Hans-Böckler-Straße 39 40476 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 77 78-144 Fax: (02 11) 77 78-210

E-Mail: Uwe-Dieter-Steppuhn@boeckler.de

Redaktion: Uwe Dieter Steppuhn, Leiter der Abteilung Studienförderung

Best.-Nr.: 11077

Gestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal

Produktion: Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, Dezember 2003

€ 20,00

Inhalt

Vorbemerkung	5
Das Programm	7
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer	11
Herbert Clasen Empfang im Hause von Auer	13
Georg Eckardt Konflikte mit friedlichen Mitteln lösen	15
Ursula Schumm-Garling/Jochen Fuchs Von Intifada zu Intifada	18
Jochen Fuchs Staatsbürger 2. Klasse: Israels palästinensische BürgerInnen und ihre kommunalen Probleme	21
Michael Hofmann Die Gründung des palästinensischen Staates ist unsere große Hoffnung auf Frieden in der Region	24
Klaus Peter Kisker Der politische Diskurs ist unterentwickelt	25
Elisabeth Schwabe Durch das Wadi Ara nach Bart´a	27
Rainer Müller Es ist notwendig, Kompromisse zu finden	29
Volker Schmidt-Kohl Kibbuzforschung	33
Ursula Schumm-Garling Schuld lähmt, Verantwortung belebt	34
Elisabeth Schwabe Golan	36
Volker Schmidt-Kohl Subtile Unterstützung anbieten	38
Harald Vogel Yad Vashem	39
Ingeborg Wender The Israel Women's Network (IWN): Auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter	42
Rainer Müller Kriegsmüde, traurig und ratlos: Die politische Stimmung in der israelischen Öffentlichkeit	46
Rainer Müller In der Knesset	48

Andrä Wolter	
Hochschulsystem und Hochschulpolitik in Israel	49
Herbert Clasen Zwei Nationalstaaten in einer Konföderation können die Lösung sein	55
Georg Eckardt Enorme Unterschiede in der Lebensqualität	58
Jochen Fuchs Der zukünftige palästinensische Staat muss säkular sein	60
Michael Hofmann Aus Europa kommt nicht genügend Druck	66
Klaus Peter Kisker Nur noch 25 % der Kinder bleiben Kibbuz-Mitglieder	68
Rainer Müller Besuch des biblischen Arad	71
Harald Vogel Im Zustand der Selbstlähmung	72
Volker Schmidt-Kohl Dieses Land befindet sich im Krieg	74
Selbstdarstellung der Hans-Böckler-Stiftung	77

Vorbemerkung

Als sich am 21. Februar 2002 fünfzehn Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Hans-Böckler-Stiftung auf den Weg nach Israel machten, war das Flugzeug zwar überbucht; aber es war doch eine der ganz wenigen Gruppen, die sich angesichts der akuten Konflikte im Nahen Osten in Israel ein eigenes Bild über die Lage machen wollten.

Den Wenigen, die in dieser Zeit Israel besuchten, wurde große Aufmerksamkeit zuteil. So hatte die Gruppe die Chance, in vielen intensiven Gesprächen Positionen zur Kenntnis zu nehmen und zu diskutieren – diese Chance hat die Gruppe bestens und, betrachtet man die Dichte des Besuchsprogramms, zuweilen auch aufopfernd genutzt.

Ganz besondere Anerkennung gilt Frank von Auer, Sozialreferent in der Deutschen Botschaft in Tel Aviv, der massgebend zur Vorbereitung und zur Durchführung des Programmes beigetragen, der Türen geöffnet und Kontakte geknüpft hat. Frank von Auer war vor seiner Tätigkeit in Israel Sprecher der Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung.

Unschätzbare Dienste für die Gruppe und die Reise hat als Dolmetscher Michael Sternheimer mit seiner vorzüglichen Sprach- und Sachkunde geleistet.

Die beteiligten Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten haben sich dankenswerter Weise bereit erklärt, die Studienreise ausführlich zu dokumentieren. Ihre Beiträge sind in der vorliegenden Broschüre, die als interessante Lektüre sehr zu empfehlen ist, zusammengestellt.



Das Programm

21. Februar 2002

Tel Aviv / Herzliya

18:00	Empfang im Hause Auer
	Briefing
	Gespräch mit dem Repräsentanten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Winfried Veit

22. Februar 2002

Givat Haviva

10:30	Führung im Jad Ja'ari (Archiv der HaSchomer-HaZair-Bewegung) mit Eli Tsur und Yuval Davidi
	Schwerpunkt: "Kunst im Auftrag der Ideologie"
12:00	Gespräch mit Dov Puder, Direktor von Givat Haviva
14:00	Jair Boimel: "Von Intifada zu Intifada. Zur Entwicklung des Konflikts aus zionismuskritischer Perspektive", Referat und Diskussion
Tira	
17:00	Information zur Situation der arabischen Minderheit
	Stadtführung mit Djal Djaldjulie
20:00	Gespräch mit israelisch-arabischen Intellektuellen (Absolventen deutscher Hochschulen) im Hause von Dr. Osama und Margitta Bishara

23. Februar 2002

Netanja

09:30	Begegnung mit Imad Ayub und Benny Birnbaum, Leiter der jüdisch-arabischen Studentengruppe an der Universität Tel Aviv (von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Projekt)
Wadi Ara / Bart'a	

Dalivat El Karmal	
	Besuch in Bart'a
11:30	Geopolitische Fahrt durch das Wadi Ara mit Lydia Eisenberg

Daliyat El Karmel

13:30	Besuch des Karmel-Marktes (Drusisches Kunsthandwerk)
	Empfang im Hause des Arbeitnehmervertreters in der IAO, Yussuf Kara
	Begegnung mit Repräsentanten der drusischen Minderheit

24. Februar 2002

Beit Berl

10:00	Gespräch mit dem Rektor Prof. Aaron Seidenberg, dem Leiter der Arabischen Hochschule für Lehrerausbildung, Dr. Lutfi Mansour und dem Leiter der Internationalen Abteilung, Dr. Gad Arnsberg
	Führung durch das Archiv der Arbeitspartei
	Führung in der Kunsthochschule

		- 4	
ш	-	-	-
п			

15:30	Besuch der Universität	
	Referate und Diskussion zum Thema "Kibbuzforschung" mit Prof. Dr. Menachem Rosner und Dr. Daniel Rosolio	
17:30	"Elternheim" des Irgun Olei Merkas Europa	
	Gespräch mit Lotte Pinkus, Gretel Merom, Marianne Oppenheim, Anneliese Bär, Jutta und Hans Grünthal	
20:00	Abendessen mit Vertretern arabischer NRO, Jaffar Farah u.a.	

25. Februar 2002

Golan

10:00	Gespräch mit Dudi Morad, Eno Baron, Michael Ben-Har und weiteren Siedlern im Kibbuz El-Rom
See Genezareth	
15:00	Besichtigung der Ausgrabungen in Kaparnaum und der Mosaike in der Brotvermehrungskirche

26. Februar 2002

Nazareth

09:00	Stadtführung mit Jonathan Shama'ah		
	Gespräch mit dem evangelischen Dekan Riah Abu El A'asal zum Konflikt um den Bau der Moschee		
13:00	Arabisches Mittagessen im Hause von Margareth und Jonathan Shama'ah		
	Treffen mit Hassib A'abud, Vorsitzender des Histadruth-Bezirkes Galiläa		
Jerusalem			
20:00	Abendessen und Gespräch mit dem Repräsentanten der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Johannes Gerster		

27. Februar 2002

Jerusalem

09:00	Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem
	Führung und Kranzniederlegung
	Gespräch über die Forschungs- und Bildungsarbeit der Gedenkstätte mit Prof. Yehuda Bauer, ehemaliger Leiter des Internationalen Forschungsinstitutes
12:30	Besuch im Wissenschaftsministerium
	Nurit Topas: "Internationale Forschungsbeziehungen und deutsch-israelische Forschungskooperation", Referat und Diskussion
19:00	Abendessen mit Frauenforscherinnen und Repräsentantinnen der Frauenbewegung Israeli Women's Network: Rina Bar-Tal, Vorsitzende; Ela Gera, Geschäftsführende Vorsitzende; Agat Kraus, Forschungskoordinatorin), Prof. Chana Herzog u.a.

28. Februar 2002

Jerusa	lem
--------	-----

09:00	Knesseth: Treffen mit MK Colette Avital (Awodah), Vorsitzende der Israelisch-deutschen Parlamentariergruppe
	Führung (Plenarsaal, Chagall-Teppiche)
11:00	Gespräch im Council for Higher Education mit Prof. Nehemia Levzion, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Haushalt, und Shlomo Herskovic, Stellvertretender Generaldirektor zum Thema "Hochschulpolitik in Israel"
16:00	Besuch der Hebräischen Universität
	Gespräch mit Prof. Moshe Zimmermann zur politischen Lage und mit Prof. Rachel Elinor über jüdische Strömungen und ihren Einfluss
19:00	Empfang im Hause Reyer
	Gespräch mit Probst Reyer und weiteren Kirchenvertretern

01. März 2002

Jerusalem

09:00	Stadtführung
19:30	Abendessen und Gespräch mit der Journalistin Inge Günther,
	Frankfurter Rundschau

02. März 2002

Negev

10:00	Besuch des Kibbuz Shoval
	Gespräch mit Yaela und Eleazar Granot
	Führung durch den Kibbuz
14:00	Besichtigungsfahrt, u.a. Tel Arad

03. März 2002

Sede Boker

09:30	Besuch des Jakob-Blaustein-Institutes für Wüstenforschung der Ben-Gurion-Universität
Be'erscheba	
13:30	Gespräch mit beduinischen Vertretern des Lehrkörpers über die Situation der Beduinen und die Aktivitäten der Ben-Gurion-Universität
Tel Aviv / Herzliya	
20:00	Abschiedsessen und Auswertung der Studienreise im Hause von Auer

04. März 2002

Tel Aviv

1017411		
09:00	Gespräch mit dem Leiter der Gewerkschaftsabteilung der Histadruth	
11:00	Abschlussgespräch mit dem Deutschen Botschafter Rudolf Dreßler	

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Empfang im Hause von Auer

Briefing und Gespräch mit dem Repräsentanten der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Dr. Winfried Veit

Die soeben eingetroffene Reisegruppe wird herzlich von Frank von Auer, Sozialattaché der Deutschen Botschaft in Tel Aviv, und seiner Ehefrau empfangen und mit einem leckeren Buffet überrascht. Leider kann an diesem Abend noch nicht die gesamte Reisegruppe anwesend sein, da das Flugzeug überbucht war und Einige zurückgeblieben sind.

Frank von Auer gibt einen Überblick über die in Israel tätigen Stiftungen. Neben der Friedrich-Ebert-Stiftung sind auch die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung und jetzt auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung aktiv. Alle Stiftungen spielen eine bedeutende Rolle für die Demokratisierung im Lande und pflegen untereinander eine gute Zusammenarbeit.

Danach referiert Dr. Winfried Veit: Gegenwärtig herrscht in Israel eine äußerst schwierige Lage, vielleicht die schwierigste Lage seit dem Unabhängigkeitskrieg. Die Schwerpunkte der Arbeit der FES sind:

1. Friedensentwicklung und Krisenprävention

Die Lage spitzt sich zu, weil die Führungen auf beiden Seiten nicht in der Lage sind, Veränderungen herbeizuführen. Nur eine Intervention von außen kann helfen, ist gegenwärtig aber nicht in Sicht. Die FES setzt bei der Entwicklung von inneren Prozessen mit geeigneten Projekten an. Ein besonderer Konflikt, ja ein Pulverfass, ist das Verhältnis von jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit im Staate Israel. Bei dieser gewinnt die islamistische Bewegung zunehmend an Unterstützung; daher unterstützt die FES hier insbesondere verständigungsorientierte Dialog-Projekte.

2. Innergesellschaftliche Reformen vs. Entwicklung zur 3.-Welt-Gesellschaft

Festzustellen ist ein Verfall der politischen Kultur, der sich auch in der Knesset widerspiegelt. In den 18 Fraktionen werden zunehmend egoistische Interessen vertreten; die Korruption nimmt zu. Die Rechte ist aus vielfältigen Gründen dauerhaft gestärkt. In diesem Zusammenhang fördert die FES – nicht unumstritten – verschiedene demokratische Prozesse.

3. Deutsch- bzw. europäisch-israelische Beziehungen.

Deutschland hat in Israel einen guten Ruf, nicht zuletzt im Vergleich zum übrigen Europa. Mit Deutschland und der EU gibt es eine starke ökonomische Verflechtung. Nach wie vor kann man viele kulturelle Gemeinsamkeiten zwischen Israel und Europa feststellen. In diesem Kontext unterstützt die FES diverse Initiativen.

Eine angeregte Aussprache konzentriert sich auf folgende Aspekte:

- Suche nach ermutigenden Perspektiven
- Soziale Probleme, Armut und wirtschaftliche Entwicklung
- Rolle der Arbeitspartei
- Konsequenzen der Abtrennung eines Staates Palästina
- Rolle und Themen der Friedensbewegung
- Wasser und Umwelt in der Region unter Berücksichtigung der Rolle der Türkei
- Wirtschaft in den "Gebieten"
- Militärische Lage und militärische Perspektiven

- Entwicklungen im Bildungssektor
- Parallelen zum früheren Südafrika
- Integration von jüdischen Zuwanderern
- Bedeutung der Armee für die israelische Gesellschaft
- Zionismus und Nationalismus

Konflikte mit friedlichen Mitteln lösen

Givat Haviva

Prolog über Kontraste

Am ersten vollen Programmtag der Studienreise wird die Gruppe mit einem scharfen Kontrast konfrontiert:

- In der Zeitung "The Jerusalem Post" trägt der Leitartikel den Titel "Now, it's war". Die Autorin des Artikels gibt auf die Frage "Is the conflict with Palestinians, which has escalated dramatically in the past two weeks, heading to a full-blown confrontation?" (Untertitel) eine außerordentlich pessimistische und hoffnungslose Antwort
- In Givat Haviva wird berichtet über effiziente gemeinsame Erziehungsprogramme für junge jüdische und arabische Israelis, wobei "Tausende junger Menschen … gelernt (haben), Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen" (Prospekt von Givat Haviva).

Geschichte, Aufgaben und Struktur von Givat Haviva

Givat Haviva wurde 1949, kurz nach der Bildung des Staates Israel, als nationales Erziehungszentrum der Kibbuz Artzi Federation gegründet. Das Zentrum wurde benannt nach dem jungen Mitglied der frühen Kibbuz-Bewegung, Haviva Reik. Haviva Reik sprang während der Naziherrschaft mit dem Fallschirm über der besetzten Slowakei ab, um Widerstand gegen die Nazis zu organisieren. Sie wurde 1944 hingerichtet. Im Laufe seiner über 50jährigen Geschichte hat sich Givat Haviva enorm erweitert und hohes nationales und internationales Ansehen erworben.



Givat Haviva ist die größte und älteste Institution in Israel, die sich für jüdisch-arabische Verständigung einsetzt. Die Bildungs- und Begegnungsstätte fördert kulturellen und religiösen Pluralismus, wird gleichberechtigt verwaltet von Juden und Arabern und ist der Erziehung zur Demokratie und Toleranz verpflichtet. Die Arbeit steht unter dem Motto: Frieden ist nicht allein die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist eine Tugend, eine Geisteshaltung.

Givat Haviva, das Jüdisch-arabische Zentrum für Bildung, Wissenschaft und Kultur, besteht gegenwärtig aus sieben Abteilungen bzw. Instituten:

- Jüdisch-arabisches Institut (Programme und Projekte s. u.)
- Kunst- und Videozentrum (es dient u. a. der Ausbildung von Fernsehjournalisten)
- Archiv "Yad Yaari" der zionistischen Jugendbewegung "Hashomer Hazair"
- Zentrum für Holocauststudien "Moreshet" (das Zentrum machte sich insbesondere zur Aufgabe, arabischsprachige Israelis mit dem Holocaustthema zu konfrontieren)
- Zentrum für Kibbuzstudien
- Sprachlabor (eine Aufgabe dieses Labors besteht darin, jüdische oder arabische junge Israelis mit der Sprache der jeweils anderen Gruppe vertraut zu machen)
- Internationale Abteilung (Pflege der internationalen Kontakte, insbesondere zu den USA und Europa)

Projekte und Programme

Eines der eindrucksvollsten Projekte von Givat Haviva heißt "Children Teaching Children". Die auf jeweils zwei Jahre terminierten Programme laufen simultan an jüdischen und arabischen Schulen. Nach intensiven Vorbereitungen werden jüdische und arabische Schulklassen im Rahmen des offiziellen Lehrplanes zusammengeführt. Zunächst reden in uninationalen Zusammenkünften die jüdischen und arabischen Klassen separat über ihre jeweilige nationale Identität. In den darauffolgenden binationalen Meetings wird das Problem der gemeinsamen Staatbürgerschaft in den Vordergrund gestellt, wobei diskutiert wird, wie eine Gleichberechtigung zwischen den zwei Gruppen mit gemeinsamer Staatsbürgerschaft erreicht werden kann. Ziel der Programme ist, sowohl den Schülern als auch den Lehrern zu helfen, Fähigkeiten zu entwickeln, die geeignet sind, den jüdisch-arabischen Konflikt zu reflektieren, Vorurteile abzubauen und Haltungen wie Toleranz und Verständigungsbereitschaft zu fördern. Arabische und jüdische Teilnehmer haben die einzigartige Möglichkeit, in einen offenen Dialog mit der "anderen Seite" zu treten. Mittlerweile sind in ganz Israel jährlich über 30 Schulklassen in das Programm einbezogen. In dem ergänzenden Programm "Face to Face" werden Gesprächssituationen initiiert, in denen je ein jüdischer und ein arabischer Jugendlicher miteinander in Dialog treten. Die anfangs schwierigen, teilweise von wechselseitigen feindseligen Stereotypen gekennzeichneten Dialoge werden pädagogisch begleitet mit dem Ziel, einen gemeinsamen Lernprozess in Gang zu setzen, der auf die Gewinnung von Verständnis für den anderen und gegenseitiger Akzeptanz gerichtet ist.

Ein weiteres Programm: In einer Art College werden arabische Jugendliche mittels hebräischer Sprachkurse und naturwissenschaftlich-technischer Elementarkurse auf ein Technikstudium an der Technischen Universität Haifa vorbereitet. Die Lehrinhalte werden von der TU Haifa bedarfsgerecht vorgegeben.

Archiv der Ha Shomer Ha Tzair Bewegung

Im Archiv der Ha Shomer Ha Tzair Bewegung gibt der wissenschaftliche Leiter Eli Tzair einen kurzen Abriss zur Geschichte der Kibbuz-Bewegung. Die Vorläufer der Kibbuz-Bewegung seien in der deutschen Wandervogel-Bewegung (Gründungort: Berlin-Steglitz), in der auch deutsch-jüdische Jugendliche integriert gewesen seien, zu suchen. Unter der Losung "Jugend zu Jugend" habe sich diese Bewegung ursprünglich als Distanz zur Erwachsenen-Kultur verstanden. Mit dem Eindringen nationalistischen Gedankengutes ergaben sich für die jüdischen Mitglieder Schwierigkeiten. Daraufhin hätten diese eine parallele Organisation auf jüdischer Basis aufgebaut. Nach dem ersten Weltkrieg seien in der jüdischen Jugendbewegung zionistische Einflüsse zur Geltung gebracht worden. Insgesamt sei es zu einer starken Politisierung im Sinne einer Links-Orientierung (Austromarxismus, Marxismus-Leninismus) gekommen. Zionismus auf der einen, marxistischer Sozialismus auf der anderen Seite seien

die beherrschenden ideologischen Orientierungen gewesen. Während der Naziherrschaft seien aus der Jugendbewegung prominente Widerstandskämpfer hervorgegangen, die z. B. illegale politische und philosophische Literatur im Warschauer Ghetto verfassten und verbreiteten.

Jugendbewegung, Kunst und politische Agitation

Der Kurator des Kunstzentrums von Givat Haviva, Yuval Davidi, berichtet über aus der Jugendbewegung hervorgegange starke intellektuelle und künstlerische Impulse. Die Jugendbewegung habe eine Art geistige Elite (Maler, Dichter) hervorgebracht. Die künstlerischen Auffassungen hätten sich teilweise am sozialistischen Realismus, teilweise an abstrakter Kunst orientiert. Nach 1948 sei die Kunst in starkem Maße in politische Kontexte des jungen israelischen Staates eingebunden gewesen. Nach dem 6-Tage-Krieg seien antiarabische bzw. antipalästinensische Züge zum Tragen gekommen.

Im Anschluss an seinen Vortrag zeigte und erläuterte der Kurator eine umfangreiche Poster-Ausstellung zum Thema "Spanischer Bürgerkrieg". Eine wertvolle Publikation, die die kunstgeschichtliche Arbeit des Museums dokumentiert, ist der Kunstband "Art in the Service of Ideology".

Ein wichtiges, auf Toleranz und Verständigungsbereitschaft orientiertes Projekt war auch die Fotoausstellung "Durch die Augen des Anderen", die mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland realisiert wurde.

Begrüßung durch den Generaldirektor von Givat Haviva, Dov Puder

Der Generaldirektor von Givat Haviva, Dov Puder, ein ehemaliger Kibbuz-Funktionär, skizziert nochmals die Grundidee der Arbeit von Givat Haviva. Er ist der Überzeugung, dass die gemeinsamen Interessen von jüdischisraelischen und arabisch-israelischen Jugendlichen trotz aller Spannungen aufgrund gemeinsamen Erlebens zu nachhaltigen emotionalen Verankerungen führe. Integration sei nicht per Anordnung administrierbar, sondern könne nur durch Einsicht erreicht werden. Die ethnischen Spannungen seinen eng verknüpft mit sozialen Problemen. So habe etwa die hohe Arbeitslosigkeit in Israel eine die ethnischen Spannungen potenzierende Funktion. Das primäre politische Ziel müsse deshalb die Schaffung von akzeptablen sozialen Existenzbedingungen sein. Dov Puder räumt ein, dass die derzeitige Eskalation der Spannungen viele Kooperationsinitiativen verhindere.

Von Intifada¹ zu Intifada²

Zur Entwicklung des Konflikts aus zionismus-kritischer Perspektive

Der Referent Jair Boimel ist nicht nur in Givat Haviva tätig, sondern auch an der Universität Haifa, wo er in der Abteilung für Geschichte des Mittleren Ostens lehrt. Im Vorgriff auf den Vortrag betont er, dass die Fakten, die er zu präsentieren gedenkt, nicht nur für mit der Historie des Landes bzw. mit dem Palästina-Konflikt wenig vertraute Gäste aus dem Ausland in aller Regel zu größeren Teilen unbekannt sind, sondern auch in den dem massenmedialen 'Brain-wash' ausgesetzten Köpfen der Mehrzahl seiner Landsleute keinen Platz haben.

Zu Beginn seines sehr eindrucksvollen Referats beklagt Jair Boimel das mangelnde historische Wissen bei vielen Bürgern und Bürgerinnen Israels. Die Stämme Israels siedelten auch während sehr früher Zeiten (3000 v.Chr) nie alleine auf dem damals noch größeren Gebiet Palästinas³, es umfasste neben dem jetzigen Staatsgebiet das südliche Drittel Syriens. Die Feststellung, dass Jüdinnen und Juden niemals die einzigen im Lande waren, gilt – und dies wird gerade von vielen Israelis heutzutage nicht gewusst, verdrängt bzw. geleugnet – also auch für die "Großen Zeiten" unter David und Salomon. So war die Region damals Philistern⁴, Ammonitern⁵, Edomitern⁶ usw. ebenso Heimat wie sie es für das 'Auserwählte Volk' war und die Gegend, in der heute Haifa liegt, war einst Teil Phöniziens.

Die Grenzen Palästinas haben sich im Laufe der Zeit sehr oft geändert, es war ein Durchgangsgebiet und hatte auch im Altertum nie eine homogene Bevölkerung. Neben Assyrern, Babyloniern siedelten beispielsweise auch Perser und später auch Araber, Turkmenen und Osmanen in den Gebieten von 'Eretz Israel'. Araber erobern das Land von den Kreuzrittern zurück (Saladin 1187). 1516 erobern Osmanen Jerusalem und bauen die Stadt so auf, wie sie im wesentlichen heute erhalten ist. Sie herrschen dort bis 1917, so dass bis ins 20. Jahrhundert hinein Palästina – sieht man von den Minderheiten ab, die diversen religiösen Sekten, Denominationen und Kulten anhingen – praktisch unangefochten von arabischer Sprache und Kultur ebenso wie vom Islam dominiert und geprägt war. Dies gilt insbesondere für die Staats- und Rechtsordnung Palästinas. Was die jüdische Minderheit anbelangt, so gab es vor 1900 gerade vier palästinensische Städte, in denen überhaupt Jüdinnen und Juden lebten. 1892, also ungefähr eine Dekade nachdem die ersten Zionisten⁷ begonnen hatten, sich in der Gegen anzusiedeln, lag ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei zwei bis drei Prozent.

Auf dem 1. Zionistenkongress 1897 erläutert Theodor Herzl seine Idee von einem eigenen "Judenstaat" auf dem Gebiet von 'Eretz Israel'. Die Diskussionen um einen eigenen jüdischen Staat reißen seitdem nicht ab. Da die Diskussionen nicht nur rein akademischer Art waren, sondern mit einer massiven 'Rückkehr'-Propaganda verbunden waren, gelang es den Zionisten bis 1914 auf der Basis einer ersten Einwanderungswelle den Anteil der Menschen jüdischen Glaubens in Palästina auf ca. 10 Prozent ansteigen zu lassen. Als die Briten 1917 Palästina und Jerusalem erobern, befürwortet die britische Regierung in der "Balfour Declaration" die Gründung einer "nationalen Heimstadt" für Juden. Die imperialistischen Kolonialmächte England und Frankreich teilen sich ihre

¹ Die Intifada (Bezeichnung für den palästinensischen Widerstand in den von Israel okkupierten Gebieten) begann 1987 und wurde durch den in Oslo beschlossenen (Friedens-)Prozess beendet. Als 1. Intifada wird sie erst neuerdings – in Abgrenzung zur aktuellen Intifada – bezeichnet.

² Die 2. Intifada, nach ihrem ,Geburtsort' auch El-Aksa-Intifada genannt, begann im Oktober 2000 und dauert zur Zeit noch an.

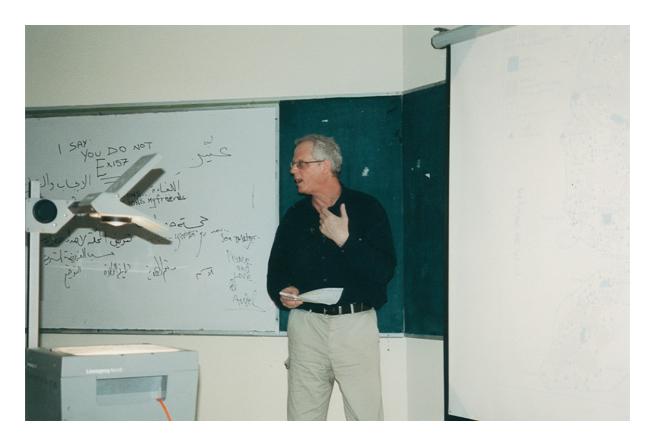
³ Das Wort Palästina war ursprünglich – ebenso wie einstmals die Vokabel "Syrien" – lediglich eine geographische Bezeichnung. Es hatte keine "identitätsstiftende" Bedeutung.

⁴ Ein aus dem Westen stammendes Volk, das in einem Fünfstädtebund (u. a. Gaza) zusammengeschlossen war und anfangs recht erfolgreich gegen die israelitischen Stämme kämpfte. Auf sie geht der Name Palästina zurück.

⁵ Volk aramäischer Herkunft, das gegen die Israeliten zeitweise Krieg führte und von welchem die jordanische Hauptstadt Amman ihren Namen ableitet.

⁶ Ein aramäisches Volk, das von David und Salomon in die Rolle von Vasallen gedrängt wurde. Um 126 v.B.d.Z. wurden seine Angehörigen durch Zwangsbeschneidung von der jüdischen Kultgemeinde 'aufgenommen'.

VertreterInnen der Auffassung, dass Juden nicht nur Angehörige einer bestimmten Religionsgemeinschaft, sondern auch Mitglied einer Nation sind, welche außerhalb von Palästina/Israel stets Fremde sind, wobei die Bezeichnung "Zionist" abgeleitet ist von einer der Bezeichnungen für den Tempelberg/Harem el Sharif in Jerusalem/Al Quds.



Kriegsbeute in der Region und sorgen in der Folgezeit dafür, dass entsprechende Staaten in von ihnen gezogenen Grenzen[®] mit meistens von England bzw. Frankreich ausgesuchten Führern an der Spitze aus der Taufe gehoben werden. Schon 1920 beginnen sich die Palästinenser gegen das zionistische Programm und vor allem gegen die mit der organisierten Einwanderung verbundene Landnahme der Zionisten zu organisieren und verüben erste Gewaltakte. In der Folgezeit durchlaufen die meisten arabischen Staaten wie auch Israel einen Nation-building-Prozess im Rahmen einer Mandatsregelung, wobei sie die volle Unabhängigkeit erst in der zweiten Hälfte der 40-er Jahre erringen. In Palästina als Sonderfall bildete sich im Rahmen des Nation-building anders als in den Nachbarregionen parallel eine zionistisch/hebräische und eine arabisch/palästinensische Identität heraus, so dass bei der Machtübergabe beim Abzug der englischen Besatzungstruppen sich das Problem stellte, wem nun eigentlich die "Schlüssel" des Staates, sprich die Regierungsgewalt übergeben werden sollten.

Als Folge der nationalsozialistischen Machtergreifung war die Zahl der jüdischen Einwanderer nach Palästina sprunghaft angestiegen. Die Araber reagierten zwischen 1936-39 mit Aufständen. 1939 wird die Einwanderung von Juden nach Israel durch das britische Weißbuch de jure deshalb auf 75.000 Juden für die nächsten fünf Jahre begrenzt, was allerdings nicht die illegale Einwanderung in erheblichem Umfang unterbindet.

1947 leben 30 % Juden und 70 % Araber in Palästina; 1949 hat sich das Verhältnis total verändert: Von der in Palästina lebenden Bevölkerung sind 85 % Juden und 15 % Araber. Nach Beendigung des 2. Weltkrieges hat "die Welt verstanden", dass es einen jüdischen Staat geben muss. Nach der Shoa wird nach Auffassung der USA und der Sowjetunion eine Staatsgründung als wahrscheinlich beste Lösung angesehen, wobei ein Plan aufgestellt wird, der das Gesamtgebiet zwischen einem zionistischen und einem palästinensischen Staat primär nach demographischen Kriterien aufteilt. Nachdem die Briten 1948 abziehen, wird am 14. Mai 1948 Israels Unabhängigkeit proklamiert. Einen Tag später beginnt Palästina den Krieg, in dessen Verlauf Israels Armeen Gebiete erobern, die weit über die im Teilungsplan vorgesehenen Gebiete hinausgehen. Dabei kommt ihnen die insgeheime Unterstützung zugute, die der Befehlshaber der stärksten Armee in der Region, der jordanische König

⁸ Dies gilt nicht für die Nordostgrenze Ägyptens, das schon zuvor unter englischer Kuratel stand, so dass diese Grenze dem "Kranken Mann am Bosperus", der vor dem 1. Weltkrieg Pal#ästina regierte, bereits 1906 abgetrotzt wurde.

Abdallah, der ebensowenig wie Israel einen palästinensischen Staat vor seiner Haustür haben möchte, Golda Meir gegenüber erklärt hat. Die Folge sind Vertreibung und Flucht von 2 Millionen Arabern und die Vernichtung von 350 Dörfern. Für die Israelis ist dies der Unabhängigkeitskrieg, für die Araber sind die Ergebnisse des Kriegs eine Katastrophe, die von ihnen unter dem Begriff "naquba" subsumiert wird. Zwischen 1947 und 1948 hat sich das Verhältnis der beiden Gruppen genau umgekehrt: waren zunächst 30 Prozent AnhängerInnen des jüdischen Glaubens, so waren es nach der Vertreibung (ungefähr vier Fünftel der nichtjüdischen Bevölkerung Palästinas hatte die Flucht ergriffen bzw. sie ergreifen müssen) 85 %. Die Araber bestreiten das Existenzrecht Israels in seiner nach 1948 etablierten Form, weil gegen die UN Charta verstoßen worden sei, Israel verhärtet sich in seinem Sicherheitsbedürfnis. Gewalt und Gegengewalt eskalieren in jedem weiteren Krieg und dauern bis heute an.

Im Juni 1967 besetzt Israel als Folge des sogenannten 6 Tage-Kriegs die Altstadt von Jerusalem, die Westbank, die Sinai-Halbinsel und den Golan. Ende der 70er Jahre wird der Sinai an Ägypten zurückgegeben. Grundlage ist das Camp David-Abkommen, in dem eine Nahost-Friedenslösung angestrebt wird. Im Dezember 1987 beginnt die erste Intifada nach 20 Jahren israelischer Besetzung.

Seit Beginn der 70er Jahre wurden 300.000 Siedler in die besetzten Gebiete angesiedelt. 1993 einigen sich Israel und die PLO in einem Grundlagenabkommen auf die Autonomie der von Israel besetzten Gebiete Westjordanland und dem Gaza-Streifen und erkennen sich gegenseitig formell an. Arafat wird mit großer Mehrheit zum ersten Vorsitzenden der Autonomiebehörde gewählt. 1995/96 während der Regierungszeit von Yitzak Rabin werden die besetzten Gebiete in drei Kategorien eingeteilt: In der Kategorie A sind die großen Städte zusammengefasst, in der zivile wie militärische Angelegenheiten durch die Palästinenser selbst geregelt werden. Als Kategorie B werden die palästinensischen Dörfer bezeichnet. Die zivilen Angelegenheiten werden durch die Palästinenser selbst wahrgenommen und die Sicherheitsfragen durch die Israelis. In der Kategorie C befinden sich die israelischen Siedlungen. Als Hindernisse für den Frieden werden von Jair Boimel zwei Gründe genannt: 1. Schritte zu einer nationalen Identität können nicht durch das Militär hergestellt werden, und 2. der bis dahin vollzogene Friedensprozess ist wesentlich ein Ergebnis, das durch äußeren Druck entstanden ist.

Die Zeit von 1994-99 wird nach Jair Boimel als die beste Zeit Israels bezeichnet. Dennoch sorgen die ungelösten Probleme, zu ihnen rechnet er vor allem die Jerusalem-Frage und die Siedlungspolitik der Israelis, für neuen Konfliktstoff.

Als Elud Barak 1999 die Wahlen gewinnt, sucht er nach einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Unter maßgeblicher Beteiligung von Bill Clinton wurde in Camp David ein Abkommen vorbereitet, dass von Arafat abgelehnt wurde. Dafür ist er oft und heftig kritisiert worden. Nach Auffassung von Jair Boimel musste Arafat ablehnen, weil die vorgesehen Regelungen für die Palästinenser zu ungünstig waren. So sollten nicht nur 80 % der Siedler bleiben, sondern vor allem sollten zwei Korridore durch die Westbank führen, so dass das Land in drei "Käfige" geteilt worden wäre.

Ende September 2000 beginnt die zweite Intifada. Die Stimmung zu dieser Zeit war durchaus kompromissbereit und zielte darauf, Israel anzuerkennen, 72 % des Landes an Israel abzutreten und 28 % zu palästinensischem Gebiet zu erklären. In Taba fanden Ende 2000 Verhandlungen zwischen Arafat und Barak statt. Es hätte eine Chance gegeben, dass die Palästinenser folgenden Regelungen zugestimmten hätten: 50 % – 60 % der Siedler würden bleiben und das Jordan-Teil wäre zu Palästina gekommen. Soweit später bekannt wurde, hat Barak die Verhandlungen abgebrochen, indem die israelische Delegation am 6. Februar 2001 abgereist ist. Danach eskalierte die Intifada.

Staatsbürger 2. Klasse: Israels palästinensische BürgerInnen und ihre kommunalen Probleme

Mit Djal Djaldjulie am 22. Februar 2002 durch Tira

Nach unserem Besuch in Givat Haviva machten wir uns auf, die Auswirkungen der uns in dem Vortrag von Jair Boimel geschilderten historischen Entwicklungen im Hinblick auf das kleine arabische Städtchen Tira in Augenschein zu nehmen. Dieses liegt nur wenige Kilometer östlich der Küste des Mittelmeeres innerhalb der Grenzen Israels von vor 1967 ,im Herzen' des Landes in der Nähe des Badeorts Netanja zwischen Tel Aviv im Süden und Haifa im Norden.

Tira, obwohl vor ca. 260 Jahren gegründet, ist eine relativ moderne Stadt ohne größere historische Bausubstanz und birgt in ihren – allerdings nicht sichtbaren – "Mauern" ca. 20.000 Menschen. Vor der Staatsgründung Israels verfügte das Städtchen, das damals eine weitaus geringere Einwohnerzahl aufwies, über ein viermal so großes Gebiet wie heute. Die Ursache für diesen Verlust liegt darin, dass der israelische Staat der Gemeinde inzwischen 3/4 ihres ehemaligen Territoriums entzogen hat. Djal Djaldjulie, der uns durch Tira führte, bezeichnete diesen Vorgang als "Annextion."

Was die Entwicklung insbesondere der Infrastruktur anbelangt, so ist Tira insofern ein typisches Beispiel für arabische Städte in Israel, als sie in Relation zu Siedlungen vergleichbarer Größe, die von jüdischen Bürgerinnen und Bürger bewohnt werden¹, erhebliche Rückstände und Mängel aufweisen. So sind Tiras Straßen etwa nur zu zwanzig Prozent asphaltiert und es bestehen teilweise erhebliche Probleme mit der 'Entwässerung' derselben, eine Situation, die anderenorts nahezu undenkbar ist. Zwar verfügt inzwischen jedes Haus über fließendes Was-



¹ Was aus mittelalterlich/frühneuzeitlichen Städten und auch heute noch aus (Alt-)Jerusalem, wo es ein christliches, ein jüdisches, ein armenisches und ein moslemisches Viertel gibt, allgemein bekannt ist, nämlich die Existenz hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung homogener, zumindest nahezu homogener Stadtviertel, ist heute in ganz Israel noch immer die Regel.

ser, doch mangelt es bei ca. einem Fünftel der Gebäude an einer ordnungsgemäßen Abwasserentsorgung. Vom Planungsbüro der Kommune ist ferner beabsichtigt, oberhalb einer durch das Stadtgebiet unterirdisch verlaufenden Wasserpipeline, die dringend benötigtes Nass vom See Genezareth in den Negev leitet, Parkanlagen zu errichten, um so nicht nur Grün ins Stadtbild zu bringen, sondern auch einen gewissen "Naherholungseffekt" direkt vor der Haustür der EinwohnerInnen zu erreichen. Die Realisierung scheiterte bislang allerdings an den fehlenden Mitteln im Etat der Gemeinde.

Die BewohnerInnen Tiras sind über die mangelhafte Infrastruktur insbesondere deshalb verbittert, weil 'ihre' Gemeinde(n) – obwohl sie der gleichen Steuerlast wie ihre jüdischen MitbürgerInnen unterliegen – in aller Regel weitaus geringere Zuweisungen für den Ausbau und den Erhalt der kommunalen Infrastruktur von Seiten der zentralen Instanzen erhalten, was als eine offene Diskriminierung betrachtet wird. Gleichwohl hat man weder die Forderung noch die Hoffnung auf eine Entwicklung der Kommune analog zu von Juden und Jüdinnen bewohnten Siedlungen aufgegeben.

Ein weiteres Problem liegt angesichts der im Landesvergleich hohen Reproduktionsraten palästinensischer Gemeinden darin, dass es insbesondere für junge Familien an (Bau-)Land mangelt. Auf nur ca. 50 Prozent des Stadtgebietes ist es möglich, Häuser zu errichten. Wer ein solches Vorhaben betreibt, klagt in der Regel über schleppende Bearbeitung entsprechender Anträge und eine – allerdings nicht unbedingt im Gesetz verankerte, gleichwohl de facto zu beobachtende – restriktive Genehmigungspraxis, restriktiv vor allem im Hinblick auf die großzügige Förderung entsprechender Wohnungsbauvorhaben für aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion kommenden (meist jüdischen) Neueinwanderer und Neueinwandererinnen. Der Versuch, der Baulandknappheit dadurch zu begegnen, dass drei- bis vierstöckige Mehrfamilienhäuser insbesondere für junge Familien errichtet wurden, ist, wie eine halbe Bauruine eindrücklich belegt, bislang gescheitert, da viele Menschen, die noch der ländlichen Tradition verbunden sind, diese Wohnform für sich ablehnen und sich entweder 'irgendwie' mit beengten Wohnverhältnissen im 'Schoße' ihres Familienzusammenhangs arrangieren, oder darauf hoffen, zukünftig doch noch 'irgendwie' ein (Ein-)'Familien'haus realisieren zu können. Man hat sich nun entschlossen, das Scheitern dieses Versuchs durch Abbruch der bislang erstellten Bausubstanz zu besiegeln und an deren Stelle allgemein akzeptierte 'passende' Wohneinheiten zu bauen.

Seit 30 Jahren bemüht man sich zudem seitens der arabischen Gemeindevertretung darum, eine Zone für die Ansiedlung von Industrie im Rahmen der Raumplanung der Stadt auszuweisen um so die überproportional hohe Arbeitslosigkeit erfolgreich reduzieren zu können. Eine weiterer Punkt auf der lokalen Agenda ist die Errichtung eines zentralen Marktes, der dem Handel zugute kommen soll. Beide Projekte scheiterten bislang allerdings am Widerstand übergeordneter Stellen.

Positiver sieht es im Bereich des Bildungswesens aus. Tira verfügt nicht nur über fünf Einrichtungen des Primarund zwei des Sekundar-I-Bereiches, sondern auch über ein Gymnasium, das die Klassen 10 bis 12 umfasst und von ca. 900 Schülerinnen und Schülern besucht wird. Im Umfeld desselben findet sich ferner ein vor ca. 35 Jahren errichteter Sportplatz ebenso wie eine Art Volkshochschule, in deren Räumlichkeiten auch Freizeitaktivitäten stattfinden. Auch für Kinder mit körperlichen bzw. geistigen Behinderungen wird gesorgt: Ihnen steht jeweils eine entsprechende Sonderschule zur Verfügung.

Die beschriebenen Mängel haben allerdings nicht verhindert, dass die Mehrheit der BewohnerInnen Tiras materiell in relativ gesicherten Verhältnissen leben. Überwiegend ist man – nicht zuletzt aufgrund mangelnder Alternativen – im privaten Sektor tätig, der Handel spielt eine entscheidende Rolle. Menschen mit einer akademischen Ausbildung, die in Tira leben und arbeiten, haben nicht selten ihren akademischen Grad in der BRD erworben. Dies ist auch die hauptsächliche Erklärung dafür, dass hier ca. 20 BRD-BürgerInnen leben, die über eine Eheschließung ihren Weg nach Tira gefunden haben.

Abschließend begeben wir uns noch in eine seit ca. 100 bis 120 Jahren bestehende Moschee, die bis 1980 – inzwischen sind vier neue errichtet worden – im Ort eine Monopolstellung inne hatte. Dort werden wir von einem Gläubigen begrüßt, der seine Ausbildung zum Elektroingenieur in Kaiserslautern, wo auch seine beiden Kinder geboren sind, erhalten hat. Er berichtet darüber, dass 1948 versucht worden war, die arabische Bevölkerung, die damals wie heute durchweg dem mohammedanischen Glauben anhängt, aus der Stadt zu vertreiben,

was aber – aus nicht näher spezifizierten Gründen – nicht gelungen ist. In Tira lebt somit auch heute kein Jude und keine Jüdin, vice versa gilt das gleiche bezüglich Palästinensern und Palästinenserinnen für die nächstgelegene, nur wenige Kilometer entfernte jüdische Siedlung.

Die Gründung des palästinensischen Staates ist unsere große Hoffnung auf Frieden in der Region

Gespräch mit arabisch-israelischen Intellektuellen, z.T. Absolventen deutscher Hochschulen: Djal Djaldjulie, Dr. Ghasan Abd El Hay, Dr. Maruan Hatib, Mohamad Matar, Dr. Osama und Margitta Bishara im Hause von Dr. Osama und Margitta Bishara in Tira

Das erste Thema der Diskussion war der Wahlboykott der arabischen Israelis. Michael Sternheimer warf ein, dass durch diesen Boykott Sharon die Wahl gewonnen hätte. Daraufhin erläuterten unsere arabischen Gesprächspartner die schwierige politische Lage der arabischen Israelis. Der 20 %-Anteil der Araber an der israelischen Bevölkerung differenziert sich politisch in drei etwa gleich große Parteiungen:

- 1. in das nationalistische Lager
- 2. das islamistische Lager und
- 3. in das kommunistische Lager.

Deswegen ist eine politische Einheit aller arabischen Israelis zwar in einem Wahlboykott denkbar, aber bei politischen Initiativen kaum möglich und auch nicht wünschenswert. Unsere arabischen Gesprächspartner stellten dar, dass das Heft des Handelns vor allem auf Seiten der Juden liege, dass das historische Unrecht der Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat anerkannt werden müsse, aber sie in ihrer Minderheitsposition wenig tun könnten.

Einen zweiten Teil der Diskussion, in dem es um die palästinensische Staatsgründung ging, leitete Frank von Auer ein. Er stellte dar, dass auch die arabische Bevölkerung stärker auf einen Kompromiss mit Israel eingestimmt werden sollte und seine Geschichte annehmen muss. 1948 gab es eben nicht nur die Vertreibung, sondern einen Krieg. Die Juden wurden angegriffen und im Ergebnis vertrieben sie dann die Palästinenser. Osama Bishara antwortete und zeigte das Ende der palästinensischen Kompromissmöglichkeiten auf: Die Palästinenser wurden von 80 % ihres Heimatterritoriums vertrieben. Sie könnten nicht noch mehr hergeben und wenn Israel in Frieden leben wolle, müsse es wenigstens die im Ergebnis von 1967 hergestellten Grenzen Palästinas anerkennen.

Rainer Müller fragte, was die Araber über die Friedensvorschläge von Taba wüssten. Die Antworten sind nicht ganz klar, zeigen aber auf, dass die Vorschläge von Taba kein großes Hoffnungszeichen für die Araber setzten. Jochen Fuchs fragte nach den eigenen Handlungsoptionen der Palästinenser: "Was tut ihr selbst?"

Die arabischen Diskussionsteilnehmer wiesen vor allem auf die aggressiven Handlungen der Juden hin. Ghasan Abd El Hay klagte über die Einwanderungspolitik des jüdischen Staates, darüber, dass die Israelis den Arabern noch mehr Land abnehmen werden, wenn sie jetzt zum Beispiel noch die Argentinier ins Land holen wollen. Die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates sei überfällig und würde von den Israelis hintertrieben.

Andrä Wolter warnte vor der Illusion, dass ein palästinensischer Staat automatisch das Ende der Selbstmordattentate und anderer Konfliktherde bedeuten würde. Vor allem Margitta Bishara widersprach. Die Gründung des palästinensischen Staates sei ihre große Hoffnung auf Frieden in der Region.

Der politische Diskurs ist unterentwickelt

Begegnung mit Imad Ayub und Benny Birnbaum, Leiter der jüdisch-arabischen Studentengruppe an der Universität Tel Aviv

Die Begegnung mit Imad Ayub und Benny Birnbaum begann mit einer die schwierige Lage der arabisch-israelischen Studenten charakterisierenden Episode. Imad Ayub begrüßte uns in seiner Muttersprache, auf Arabisch, musste dann aber ins hebräische wechseln, denn an den Universitäten wird generell hebräisch gesprochen und gelehrt. Die Araber müssen hebräisch lernen, die Juden brauchen dagegen nicht arabisch zu lernen.

Engagiert und sichtlich bewegt schilderte Imad Ayub, wie er sich als junger Student an der Universität Tel Aviv als Fremder gefühlt hat. Die Mehrzahl der jüdischen Studentinnen und Studenten hat die Araber wenn überhaupt nur als Arbeiter kennen gelernt. Er erfuhr an der Universität, dass viele Jugendliche gar nicht wussten, dass es in Israel arabische Staatsbürger gibt und viele hatte nie einen persönlichen Kontakt mit einem Mitglied dieser immerhin 21 % der Bevölkerung umfassenden Minderheit. Seit Beginn der zweiten Intifada kommt hinzu, dass die israelisch-arabischen Studentinnen und Studenten misstrauisch als Feinde betrachtet werden.

Das Ziel seiner Arbeit in der von der HBS geförderten jüdisch-arabischen Studentengruppe ist, jüdische Jugendliche, insbesondere Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten zu motivieren, sich für die Probleme der arabischen Mitmenschen zu interessieren, Vorurteile abzubauen und damit die Grundlagen für Verständigungsmöglichkeiten zu legen. Zu diesem Zweck werden kleine Begegnungsgruppen an der Universität sowie Wochenendseminare in Givat Haviva organisiert, die arabische und jüdische Moderatoren gemeinsam leiten.

Auf diesen Treffen werden die Teilnehmer zuerst einmal gefragt, was sie von der Begegnung mit den "anderen" erwarten. Der zweite, schwierige Schritt besteht darin, offen die jeweiligen aus den unterschiedlichen Sozialisierungen herrührenden Vorurteile zu benennen und zu diskutieren. Ein spezifisches Problem ist dabei die Sprache. Jede Gruppe hat in der Kindheit und Jugend die Sprache der anderen als Feindsprache internalisiert. Als typisch für erste Begegnungen schilderte Imad Ayub, dass zunächst der eigene Standpunkt als richtig und der der anderen als falsch hingestellt wird. In dieser Konfrontation nehmen die Ängste gegenüber den anderen zunächst deutlich zu. In der Regel gelingt es dann aber, Stereotypen aufzubrechen und langsam zu einer angstfreieren Diskussion zu kommen.

Benny Birnbaum, der in Südamerika unter Diktatoren mit politischen Gruppen gearbeitet hat, ergänzte die Ausführungen von Imad Ayub. Er betonte, dass es bei den Begegnungen wichtig sei, die kulturelle Kluft zwischen Arabern und Juden, die unterschiedlichen Traumata, die politischen Konflikte innerhalb der jüdischen Bevölkerung und im Staat Israel nicht zu bagatellisieren, sondern offen zu benennen und zu diskutieren, ohne dass dabei von den Moderatoren irgendwelche Lösungen angeboten werden. Die besonderen Schwierigkeiten für die Moderatoren, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einen Diskussionsprozess zu führen, rührt nach Ansicht von Benny Birnbaum daher, dass in Israel der politische Diskurs absolut unterentwickelt ist.

Ein weiteres Problem – das uns später in Jerusalem von Moshe Zimmermann eindringlich vor Augen geführt wurde – ist das der jüdischen Identität. Die Gruppen der jüdischen Teilnehmer an den Begegnungen sind im Unterschied zu den Arabern in sich außerordentlich heterogen. Tribadisch geteilt mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen hält sie im Wesentlichen das Trauma der Bedrohung zusammen. Wird dies hier hinterfragt, entstehen neue Unsicherheiten.

Einen kurzen Streit gab es zwischen den beiden Moderatoren bei der Frage, ob es sich bei dem jüdisch-arabischen Verhältnis um eine Klassenfrage handelt. Benny Birnbaum verneinte dies, beide betonten andererseits gemeinsam, dass die arabische Bevölkerung de facto weitgehend von den demokratischen Prozessen ausgeschlossen sei, in vielerlei Hinsicht diskriminiert, ja unterdrückt würde und dass ihre wirtschaftlich-soziale Situation deutlich schlechter als die der Juden sei. Imad Ayub machte dies anhand seines eigenen Werdeganges deutlich.

Für die Teilnahme an den Begegnungsgruppen, die mindestens 10-mal, in der Regel ein Jahr als geschlossene Gruppe zusammen arbeiten, gibt es bei den jüdischen Jugendlichen zwei Motive: Viele geben an, ein schlechtes Gewissen gegenüber den Arabern zu haben und mit ihrer Teilnahme wenigstens etwas dagegen zu tun. Andere sehen darin einen Weg, ihre Ängste gegenüber den Arabern abzubauen. Von Seiten der Araber werden diese Begegnungen als einzige Möglichkeit außerhalb der Schule oder des Studiums zu arbeiten angesehen, da außerschulische oder studienbegleitende Aktivitäten für arabische Jugendliche kaum angeboten werden. Allerdings sind bei den Arabern die Schwellenängste hoch. Viele fürchten zu Anfang als Studienobjekte missbraucht zu werden.

Evaluationen haben gezeigt, dass nach dem Besuch der Begegnungsgruppen das Wissen über und das Verständnis für die anderen deutlich gewachsen ist, dass Ängste abgebaut werden konnten und dass vor allem die Einsicht, dass es so wie bisher nicht weiter gehen kann, gestiegen ist. Für Imad Ayub stand fest, dass die Zukunft Israels auch davon abhängt, dass die staatlichen Organe und vor allem die jüdischen Mitbürger ihr Verhältnis zu den arabischen Israelis grundlegend revidieren.

Durch das Wadi Ara nach Bart'a

Geopolitische Fahrt mit Lydia Aisenberg

Die Straße 65, eine wichtige Verbindungsstraße zwischen Küste und Region um den See Genezereth, verläuft zwischen Kafr Kari und Umm el Fahm entlang der Grünen Linie, die Israel von der Westbank trennt. Dieses Wegstück markiert gleichzeitig einen Teil des Arabischen Dreiecks mit dem religiösen Zentrum Umm el Fahm. Konzentriert auf engem Raum leben hier ca 100.000 israelische Araber, umgeben von ca 20.000 jüdischen Israeli, die nach dem so genannten 7-Sterne-Plan Sharons an strategisch wichtigen Orten in umliegenden Siedlungen leben.

Lydia Aisenberg heißt unsere Begleiterin. Seit 1969 lebt sie in einem traditionellen Kibbuz. Sie ist Journalistin und Mitarbeiterin von Givat Haviva, außerdem in der Friedensbewegung tätig. Mit ihrer Arbeit möchte sie die Kenntnis ihrer jüdischen MitbürgerInnen bezüglich der unmenschlichen Auswirkungen der israelischen Besetzung der Westbank vergrößern.

Zunächst macht sie uns auf die katastrophalen Folgen der Intifada für die Bewohner der Westbank aufmerksam: An jeder größeren Kreuzung stehen Kinder und Jugendliche und versuchen verschiedenen Kleinkram – von Brötchen bis Schnürsenkel – zu verkaufen. Bis zum Ausbruch der Unruhen lebten die meisten Palästinenser von minderqualifizierter Arbeit in Israel. Seit Beginn der zweiten Intifada kann die Grüne Grenze in der Regel nur noch illegal überschritten werden. Das scheint aufgrund der geografischen Situation zwar nicht sehr schwer, aber jeder israelische Arbeitgeber, der illegal Palästinenser beschäftigt, hat mit einer empfindlichen Geldstrafe zu rechnen. Entsprechend weichen viele Israeli auf ebenfalls billige Arbeitskräfte aus Jordanien aus, die legal zu beschäftigen sind.



Das Ziel unserer Exkursion ist die arabische Siedlung Bart'a, ein besonders schlimmes Beispiel der Unhaltbarkeit der momentanen Situation. Bart'a ist ein geteiltes Dorf. Die eine Seite gehört zum Staatsgebiet Israels, die andere Seite ist Teil der B-Zone Palästinas. Die israelische Seite strahlt, seitdem vom Staat Gelder für Infrastrukturmaßnahmen bewilligt worden sind, einen gewissen Wohlstand aus. Jenseits des trennenden Wadis, auf der Westbankseite, sieht man Armut.

Wie hat sich diese Situation entwickelt? Mit der Besetzung der Westbank in den 50'er Jahren ist Bart'a in zwei voneinander unabhängige Bereiche zerschnitten worden. Verwaltung, Schulen, Friedhöfe, Moscheen etc wurden doppelt angelegt. Erst nach dem 6-Tage-Krieg und der Besetzung der Westbank durch israelische Truppen hat es wieder eine Zusammenführung der Infrastruktur und natürlich auch der Familien gegeben. Allerdings ist es dabei zu erheblichen persönlichen Problemen gekommen: In den Augen der Westbankbewohner sind die Bewohner der israelischen Seite Verräter der gemeinsamen arabischen Sache.

Trotzdem ist die Zeit bis zur ersten Intifada 1987 eine eher gute Zeit für Bart'a. Gerade wegen der besonderen Lage bietet sich das Dorf als Handelspunkt für die verhältnismäßig billigeren landwirtschaftlichen Produkte der Westbank an.

1987 stellt sich dann für die arabischen Israeli (wie heute auch wieder) die Frage, wem die eigene Loyalität gehört: Dem Land – also Israel – oder den Leuten – den Arabern der Westbank. Dieser Konflikt stellte und stellt sich vor allem auch als Generationskonflikt dar. Die Jugend wollte und will sich der Intifada anschließen, die Älteren setzen eher auf Diskussion und Legalität mit dem Ziel der Gleichberechtigung innerhalb des Staates Israel. Eine nicht zu unterschätzende propagandistische Rolle bei der Schürung des Konflikts spielen die Moscheelautsprecher der Westbankseite, die auf die israelische Seite gerichtet sind und zum bewaffneten Kampf aufrufen.

Seit Schließung der Grünen Grenze haben die in Bart'a wohnenden Palästinenser ein weiteres Problem. Die nächste Stadt mit leidlicher Infrastruktur ist Jenin. Für jeden größeren Einkauf und jeden Arztbesuch müssen die Anwohner jetzt also 30 km fahren oder, wenn sie kein Auto haben, zu Fuß laufen.

Zum Schluss noch ein möglicherweise versöhnliches Zeichen: Vor uns liegt ein ziemlich verwahrloster, offener Platz. Links hat ein arabischer Händler seinen Laden geöffnet, obwohl heute ein hoher islamischer Feiertag ist. Lydia erkennt an seinem weißen Nummernschild mit grünen Ziffern, dass er ein Westbankbewohner sein muss. Sie fragt ihn, ob er Probleme bei der Beschaffung der Einreisegenehmigung gehabt hat. Er verneint das, er müsse nur allmonatlich den Passierschein verlängern. Möglicherweise, meint Lydia zu uns, ist er für den israelischen Geheimdienst tätig und hat darüber seine Genehmigung erkauft. Jedenfalls kann er jetzt unschlagbar preiswertes Gemüse anbieten, erstens, weil es in der Westbank produziert wurde und zweitens, weil er keine Steuern zahlen muss.

Es ist notwendig, Kompromisse zu finden

Begegnung mit dem israelischen Arbeitnehmervertreter Yussuf Kara und Repräsentanten der drusischen Minderheit in Daliyat El Karmel

Am Nachmittag Weiterfahrt nach Daliyat El Karmel. Begegnung mit Repräsentanten der drusischen Minderheit. Empfang im Hause des israelischen Arbeitnehmervertreters in der International Labour Organization, Yussuf Kara. Herr Kara stellt die Funktion der ILO dar. Er berichtet, dass es auf internationalen Tagungen immer wieder überrascht, dass er als arabisch sprechender drusischer Israeli den jüdischen Staat repräsentiert. Herr Kara ist Mitglied der Histradut, des israelischen Gewerkschaftsbundes. In dieser Funktion als Gewerkschaftsmitglied ist er ILO-Repräsentant Israels geworden. Er ist dort seit 1987 und seit 1993 einer der Direktoren der ILO.

Er berichtet ausführlich über die Situation der Drusen und Drusinnen in Israel. Es leben ca. 100.000 Drusen im Lande, davon sind 2 Siedlungen im Karmel-Gebirge und 4 auf dem Golan. Drusen gibt es weiterhin in Syrien, Jordanien und im Libanon. Drusen leben auch in den USA. Die Drusen sind israelische Staatsbürger. Die männlichen Drusen absolvieren den Militärdienst. Sie haben eine eigene kulturelle und religiöse Tradition und sind gegenüber der israelischen Regierung absolut loyal. Schon gleich bei der Staatsgründung Israels haben sie Partei für die Juden ergriffen und mit den jüdischen Siedlern gegen die arabischen Palästinenser gekämpft. Die Drusen sind im 11. Jahrhundert aus dem Islam hervorgegangen, sprechen arabisch und missionieren nicht. Sie glauben an die Wiedergeburt. Sie verstehen sich als sehr konservativ. Allerdings hat sich in den letzten Jahren hier Erhebliches in den Lebensformen gewandelt. So gehen die Frauen heute arbeiten, nicht wenige studieren. Wie man in Daliyat El Karmel sehen kann, ist es zu einem Wohlstand gekommen mit eindeutiger westlicher Lebensart. Über die Ökonomie sagt er, dass nicht mehr viele in der Landwirtschaft arbeiten. Es gibt wenige Textil- und Elektrobetriebe. Manche fahren nach Haifa ca. 30 Minuten mit dem Auto. Die Gemeinde lebt vornehmlich vom Tourismus. Der Besuch im Dorf Daliyat El Karmel am Sabbat zeigt dies eindrucksvoll. Westlich moderne Israelis aus Haifa bevölkern mit Autos das Dorf und werden dort zu einer erheblichen Belastung.



Die Drusen lassen sich in 2 Gruppen unterteilen, einmal in die Religiösen, die traditionell leben und diejenigen, das ist die größere Gruppe, die sich mittlerweile als säkular versteht und auch ebenso verhält. Aus der patriarchalen Gesellschaft hat sich mittlerweile auch die Frau emanzipiert. Die jungen Frauen werden immer europäischer, sie gehen zur Arbeit, wollen einen Beruf ausüben. Drusen heiraten meistens untereinander. Die Heirat mit einem Nicht-Drusen ist ein großes Problem. Die Akzeptanz einer sogenannten Mischehe ist sehr gering. Mischehenkinder werden von Drusen eigentlich nicht geheiratet.

Man hat als Druse manchmal das Gefühl, nicht alle Rechte zu bekommen, die man formal als israelischer Staatsbürger hat. Man erwartet, dass die Ortschaften besser entwickelt werden und dort ebenso investiert wird, wie es in jüdischen Siedlungen stattfindet. Man wünscht sich einen Frieden und erhofft sich von den USA und Europa und hier vom Außenminister Fischer eine stärkere Einflussnahme auf den Friedensprozess. Man begrüßt die Feststellung des saudischen Kronprinzen, der die arabischen Staaten dazu bewegen will, Israel als Staat anzuerkennen. Herr Kara berichtet über seinen Besuch in Deutschland und über die sehr guten Beziehungen mit der Botschaft, hier insbesondere mit Frank von Auer. Er erzählt von einem Besuch beim Oberbürgermeister von Münster. Er hat dort eine sehr große Gastfreundschaft erlebt. Dass der Oberbürgermeister mit dem Fahrrad fährt, hat ihn sehr überrascht.

Während der Berichte von Herrn Kara erscheint sein Schwager. Er ist stellvertretender Bürgermeister bzw. Landrat in einem arabischen Dorf. Herr Kara stellt die Beziehung zwischen Juden und Drusen als vorbildlich dar und meint, es sei ein Beispiel, um in Israel mit Minderheiten ethnischer Art angemessen umzugehen. Demokratie meint eben die Beachtung der Rechte von Minderheiten. Dies sei für die Araber in Israel von besonderer Bedeutung. Er spricht die Erschießung von 13 arabischen Israelis im Oktober 2000 an. Dies habe zu einer massiven Veränderung der Einstellung der arabischen Israelis gegenüber dem Staate Israel geführt. Zur gesellschaftlichen Emanzipation der Drusen führt er aus, dass Drusen verweigert haben, im Militär zu dienen. Eigentlich werde dies mit Gefängnis bestraft, sei aber nicht erfolgt. Mittlerweile gäbe es drusische hohe Offiziere, wie z.B. ein 2-Sterne-General, viele Brigadegeneräle. Vor 50 Jahren sei ein Leutnant als Druse im israelischen Militär sehr selten gewesen. Auf die Frage, ob Drusen im Kibbuz leben, antwortet er, dass Landwirtschaft heute nicht mehr ökonomisch ertragreich ist, dass es notwendig ist, sich der Industriegesellschaft zuzuwenden. Als Lohnarbeiter im Kibbuz zu arbeiten, sei nicht erstrebenswert. Er geht auf das Schulwesen für die Drusen und hier im Ort Daliyat El Karmel ein. Es gibt eine Pflichtschule bis zum 14. Lebensjahr; es ist eine moderne Gesamtschule mit 9 Klassen. Es könne dort das Abitur gemacht werden. Möglichkeiten zu Technischen Ausbildungen seien vorhanden. Viele Studierende besuchen die technischen Fächer und studieren. Auch Frauen sind sehr bildungshungrig und suchen nach einer beruflichen Karriere.

Es wird nach der Religiosität und den religiösen Riten der Drusen gefragt. Es gibt keine theologische Ausbildungsstätte mehr. Es gab sie einmal im Libanon und heute gäbe es in der Nähe von Tiberias eine gewisse religiöse Schulung. Die Religion schreibt Alkoholverbot vor. Als Druse hat man nur eine Frau, Moslems können bis zu 4 Frauen haben. Zur Frage der Lehre über das Judentum in drusischen Schulen wird ausgeführt, dass das Erziehungsministerium das Curriculum vorgibt. Die Finanzierung findet über den israelischen Staat statt. Alle Fächer werden gelehrt, auch die drusische Sprache. Man erfahre selbstverständlich auch etwas über das Judentum. Es wird gefragt, wie Drusen über 3 Staaten (Libanon, Syrien und Israel) hinweg zusammenarbeiten. Herr Kara geht auf die Auseinandersetzung im Libanon ein und auch auf die historischen Kämpfe der Drusen gegen die Franzosen auf seiten der Befreiungsbewegung.

Der Bürgermeister und Schwager schildert die Probleme der Araber in Tira und in den umliegenden Dörfern. Er stellt fest, dass der israelische Staat dort nicht angemessen für eine Infrastruktur sorgt. Es fehlt an Industrie. Den Arabern wird auch Boden weggenommen. Sie können kaum Häuser bauen. Sie wollen alle in einem einstöckigen Haus wohnen, es existiere also eine große Wohnungsnot. 94 % des Landes ist in israelischer Staatshand. Die demografische Entwicklung bei den arabischen Israelis spricht für eine deutliche Zunahme der Bevölkerung. Um die arabischen Siedlungen herum werden jüdische Ortschaften aufgebaut und stärker vom israelischen Staat gefördert. Es findet also eine Abkapselung und Einkapselung der arabischen Minderheit statt. Immerhin sind 20 % der israelischen Bevölkerung Araber. Es werden für die arabischen Schulen 50 % weniger ausgegeben als für jüdische Schulen.



Es gib keine drusische Partei. Zwei Drusen sind Abgeordnete in der Knesset. Ein Druse ist Minister. Der Schwager stellt fest, dass die arabische israelische Bevölkerung sich mehr und mehr vom Staate Israel und auch von der jüdischen Gesellschaft entfernt. Sie identifizieren sich zunehmend mit Palästina, den Palästinensern und auch dem angestrebten Palästinensischen Staat. Er schätzt es so ein, dass es für die Drusen auch problematisch werden kann, wenn sich die arabisch-israelische Bevölkerung mehr und mehr zurückzieht. Drusen sind wohlhabender als Araber. Sie sind in speziellen Berufen tätig. Auslandsverbindungen mit den drusischen Minderheiten und Kulturaustausch über z.B. drusische Künstler, wird wenig praktiziert. Mit der französischen Botschaft sind einzelne Veranstaltungen gemacht worden. Mit einer französischen und deutschen Gemeinde wird eine Partnerschaft gepflegt.

Es wird nach Grundbesitz gefragt. Obwohl eine Verstaatlichung des Bodens stattgefunden habe, sei es schwierig heute zu beschreiben, wem welches Land gehöre. Es wird auf die Beduinen in der Negev eingegangen. Bislang ist immer nur Land vom israelischen Staat genommen und nicht zurückgegeben worden. Der Bürgermeister und Schwager beschreibt die Not der arabischen Bevölkerung, Land zu bekommen, zu erhalten, wiederzubekommen und darauf Häuser zu bauen. Mittlerweile sei das schlicht unmöglich geworden. Im Dorf Daliyat El Karmel würde nach den staatlich vorgegebenen Regeln geplant und gebaut, also in Kooperation mit dem israelischen Staat. In arabischen Gemeinden werde z.T. ohne Plan gebaut, dann würde vor Gericht gestritten. Der Konflikt ziehe sich lange hin. Aus kulturellen und historischen Gründen wollen Araber nicht in größeren Mehrfamilienhäusern wohnen. Es sei halt kulturelles Erbe, mit einem dörflichen arabischen Charakter zu leben.

Herr Kara und sein Schwager streiten sich um Einschätzungen, was die Rechte der Araber und die Möglichkeiten der Entwicklung von arabischer Kultur in Israel angeht. Der Schwager besteht darauf, dass die arabische Bevölkerung Staatsbürger 2. Klasse sind, sie mit den jüdischen Bürgern nicht systematisch gleichgestellt sind. Herr Kara verweist auf die Probleme im Gazastreifen. Man könne sich nicht vorstellen, dass dort jede arabische Familie ein eigenes Haus haben könne, sondern man müsse, um diese Millionen Menschen unterzubringen, in Hochhäusern leben. Der Schwager besteht darauf, dass es für Israel notwenig ist, auf arabische Kultur und Lebensform Rücksicht zu nehmen und nur so eine Integration in den israelischen Staat möglich ist. Eine angemessene Wohn- und Lebensform ist eine wichtige Bedingung dafür.

Es wird gefragt, wie man eine Integration anstreben könne. Hier wird auf Schule und Bildung verwiesen. Eine gemeinsame schulische Ausbildung sei notwendig zur Integration. Es wird gefragt, ob die arabischen Israelis bei einer Gründung eines palästinensischen Staates nach Palästina gehen würden. Es wird festgehalten, dass die arabische Bevölkerung in Israel einen hohen Anteil an gebildeten Menschen hat, so auch Ärzte, die wir in Tira kennengelernt haben. Diese Personen wollen wegen des Lebensstandards sicherlich weiter in Israel leben, allerdings ist es notwendig zur Integration, dass sie nicht diskriminiert werden. Das Verhältnis zwischen Juden und Arabern sei immerhin noch schwierig und es sei notwendig, Kompromisse zu finden bzw. eine angemessene Integration. Die Unterredung im Haus Yussuf Kara ist begleitet von ausgiebigen Leckereien drusischer Art, die von der Ehefrau von Yussuf Kara gereicht werden.

Um 18 Uhr sind wir geladen zum Abschluss des muselmanischen Festes Idal Adha in Fureidis bei der Familie Marane. Die Familie Marane hat ihre Kinder in Großbritannien studieren lassen. Eine Tochter ist Rechtsanwältin. Nach dem Mahl im Zelt sind wir Gast in dem großzügig gebauten Haus der Familie.

Kibbuzforschung

Referate und Diskussionen mit Prof. Dr. Menachem Rosner und Dr. Daniel Rosolio in der Universität Haifa

Nach der Begrüßung durch die Universitätsvizepräsidentin Frau Metzner hörten wir die Vorträge von Daniel Rosolio und Menachem Rosner.

Dr. Rosolio beschreibt zunächst die Krise der Kibbuzbewegung: Von 1952 bis 1999 haben sowohl die Anzahl der Kibbuzim als auch die Anzahl der Kibbuzbewohner kontinuierlich (trotz einiger "Zwischenhochs") abgenommen; der Anteil der Kibbuzbevölkerung an der Gesamtbevölkerung fiel von 4,2 % auf jetzt nur 1,8 %. Die Investitionen nehmen ebenfalls ab, und so fielen die landwirtschaftlichen Produktionen in den Kibbuzim um minus 22 %, in Moshav um minus 20 % und in den anderen Produktionsstätten um minus 21 %.

Dr. Rosolio erläutert sodann die drei historischen Entwicklungsstadien der Kibbuzbewegung:

- a) 1918 1948: Nationbildung, fundamentalistisches ideologisches Ethos mit extremem Kollektivismus; kennzeichnend sind das Pionierbewusstsein und das Phänomen der Landbesiedlung.
- b) 1948 1990: Staatsbildung, und gemäß Ben Gurion liegt ein Hauptmerk auf der Urbarmachung des Negev. Kennzeichnend sind die Kriegsangst vor einer möglichen Durchtrennung Israels an der nur knapp 20 km breiten "Engstelle" nördlich von Tel Aviv und die Aufnahme vieler Einwanderer. Bis zur Wirtschaftswende 1990 ist die Industrie entweder staatlich oder in der Hand des Gewerkschaftsbundes Histadrut.
- c) Ab 1990 wurde die Landwirtschaft privatisiert, und es tritt ein Ethoswandel ein: Eine Mio. Einwanderer, meist aus Russland / GUS, wollen keinen Sozialismus oder Kollektivismus mehr, sondern Privatheit. Die traditionellen Kibbuzim bleiben unangepasst. Andere, progressive Kibbuzim werden modern als Firma behandelt, und insgesamt verstehen sich die heutigen Israelis nicht mehr als Pioniere, sondern als moderne differenzierte Industriegesellschaft.

Menachem Rosner stellt in seinem Vortrag die soziale Entwicklung der Kibbuzim vor:

- a) die Pionierzeit, hierbei wird auf ähnliche europäische Bewegungen verwiesen, z.B. den "Wandervogel".
- b) Die Epoche Anfang der 60ziger Jahre: Hier ergibt sich ein Wechsel von den Eltern zur nächsten Generation. Parallel dazu nimmt das Tempo der Veränderungen zu: So erfolgen bis 1985 Modernisierungen, verstärkter Übergang von der Landwirtschaft auf die Industrie, und schon ab 1970 wechseln immer mehr Jugendliche auf die Universitäten über.
- c) Ab 1977 ist auch die politische Veränderung spürbar, weil das "linke Lager" abnimmt und "Rechts" zunimmt, bis dann 1985 die Konservativen die Macht übernehmen.

Prof. Rosner stellt 2 Krisen fest: die ideologische Krise (Krise des Sozialismus weltweit, somit auch Krise der Histadrut) und die demographische Krise (Abwanderung von jungen und höher gebildeten Menschen und Verbleib der Älteren). Prof. Rosner verteilt dazu eine Fotokopie seines Buchbeitrages "Postindustrielle Utopien und die Erfahrung der Kibbuz-Gemeinschaft"(1994 erschienen)

In der anschließenden, leider unter Zeitdruck stehenden Diskussion verweisen die beiden Referenten auf die derzeit 4 bestehenden Kibbuz-Modelle: 50 traditionelle Kibbuzim ohne Veränderungen; 104 Kibbuzim differenzierte Modelle (z.B. unterschiedliche Verdienst- und Entlohnungssysteme); 110 Kibbuzim auf der Grundlage des konventionellen Modells, aber mit Veränderungsdiskussion (z.B. definieren sie sich nicht mehr als "Kibbuzim"); 18 religiöse Kibbuzim.

Die weiteren Diskussionsfragen, z.B. Auswirkung auf Familien und Kindererziehung oder Genderprobleme konnten aus zeitlichen Gründen nicht vertieft werden.

Schuld lähmt, Verantwortung belebt

Über die Arbeit arabischer NGO's in Israel

Es referierten Hala Espanioly, eine Sozialarbeiterin, die in Bamberg, Heidelberg und Jerusalem studiert hat und Jafar Farah, Leiter, über das Mossawa Center – ein Beratungszentrum für arabische Bürgerinnen und Bürger Israels in Haifa.

Im Oktober 1997 wurde das Mossawa Zentrum als Nichtregierungsorganisation (NGO) gegründet um die Gleichberechtigung der arabischen Bürgerinnen und Bürger Israels voranzutreiben. Folgende Schwerpunkte werden in dem Zentrum bearbeitet: Politische Mobilisierung der arabischen Bevölkerung in Israel, um die soziale und ökonomische Lage zu verbessern und Anstrengungen zu unternehmen, um die offizielle Politik des Staates Israel zu beeinflussen, die Menschenrechte zu sichern und in den Kommunen und bei Ministern und Abgeordneten sowie anderen NGO über die Lage der arabischen Bevölkerung zu informieren und darüber hinaus international Verbündete in den USA und Europa zu finden.

Nach den sog. Oktober Ereignissen (Oktober 2000) hat sich die Situation der arabischen Bürgerinnen und Bürger Israels grundlegend verschlechtert. Acht Jahre nach dem Osloer Abkommen und 3 Monate nach dem Camp David Abkommen hat Ariel Sharon durch den demonstrativen Besuch des Tempelbergs unter dem Schutz von hunderten bewaffneten "Bodygards" eine neue Intifada ausgelöst. Bei den anschließenden Demonstrationen an verschiedenen Orten wurden insgesamt 13 arabische Bürger Israels getötet. Diese Gewaltakte haben einen tiefen Schock bei den arabischen Bürgerinnen und Bürgern Israels hinerlassen. Vor den Oktober-Ereignissen identifizierten sich die arabischen Bürgerinnen und Bürger weitgehend mit dem Staat Israel und versuchten in erster Linie friedlich und gleichberechtigt zu leben. Nach dem Oktober 2000 erlebten die Araber in Israel, wie schnell die israelische Regierung ihr Verhalten gegenüber den arabischen Bürgerinnen und Bürgern verändert.

2001 boykottierten die israelischen Araber die Wahl zwischen Elud Barak und Ariel Sharon. Nur 28 % der arabischen Bevölkerung sind zur Wahl gegangen. Für den Ausgang der Wahl – den Sieg Ariel Sharons – war dieses Verhalten ausschlaggebend. Gründe dafür waren, dass die Regierung Baraks und die Arbeiterpartei die vorher abgegebenen Versprechungen nicht eingelöst bzw. gebrochen hat. Der Tod der 13 arabischen Bürger war ein zusätzliches und entscheidendes Motiv für den Wahlboykott. Der Boykott ist Ausdruck der Überzeugung, dass auch die Wahlbeteiligung keinen Einfluss auf die Ergebnisse der Politik hat.

Die ökonomische und soziale Situation der arabischen Bevölkerung in Israel ist denkbar ungünstig. Die arabische Bevölkerung ist in einem größeren Maße arbeitslos, sie haben geringere Durchschnittseinkommen und 50 % der Kinder aus arabischen Familien leben unterhalb der Armutsgrenze. Zu der Benachteiligung im Arbeitsleben kommen die bedrückenden Zustände in den überwiegend von Arabern und Araberinnen bewohnten Städte und Dörfer in Israel. Die Wohnverhältnisse sind sehr eng, einerseits weil Araber vielen bürokratischen Schikanen ausgesetzt sind, wenn sie bauen bzw. anbauen wollen und andererseits weil die Ausdehnungsmöglichkeiten arabischer Dörfer und Städte sehr begrenzt sind, weil rund um diese Ansiedlungen israelische Siedlungen gebaut worden sind. Dies gilt beispielsweise auch für Industrieansiedlungen. Dadurch, dass Genehmigungen für den Hausbau so schwer zu bekommen sind, werden Häuser auch ohne Genehmigung gebaut, d.h. "illegal". Diese Häuser können jederzeit wieder eingerissen werden. Schlecht ausgebaut sind alle Infrastruktureinrichtungen, von dem Zustand der Straßen oder Grünanlagen über das Gesundheitswesen bis hin zu Bildungseinrichtungen.

Die arabischen Frauen in Israel unterliegen einer doppelten Diskriminierung. Als Teil einer Minderheit in Israel sind sie benachteiligt und als Araberinnen unterliegen sie den Traditionen einer patriarchalischen Gesellschaft. Frauen sind traditionell schlechter ausgebildet, üben schlecht bezahlte Tätigkeiten aus und sind familiärer wie außerfamiliärer Gewalt ausgesetzt.

Ein wichtiger Indikator für die Identität ist die Bewertung der Sprache. In Israel ist hebräisch die offizielle Landessprache, dadurch fühlen sich die 20 % arabischen Bürgerinnen und Bürger diskriminiert. Von offiziellen Veröf-

fentlichungen der Regierung bis hin zu Verkehrszeichen und Hinweisschildern wird neben hebräisch bestenfalls noch die englische Sprache benutzt. Auch für den Schulunterricht gilt, dass ausschließlich die hebräische Sprache gelehrt wird. Dadurch wird die arabische Kultur marginalisiert.

Als zivilgesellschaftliche Einrichtungen sind NGO's in Israel verhältnismäßig neu. 4 % der NGO's in Israel haben den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf Probleme der arabischen Bevölkerung ausgerichtet. Unter Betonung der arabischen Identität setzen sie sich für eine Aussöhnung ein, auch wenn es immer wieder Rückschläge gibt. Sie unterstützen die Friedensbemühungen. Die Zukunft sollte gemeinsam aufgebaut werden. "Schuld lähmt, Verantwortung belebt". Voraussetzung für einen gerechten Kompromiss ist die Notwendigkeit, wechselseitig die Ängste des anderen zu sehen und anzuerkennen.

Golan

Wie durch schottisches Hochmoor zum Kibbuz El-Rom

Die landschaftliche Schönheit des Golan haben wir nur bei der Vorführung eines Siedlungsrechtfertigungsfilms zu sehen bekommen. Als wir am 25.2. von Haifa aus zum Golan aufbrechen, hüllen sich die Berge in dichte Wolken. Es entsteht der Eindruck, nicht in der Nähe des Mittelmeeres, sondern im schottischen Hochmoor zu reisen – auch die Temperaturen sind entsprechend garstig.

Der Kibbuz El-Rom ist 1971 auf staatliche Initiative hin gegründet worden. Ursprüngliche wirtschaftliche Basis ist die Landwirtschaft, bekannt über die Region hinaus ist z.B. der Golan-Wein. Mittlerweile hat der Kibbuz ein weiteres ökonomisches Standbein durch ein Synchronstudio, außerdem arbeiten seit den letzten zwei Jahren zunehmend Mitglieder außerhalb des Kibbuz.

Aus dieser Schilderung ergibt sich, dass El-Rom ein Kibbuz im Umbruch ist. Jede Familie hat mittlerweile Verfügung über ihr eigenes Gehalt, andererseits muss jetzt auch jede Leistung des Kibbuz bezahlt werden, wobei Erziehung und Essen weiterhin aus den Gemeinschaftseinkünften subventioniert werden und so ein Mindestlebensstandart für alle Kibbuzmitglieder gewährleistet ist. Gewinne, die der Kibbuz erwirtschaftet, werden aufgeteilt. Eine gewisse Lohndifferenzierung entsteht für Menschen, die im Kibbuz arbeiten, dadurch, dass die Dauer des Aufenthaltes im Kibbuz auf den Lohn angerechnte wird. Im Zuge der ökonomischen Umgestaltung werden jedes Jahr 10 % der sozialen Verpflichtungen gegenüber den einzelnen Mitgliedern zurückgenommen, so dass ein allmählicher Übergang hin zu einem genossenschaftlichen Modell erreicht wird und die Mitglieder gleichzeitig die Möglichkeit haben, sich durch Rücklagen für das Alter oder zur Ausbildung der Kinder auf die neue Situation einzustellen.

Um Mitglied im Kibbuz zu werden, sollte man nicht älter als 35 Jahre sein. Man muss eine zweijährige Probezeit überstehen und am Ende dieser Probezeit von mindestens 2/3 der Kibbuzmitglieder angenommen werden. Theoretisch ist es jederzeit möglich, jemanden aus dem Kibbuz zu werfen, praktisch ist dieser Fall aber zumindest in El-Rom nie vorgekommen.

Sorgen bereitet allen Kibbuzim die Abwanderung der für zunehmend materialistisch orientiert eingeschätzten Jugend in die Städte. Die Altersstruktur in El-Rom als relativ neuem Kibbuz ist aber nach wie vor gut. Einen neuen Zustrom von Siedlern erwartet man sich aus Argentinien. Wegen der dortigen Wirtschaftskrise, sollen 20-30.000 Juden auswanderungsbereit sein. Von der Einwanderungswelle aus Osteuropa hat die Kibbuz-Bewegung nicht profitieren können, da in der Regel zu heftige Vorbehalte gegenüber Gemeinschaftseigentum bestanden und daher das Leben im Kibbuz nicht attraktiv erschien.

El-Rom ist ein nichtreligiöser, eher links orientierter Kibbuz. Allerdings können sich die Bewohner trotzdem nicht vorstellen, islamische oder christliche Mitglieder aufzunehmen. Es besteht Konsens, sich dem Friedensprozess, auch wenn das Aufgabe des Golan bedeuten sollte, nicht in den Weg zu stellen. In eigenartigem Widerspruch zu dieser Aussage steht, dass sich keiner unserer Gesprächspartner vorstellen kann, unter syrischer Fahne zu leben. Außerdem wird immer wieder auf die zentrale wasserwirtschaftliche und strategische Bedeutung des Golan verwiesen. Die Aufbauleistung jüdischer Siedler wird im Nachhinein als Legitimation der Besetzung bemüht. Diese widersprüchliche Haltung kulminiert in einer Filmvorführung am Ende des Gesprächs. In diesem Film ist die überdeutliche Aussage, dass keine Rede von einer Rückgabe des Golan sein kann.

Nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im sozialen Gefüge befindet sich der Kibbuz im Wandel. Bereits seit 15 Jahren sind die Kinderhäuser abgeschafft. Nicht mehr die Gruppe Gleichaltriger, sondern die Familie ist Kernpunkt der Sozialisation. Unsere Gesprächspartner machen das u.a. an dem größeren Wohlstand der Siedler fest. Größere Häuser seien gebaut worden, und man habe sich mehr auf individuelle Bedürfnisse besonnen. Auch das Freizeitverhalten ist heute individualisiert, auf gemeinsame Feiern und Gemeinschaftsessen wird aber weiterhin größter Wert gelegt. Je nach Dauer der Mitgliedschaft im Kibbuz haben die Bewohner ein Anrecht auf 1-3



Wochen Urlaub. Viele nutzen diese Zeit zur Weiterqualifikation, da die wirtschaftliche, vor allem die landwirtschaftliche Situation, in Israel äußerst angespannt ist.

Um die Komplexität der politischen Situation auf dem Golan schlaglichtartig zu beleuchten, hier noch eine Besonderheit: Beim sehr leckeren Mittagessen erzählt einer der Gesprächspartner von den alten Gemeinden auf dem Golan. Bis heute lehnen 45 % der Mitglieder dieser fünf Gemeinden die israelische Staatsbürgerschaft ab. Sie leben als Staatenlose und schicken gegebenenfalls ihre Kinder zum Studium in den Libanon oder nach Syrien. Während des 6-Tage-Krieges haben sie sich dementsprechend neutral verhalten.

Subtile Unterstützung anbieten

Gespräch mit dem Repräsentanten der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr.h.c. Johannes Gerster im Konferenzzentrum Mishkenot Sha'ananim in Jerusalem

Herr Gerster berichtet sehr ausführlich über die Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine vertiefte Zusammenarbeit gibt es mit dem Moshe-Dajan-Zentrum der Universität Tel Aviv und mit den israelischen Arabern, weil dort eine besondere Gewichtung auf die allmähliche Verständigung zwischen Juden und Arabern gelegt werden könne.

Zu statistischen Umfragen meint Herr Gerster, dass zwar 60 % der israelischen Bevölkerung für einen Palästinenserstaat seien, aber ebenso unterstützen 60 % die Politik von Sharon. Hinter Sharon stehe "der Schatten von Netanjahu". Auf Seiten der Palästinenser zeigt sich folgende Aufteilung der politisch-militärischen Kräfte: 1/3 Hamas-/ Hisbollah-Anhänger, die von Kuwait, Saudi Arabien und teilweise Syrien unterstützt werden; 1/3 Fatah – Arafat-Anhänger, die von der EU unterstützt werden; 1/3 wollen den Ausgleich mit Israel: dieses Drittel ist kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden, und deshalb würde die Konrad-Adenauer-Stiftung hier "sehr subtile Unterstützung" anbieten, indem sie breit angelegte Begegnungen und Diskussionen, u.a. in arabisch-israelischen Schulen organisiere. Dr. Gerster beschreibt sodann seine vielen Kontakte und Treffen mit einzelnen Personen sowohl international als auch gezielt im israelisch-arabischen Umfeld.

Yad Vashem

Kranzniederlegung und Begegnung mit Prof. Yehuda Bauer

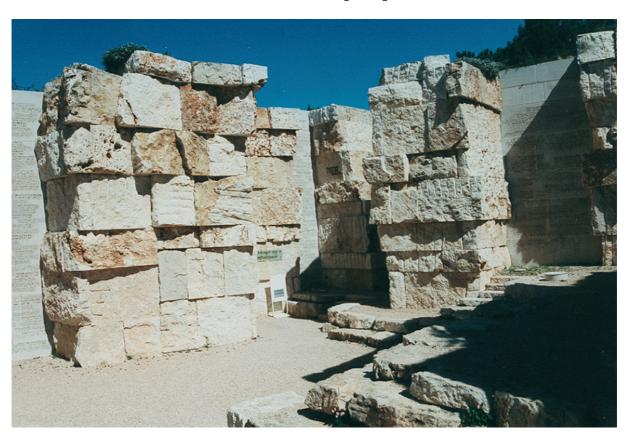
Yad Vashem wurde 1953 vom israelischen Parlament, der Knesseth, in Jerusalem als Stätte des Gedenkens an die sechs Millionen ermordeten Juden während des Faschismus gegründet. Yad Vashem dient neben einer Begegnungsstätte des Erinnerns als Ort der Ehrung der Holocaust-Überlebenden sowie Widerstandskämpfer und als Bildungseinrichtung zur Lehrerweiterbildung im Umgang mit dem Thema Shoah und für die Entwicklung von Unterrichts- und multimedialem Dokumentationsmaterial. Angegliedert ist das wissenschaftliche Zentrum der internationalen Holocaustforschung.

Entsprechend dieser institutionellen Vielfalt gliederte sich unser Besuch in Yad Vashem:

in eine ausgewählte Führung durch das Museennetz, die Archiv- und Ausstellungsräume, Gespräche im Bildungs- und Forschungszentrum sowie abschließend ein Rundgang durch das Freigelände des Gedenkens ("Tal der Gemeinden").

Karin Dengler, Historikerin aus Deutschland und Angestellte des didaktischen Dienstes zeigte uns während eines Rundgangs durch das Museumsgelände "vor Ort" die neue Konzeption der Erinnerungsstätten. Yad Vashem ("Zeichen und Name") soll danach neben der Stätte des Gedenkens, des Erinnerns und der Dokumentation als Sprachorgan gelten für die Überlebenden und die Erziehenden, sich angesichts des unfassbaren traumatischen Ereignisses der Shoah, des Massenmordes an dem jüdischen Volk, der Verantwortung gegenüber den jüngeren Generationen bewusst zu bleiben und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Um allein vor Ort die mehr als zwei Millionen Besucher didaktisch zu betreuen, wurde ein neues Museumsgelände architektonisch von dem Architekten Moseh Safdie entworfen, das bei einer Begehung die komplexen Ziele zu einem Erleben konzentriert. Auch bei unserem sehr gedrängten und auswählenden Besuch wirkte die





innen- und aussenarchitektonische Umsetzung sehr überzeugend und sinnlich eindrucksvoll. (Vgl. Übersichtsgrafik in der Dokumentationsmappe Yad Vashem "Das Neue Museum") Die Wegführung vernetzt das Yad Vashem Archiv, die Yad Vashem Bibliothek, die Halle der Namen, die Internationale Schule für Holocaust-Studien, das Neue Museum, die Gerechten unter den Völkern, und das Internationale Institut für Holocaust-Forschung.

Unsere Gruppe beging das Gedenken an den Holocaust in der Halle der Namen in einem würdigen Zeremoniell mit einer Kranzniederlegung.

Auf dem Rundgang wird der Besucher jeweils mit authentischen und historisch autorisierten Präsentationen konfrontiert und diese Begegnung bleibt jeweils eingebettet in eine architektonische Rauminszenierung, die Betroffenheit und Aufklärung synchron vermittelt.

Ein Beispiel sei herausgegriffen: die Kindergedenkstätte für 1 1/2 Millionen ermordeter jüdischer Kinder des Holocaust (Memorialhalle gestiftet von Abraham und Edita Spiegel). Die Raum- und Lichtinstallationen "spiegeln" traumatische Realität und bilden ein Erinnerungspanoptikum in Spiegelreflexprojektionen: so im ersten Raumweg biographische Portraitspiegelungen authentischer Kinderopfer, personalisierte Repräsentationen und traumatische Realitätsspiegelungen der mörderischen Massenvernichtung und im zweiten Raum ein suggestives Hineinversetzen in einen metaphorischen Sternenhimmel, inszeniert als millionenfache Lichtspiegelung des millionenfachen Gedenkens an die ermordeten unerlöst mahnenden Erinnerungslichter des Massensterbens: eine sinnliche Betroffenheit und gedankliche Herausforderung zugleich überträgt sich auf jeden einzelnen Besucher. Wer diesen Weg durch Sinnbilder der mörderischen Vernichtung und der virtuellen Lichtmetaphorik durchschreitet, erlebt eine Metamorphose, die gedenkend, erinnernd und aufklärend wirkt und nachwirkt.

Ein zweites Beispiel zeigt die begehbare Erfahrbarkeit der erinnerten Traumatik auf eine räumlich spektakuläre Weise: im Tal der jüdischen, vom Holocaust heimgesuchten Gemeinden, die der Europakarte nach wegführend geschichtet angezeigt werden, so dass jeder Besucher innerhalb des Steinschluchtirrgartens nach seiner eigenen Geburts- oder Wohnortidentität die Holocaustszenerie aufsucht.

Neben dem Holocaustarchiv, das über 50 Millionen Dokumente und Namen der 4 Millionen von über 6 Mill. Opfer aufbewahrt und auswertet, konnten wir noch einen Kurzbericht von Yarif Lapid über die Arbeit der Internationalen Schule für Holocaust-Unterricht bekommen, bevor wir das Internationale Zentrum für Holocaust-Studien besuchten. Dort erwartete uns einer der international renommiertesten Holocaustexperten und ehem. Leiter des Forschungsinstitutes Prof. Yehuda Bauer. Das Spektrum dieses von internationalen Spezialisten aufgesuchte Zentrum der Shoahforschung ist nur in der zeitlichen Fixierung auf das historische Geschehen 1933-1945

begrenzt. Dieser zeitgeschichtliche Rahmen soll die Authentizität und historische Sachbezogenheit sichern und ideologische und politische Interesseneinflüsse abwehren.

Gleichwohl verfolgt die Forschungsmethodik, "die dunkle Seite der Geschichte aufzuklären", in dem "das Spezifische im Allgemeinen" dokumentiert und wissenschaftlich interpretiert wird. Geschichtsforschung in diesem Zentrum wirkt, wie Publikationen und Medienrezeption erwiesen haben, als öffentliche Bewusstseinsbildung und gewinnt Multiplikatorenfunktion. Dies hat sich auf den didaktischen Bereich ausgeweitet, der zunehmend Schulprojekte und Internetprojekte (Task force) betreut.

Prof. Bauer warnte in der allgemeinen politischen Diskussion und angesichts der aktuellen Dramatik vor gefährlichen Analogieschlüssen zwischen historischen und gegenwartsbezogenen Erklärungsmustern. Begriffe z. B. des Antisemitismus und des Heroismus müssen immer wieder kritisch befragt und selbst zu Forschungsgegenständen werden. Der politische Gebrauch kann zu gefährlichen Instrumentalisierungen führen, z. B. in der Gleichsetzung von Israelkritik und Antisemitismus bzw. Selbstmordanschlag und Selbstverteidigungsrecht. Aufgrund der stattfindenden mörderischen Gewaltexzesse und der Wahrnehmung durch eine "traumatisierte israelische Gesellschaft" gilt diese Warnung vor einer normativen und begriffsideologischen Interpretation der Vorgänge nachdrücklich.

Die als besonders tragisch die politische Wirklichkeit belastende "Traumatisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins" in Israel potenziert sich angesichts der sehr differenzierten Identitätsproblematik aufgrund der verschiedenen politischen, religiösen, nationalen und ethnischen Gruppierungen. Bauers Statement galt für viele von uns als Verstehensschlüssel für die erlebte politische Tragik und Dramatik während unserer Reise.

The Israel Women's Network (IWN): Auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter

Gespräch mit Rina Bar-Tal (Chairwoman), Ella Gera (Executive Director), Agate N. Krauss (Research Center Coordinator), Prof. Galia Golan-Gild, em. (Hebrew University, Jerusalem), Prof. Hanna Herzog (Telaviv University) Dr. Daliah Moore (Hebrew University, Jerusalem) im Ticho-House in Jerusalem

The Israel Women's Network (IWN)

The Israel Women's Network wurde 1984 von der britischen Immigrantin Prof. Alice Shalvi gegründet. Ziel des Netzwerkes ist es, den Status von Frauen in Israel zu verbessern durch

- die Verbesserung der Gesetzgebung (legislation)
- eine dem weiblichen Bevölkerungsanteil entsprechende Repräsentation von Frauen in allen politischen und gesellschaftlichen Gremien
- den Auf- und Ausbau der politische Frauen- bzw. Gender-Forschung.

Im IWN sind Frauen aller politischen Couleur organisiert.

Es bestehen enge internationale Kontakte ibs. zu US-Frauenorganisationen.

Das IWN hat sich seit seiner Gründung eine hohe Bekanntheit im Land erarbeitet und ist ein wichtiger Faktor in der politischen Szene geworden, wie z.B. im Zusammenhang mit der Knesseth. Allerdings sei einzusehen, dass in einem Staat, der ständig im Krieg seine Existenz verteidigen müsste, das Frauenthema nicht oberste Priorität besitzen könne.

In politischen Ausschüssen und Kommissionen, die für das Land wichtige Entscheidungen treffen, stellen Männer bis heute die Mehrheit, größtenteils Mitglieder von religiösen Parteien.

Dennoch ist es durch die Aktivitäten des IWN gelungen (z.B. durch spezifische Kurse und Trainings), Frauen zu fördern und sie in wichtige Entscheidungspositionen zu bringen.

So haben in der Knesseth 16 Frauen Sitz und Stimme, es gibt drei Ministerinnen und drei stellvertretende Ministerinnen. Über 30 % Frauen agieren als Führungskräfte in Regierungskreisen und öffentlichen Unternehmen.

Die Gleichstellung der Geschlechter umfasst nach IWN-Auffassung inbs. ökonomische, politische und soziale Aspekte. So verdienen Frauen ca. 80 % des Lohns, den Männer für die gleiche Arbeit bekommen. Arbeitsbereiche, aus denen Männer aussteigen, weil sie nicht mehr lukrativ genug sind, werden häufig von Frauen für einen geringeren Lohn übernommen.

Hindernisse auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter

Als besondere Hindernisse auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter werden das nicht Vorhandensein von Frieden und der konservative Charakter der israelischen Religion, geprägt durch das orthodoxe Judentum, angesehen.

Der Kriegszustand Israels weist dem *Militär einen hohen Stellenwert* zu. Es stellt einen besonderen Machtfaktor dar, der tief in die Landesstruktur eingreift.

Das Militär zeichnet sich durch eine patriarchale Struktur aus. Um diese Struktur aufzuweichen, besteht die Notwendigkeit, Frauen in alle militärische Positionen einzuschleusen.

Besondere Aufmerksamkeit errang dabei der Fall der Alice Miller, die 1997 einen Antrag stellte, an einem Pilotenkurs der israelischen Luftwaffe teilzunehmen. Diesem Antrag wurde zunächst von militärischer und politischer Seite widersprochen. Es gelang dann durch die aktive Unterstützung des IWN beim Hohen Gericht eine positive Entscheidung herbeizuführen. Seit 2000 ist das Militär nunmehr per Gesetz verpflichtet, Frauen die gleichen Chancen einzuräumen wie den Männern.

Diese hohe Gewichtung des Militärs führte auf Seiten der Vertauensdozenten zu einigen kritischen Nachfragen. Die IWN-Frauen betonten daraufhin deutlich, dass die Situation in Israel sich in starkem Maße von der in Deutschland unterscheide. Hier herrschten Druck, Joch, Ungewissheit, Gewalt. Berufliche Karriere sei in Israel eng mit dem Militärdienst verbunden. Deshalb sei das Thema Gleichstellung der Geschlechter im militärischen Bereich ein wichtiges Kampfthema für das IWN. Das IWN hätte hier keine Wahl. Die Mitglieder des IWN sehen sich gezwungen, "dies Spiel mitzuspielen". Die Auseinandersetzung der Pilotin mit dem Staat wurde somit für das IWN zu einem symbolischen Gleichstellungsakt.

Nichtsdestotrotz engagiert sich das IWN auch in besonderem Maße für den Frieden. So hat das IWN einen starken Einfluss ausgeübt, damit sich das Militär aus dem Libanon zurückzieht, so unterstützt es die Kriegsdienstverweigerer, so unterstützt es die außerparlamentarische Initiative für den Frieden.

Im orthodoxen Judentum gibt es keine Gleichheit von Mann und Frau.

Und in Israel gibt es bislang keine klare Regelung der Beziehung des Staates zur Religion. Deshalb sei die Situation besonders schwierig bei Paarkonflikten, da das Personenstandsrecht noch religiös verankert sei. Ehen werden somit vor religiösen Gerichten geschlossen. Bei Scheidung hingegen ist das Gericht zuständig, das zuerst angerufen wird. Für die Männer ist meistens das religiöse Rabbinatsgericht vorteilhafter, für die jüdischen Frauen hingegen die säkularen Landgerichte. So kommt es häufig zu einem juristischen Wettlauf zwischen den Scheidungspartnern.

Problematisch ist die Situation, wenn uneheliche Kinder Verhandlungsgegenstand sind, da Folgerungen für spätere Generationen daraus erwüchsen.

Ehen, die in ausländischen Vertretungen geschlossen werden, werden inzwischen in Israel anerkannt. Bei Scheidung im Ausland erwachsen hingegen größere Schwierigkeiten.

Das Problem der Einwanderung aus Russland und anderen GUS-Ländern

In den letzten Jahren sind viele Menschen aus Russland und den GUS-Ländern nach Israel eingewandert. Welchen Einfluss diese auf die westlich beeinflusste Demokratie Israels ausüben wird, bleibt abzuwarten.

Die gebildeten Einwanderer werden schnell integriert und innerhalb der israelischen Gesellschaft absorbiert.

Schwieriger gestaltet sich die Situation in den unteren Sozialschichten:

Frauen besitzen einen geringen Status. Häufig werden sie mit Prostitution in Zusammenhang gebracht. Das IWN bemüht sich, das Image von Frauen zu verbessern, indem

- Interviews mit starken Frauen im Fernsehen gezeigt werden,
- Frauen in frauenuntypischen Berufen dargestellt werden,
- Netzwerkarbeit betrieben wird.

Für Schwierigkeiten am Arbeitsplatz hat das IWN eine freie Hotline geschaltet, die sich ibs. an russische und arabische Frauen richtet.

Frauen in der Wissenschaft

Nach Meinung der IWN-Mitglieder sei die Gesetzeslage zur Gleichstellung der Geschlechter auf Grund westlicher Einflüsse gut, Schwierigkeiten bestehen jedoch bei der Umsetzung.

Vertikale Diskriminierung

Bei den Studierenden beträgt der Frauenanteil zur Zeit über 50 %, aber er verringert sich erheblich in Schlüsselfunktionen oder administrativen Führungspositionen. Die Wissenschaftlerinnen selber lehnen eher spezifische Fördermaßnahmen ab, sie sehen sich nicht als benachteiligte Defizitwesen. Sie setzen auf Qualifikation, übersehen dabei aber, dass bei den männlichen Karriereverläufen soziale Netzwerke (old boys network) eine erhebliche Rolle spielen.

Horizontale Diskriminierung

In säkularen Bildungseinrichtungen sind die Frauenanteile, wie in anderen Ländern auch, in den Human- und Kulturwissenschaften verhältnismäßig hoch gegenüber den Anteilen in den Natur- und Technikwisenschaften. In religiösen Einrichtungen hingegen kehrt sich das Verhältnis um. Für Männer ist das Studium der Tora wichtig; die Frauen müssen daher mehr für den Lebensunterhalt der Familie beitragen und präferieren deshalb häufig die gut bezahlten naturwissenschaftlichen und technischen Berufe.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zwar haben Frauen generell das Problem, Beruf und Familie zu vereinbaren, die Wissenschaftlerin ist aber besonders davon betroffen. Hier könnten Stipendien helfen oder auch spezifische Mentoring-Projekte, wie sie in der Universität von Tel Aviv gerade durchgeführt werden, um die Frauen auf ihrem wissenschaftlichen Karriereweg zu stützen und zu motivieren.

Männer entziehen sich der Erziehungsarbeit wie in den meisten Ländern, obgleich die Gesetzeslage vorsieht, dass beide Elternteile Erziehungszeiten in Anspruch nehmen können. Doch da die Männer häufig mehr verdienen als die Frauen, wird gemeinhin die Erziehungsarbeit den Frauen zugeschoben.

EU - Förderung

Eine besondere Rolle spielt die EU-Förderung im Zusammenhang mit Forschungsgeldern, ibs. im technologischen Bereich.

Die IWN-Mitglieder vertreten die Auffassung, dass sich durch die finanzielle Unterstützung auch eine Anpassung an die politischen Strukturen der EU vollziehen könnten. Sie versprechen sich davon eine Stärkung der Demokratie und hoffen auf Hilfestellung von außen, ibs. von Europa.

Kooperationen zwischen israelischen/jüdischen Frauen und arabischen Frauen

Arabische Frauen akzeptieren gemeinhin die höhere Position der Männer, wie sie in der arabischen Gesellschaft vorgegeben ist. So werden die arabischen Frauen doppelt diskriminiert: Zum einen durch den jüdischen Staat, zum andern durch die arabische gesellschaftliche Struktur.

Es herrscht bei den arabischen Frauen eine hohe Arbeitslosigkeit, in letzter Zeit verstärkt durch die Umstrukturierung der Textilindustrie, bei der viele Frauen ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Es gibt vielfältige Bemühungen, mit den arabischen Frauen zu interagieren. So hat z.B. das IWN eine Rechtsanwältin eingestellt, die für die Kooperation von jüdischen Frauen mit arabischen Frauen zuständig ist und den ara-

bischen Frauen rechtliche Hilfestellung gewährt z.B. bei der Einforderung des Kinderunterhaltes. Die Ansprüche können heute u.a. auf Grund der Initiativen des IWN von regionalen Gerichten geprüft werden.

Weiterhin wird ein Zentrum für soziale Gerechtigkeit aufgebaut, das speziell verschiedene kulturelle Auffassungen in den Blick nehmen soll, um für gemischte Gesellschaften gegenseitiges Verständnis aufzubauen und Konsensbildung zu versuchen (siehe die Tagung zur sozialen Gerechtigkeit in Israel im letzten Jahr mit großer internationaler Beteiligung, an der auch viele Deutsche teilgenommen haben).

Ein Blick auf Palästina

Die Situation der Frauen scheint in Palästina besser als in Israel zu sein. So ist ein Teil der Führung weiblich, auch bei den internationalen Verhandlungen werden Frauen beteiligt. Dies haben die aktiven Frauen in Israel bislang nicht geschafft.

Fragen, die Frauen in Israel besonders beschäftigen:

- In wie weit lassen sich die Religionen ändern (z.B. im Hinblick auf die Unterdrückung der Frau),
- in wie weit können die Frauen sich von der jeweiligen Religion, in die sie hineingewachsen sind, ein Stück weit lösen?

IWN Projekte 2002 (Auswahl)

- Vorbereitung von Frauen für Führungsaufgaben in allen Lebenslagen Eine besondere Stellung nimmt dabei ein Projekt am Beit Berl College ein. Dieses versucht, über 12 muslimische Frauen auf die Rolle einer Anwältin bei muslimischen religiösen Gerichten (Sharia) vorzubereiten. Ein weiteres Projekt zielt auf die Stärkung des Selbstbildes bei Schülerinnen der 10. Klassen von Gymnasien, um sie auf Studium, Beruf und Militär vorzubereiten. Gleichzeitig läuft ein spezifisches Programm für Jungen.
- Legislative und rechtliche Aktivitäten
 Unterstützung der Opfer sexueller Gewalttaten bei den gerichtlichen Verhandlungen;
 Erreichen einer gesetzlichen Regelung zur steuerlichen Anrechnung von Kinderbetreuungskosten
- Frauencenter und politisches Forschungszentrum
 Das Center wird im laufenden akademischen Jahr von der Ford Foundation unterhalten.
 Zum einen wird ein umfassendes Frauenarchiv aufgebaut, zum andern wird aktuell Forschung betrieben, z.B. werden die Effekte der Globalisierung auf die weibliche Erwerbstätigkeit untersucht.

Kriegsmüde, traurig und ratlos: Die politische Stimmung in der israelischen Öffentlichkeit

Über ein Treffen mit Frau Colette Avital, außenpolitische Sprecherin der Awodah-Partei und Vorsitzende der israelisch-deutschen Parlamentariergruppe

Im Rahmen einer Besichtigung und Führung im israelischen Parlament, der "Knesset", fand auch ein Treffen unserer Gruppe mit einer führenden Parlamentarierin, Frau Colette Avital, statt. Die Ausführungen von Frau Avital und die anschließende Diskussion erbrachten eine Vielzahl von Hintergrundinformationen über die politische Situation im Nahen Osten und ganz besonders auch über die allgemeine Stimmungslage in der israelischen Bevölkerung – Informationen, die in solch detaillierter und präziser Form nur selten in der deutschen Presse zu finden sind

Noch nie, so wurde zunächst deutlich, war der Diskurs über die öffentliche Sicherheit in den letzten 50 Jahren so stark wie heute. Vor dem Erfahrungshintergrund der früher durchaus erfolgreichen Kriege herrscht in der Öffentlichkeit heute eher das Gefühl, dass diese Strategie kaum mehr Erfolgschancen hat. Die über lange Zeit vorherrschenden Hoffnungen auf erfolgreiche militärische Operationen sind heute großer Skepsis gewichen. Zwar weiß man nach wie vor, dass Israel über eine starke Staatsmacht verfügt mit einem für die Region dominanten militärischen Potential auf hohem technologischen Niveau. Dennoch weiß oder ahnt man, dass militärischer Auseinandersetzungen heute nicht mehr siegreich sein können. Es wird eine Paradoxie von Stärke und Schwäche erlebt. Gewissheit herrscht nur hinsichtlich der Einsicht, dass Israel sich verteidigen muss. Zugleich stellen sich zur Lösung der Situation jedoch mehr Fragen als Antworten. Die Stimmung ist geprägt durch Depression und Kriegsmüdigkeit, Traurigkeit und Ratlosigkeit zugleich.

Die israelische Bevölkerung akzeptiert mittlerweile in zunehmendem Maße, dass es zwei Staaten in der Region geben wird. Umfragen des Geheimdienstes und auch andere öffentlicher Bevölkerungsbefragungen zeigen, dass die öffentliche Stimmung mehr und mehr in diese Richtung geht. Selbst Sharon hat nach Meinung von Frau Avital diese Position heute akzeptiert und ein großer Teil der eher rechts orientierten politischen Lager ebenfalls. Diese öffentliche Meinung ist allerdings nicht ganz ungebrochen: Zwar sind 70 bis 80 % der Israelis für eine Versöhnung, allerdings unterstützen derzeit nur etwas mehr als die Hälfte (57 %) die Auffassung, dass es ein Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat gibt. Diese etwas widersprüchliche Meinung lässt sich dahin gehend erklären, dass man einerseits Ruhe und Frieden will, andererseits hat man nur wenig Toleranz gegenüber dem Terror seitens palästinensischer Gruppierungen. Man möchte eine starke räumliche und soziale Trennung von den Palästinensern, um endlich Ruhe zu finden. Zugleich herrscht jedoch jedoch auch Unsicherheit: Ist es nicht möglicherweise eine Illusion zu glauben, dass die Einrichtung eines autonomen palästinensischen Staates auch Sicherheit garantiere?

Ratlosigkeit und Verunsicherung wachsen immer noch an. Der Selbstmord einer arabischen Israelin im Februar dieses Jahres hat der israelischen Bevölkerung deutlich gemacht, dass die arabische israelische Bevölkerung – und dies sind immerhin 20 Prozent der 6 Millionen Israelis – sich mehr und mehr auch mit den arabischen Palästinensern solidarisiert. Die junge Frau war Anfang 20. Es sind also nicht mehr nur junge Männer, sondern auch junge Frauen, nicht mehr nur Palästinenser, sondern auch israelisch-arabische Bevölkerungsgruppen, die zu einem Selbstmord bereit sind. Jenseits der menschlichen und psychologischen Fragen, warum solche jungen Frauen und Männer bereit sind, sich selbst zu töten und sogar Kinder mit in den Tod zu ziehen, wächst damit auch das Gefühl einer zunehmend größeren Gegnerschaft.

Es stellt sich aktuell die große Frage, wie ein weiteres Blutvergießen verhindert werden kann. Gemäß Camp David 1, Camp David 2 und Taba¹ könnte über eine stufenweise Entwicklung eine Friedenslösung erreicht und durch

Barak und Arafat haben sich mit Beratern im Januar 2001 im ägyptischen Taba, in der Nähe Eilat an der Südspitze Israels, getroffen. Dort haben die Israelis ihr Angebot über Camp David hinausgehend erheblich erweitert. Also: Grenzen von 1967, Rückzug der jüdischen Siedlung in der Westbank und im Gazastreifen auf 3 % in der Nähe von Jerusalem. Gemeinsame Hauptstadt Jerusalem unter UNO-Aufsicht. Offen blieb Rückkehrrecht der Flüchtlinge. Taba wurde von Barak abgebrochen, obwohl – so die Aussage vom Botschafter und von Gerster, der Geschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung in Palästina, Israel – Arafat und auch die Berater von Barak für einen Abschluss waren. Barak verliert im Februar 2001 die Wahlen. Sharon wird Ministerpräsident.

Entwicklung von Infrastrukturen in den palästinensischen Gebieten zunächst eine Beruhigung der Lage erzielt werden. Allerdings vergeht keine Woche, in der nicht seitens der Palästinenser durch Attentate und Attacken stets neue Provokationen entstehen, die bei Politikern und großen Teilen der Bevölkerung die Friedensbereitschaft wieder in Frage stellen. Bei einigen politischen Gruppierungen verfestigt dies auch radikale Positionen: Man müsse die Araber wegjagen, so lautet eine Auffassung, denn mit den Grenzen von 1967 werden sie sich nicht begnügen. Allerdings, so Frau Avital, sind auch die Gegenreaktionen der Israelis auf Palästinenser-Attentate nicht angemessen.

Welche Möglichkeiten zu Kompromissen gibt es, welche Stolpersteine auf dem Weg dort hin? Die Konzessionen auf israelischer Seite seien in Camp David 2 und in Taba sehr weitgehend schon auf den Tisch gekommen.² Hauptstolpersteine für einen Friedensvertrag sind erstens die Stadt Jerusalem, zweitens die jüdischen Siedlungen in der Westbank und im Gazastreifen und drittens die Frage, ob es ein Rückkehrrecht der Flüchtlinge von 1948 nach Israel bzw. Palästina gibt. Zum Thema Jerusalem muss man sich klar machen, dass für beide Seiten die Stadt von hohem Symbolwert ist. Für die arabisch-moslemische Bevölkerung ist der Tempelberg, auf dem die beiden heiligen Gebäude, also Felsendom und el Aqsa-Moschee stehen von ebenso großer Bedeutung wie für die Israelis bzw. Juden. Man kann sich nicht vorstellen, Jerusalem wie vormals Berlin durch eine Mauer zu trennen. Immerhin leben in Ost-Jerusalem 200.000 Palästinenser. West-Jerusalem wird von den Israelis als Hauptstadt angesehen. Es gibt Überlegungen, Jerusalem unter UNO-Aufsicht zu stellen und die Stadt als Hauptstadt sowohl für Israel wie für Palästina anzusehen, jedoch hat Arafat immer wieder darauf bestanden, über den Tempelberg eine eigene palästinensische Souveränität zu haben. Dies ist für Israel nicht akzeptabel.

Die Frage der Siedlungen scheint lösbar. Es gibt eine Verständigung darüber, dass 80 % der Siedlungen zurückgenommen werden und man sie auf 3 % des Westbank-Gebietes zurückführt, allesamt um Jerusalem herum angelegt. Einige Siedler sind jetzt schon bereit, diesen Preis zu bezahlen. Ein größeres Problem stellt die Frage des Rückkehrrechts der Flüchtlinge dar. Arafat will nicht darauf verzichten, dass es ein solches Recht gibt, weil er dadurch in der arabischen Welt an Ansehen verliert. Israel ist einverstanden, dass die Flüchtlinge in den Staat Palästina zurückkehren, wie eben auch Juden das Recht haben, nach Israel zurückzukehren. Es gibt Überlegungen, hier einen Weg zu entwickeln, der auf aktuelle Lösungen setzt und strittige Fragen auf in die Zeit nach Arafat verlegt.

Arafat hat nach Ansicht von Frau Avital nicht die Macht, Gruppierungen wie die Hamas zu lenken und deren Politik zu definieren. Sie verweist weiterhin auf den Mitchel-Plan, der ein Aussteigen aus der Gewalteskalation vorsieht und geht auch auf die Aussage des saudi-arabischen Kronprinzen ein, der unlängst erklärt hat, dass auf dem Treffen der arabischen Liga die saudi-arabische Regierung darauf dringen will, dass der Staat Israel anerkannt wird und man zu einem Friedensschluss kommen will, unter der Bedingung, dass Israel aus allen besetzten Gebieten abzieht, also die Grenzen von 1967 respektiert.

Frau Avital hält die Aussage der Saudis bedeutsam, weil zum ersten Mal diese Seite den israelischen Staat anerkenne. Welche Strategie Sharon habe, könne sie nicht sagen. Es ist nicht erkennbar, dass bei ihm eine Konzeption vorliege. Sie geht auf die Tötung von 13 arabischen Israelis durch Sicherheitsorgane Israels ein. Dies sei eine unverantwortliche Tat der israelischen Seite und habe die Beziehungen zur eigenen arabisch-israelischen Bevölkerung schwerstens gestört. Auf israelischer Seite ist die Politik der Regierung nicht kohärent; das gilt sowohl für die Gruppierung um Sharon wie auch in der linken Gruppierung. Es gibt keine eindeutigen Konzeptionen, die man nach den Parteien sortieren kann. Die Frage ist, ob die Arbeiterpartei in der Regierung bleiben soll und ob es nicht schlimmer wäre, wenn sie Regierung verlassen würde. Die Arbeiterpartei (Labor-Meimad) verfügt über 24 von 120 Sitzen in der Knesset. Es gibt ein enormes Dilemma für die Arbeiterpartei, wie sie sich verhalten soll. Einerseits ist man zu einer Lösung, wie in Camp David 2 und Taba auf den Tisch gelegt, bereit, andererseits weiß man, dass man mit Arafat keinen verlässlichen Partner hat. Durch die Erfahrung u.a. mit Camp David und Taba herrscht auch in der Bevölkerung Israels heute die Auffassung vor, dass man mit Arafat keine Vereinbarungen treffen kann. Das Vertrauen in ihn ist minimal. Zugleich muss man sich jedoch darüber im klaren sein, dass Arafat in der palästinensischen Bevölkerung immer noch getragen und als maßgebliche Führungspersönlichkeit angesehen wird.

² Erstens Grenzen von 1967, zweitens Rückzug der israelischen Siedlungen in der Westbank und im Gazastreifen, Reduzierung um 80 %, Umsiedlung in die Nähe von Jerusalem und Kompensation für diese Anektion von palästinensischem Gebiet durch Gebiete in der Nähe des Gazastreifens. Einigung über Jerusalem war möglich insofern, als man sich in einem gestuften Verfahren erst darüber verständigt hat, dass Jerusalem für beide Staaten als Hauptstadt anzusehen sei. Ablehnung herrschte gegenüber dem Verlangen der Palästinenser auf Rückkehrrecht der Flüchtlinge von 1948.

In der Knesset

Die Abgeordneten der Knesset werden nicht in Wahlkreisen gewählt. Sie haben also keine regionale Anbindung, sondern nur eine Verpflichtung gegenüber der Partei bzw. Bevölkerungsgruppen, wie arabische Bevölkerung bzw. ultrarechte Juden. Das Parlament hat 120 Sitze. Die Sitzverteilung sieht folgendermaßen aus: Labor-Meimad: 24, Likud: 19, Shas: 17, Meretz: 10, Ihud Leumi-Yisrael Beiteinu: 7, Shinui: 6, National Religious Party: 5, Yahadut Hatorah: 5, Center Party: 5, Yisrael Be'aliyah: 4, Hadash: 3, Gesher: 3, United Arab List: 3, One Nation: 2, Democratic Choice: 2, National Arab Party: 2, Herut – National Movement: 1, Balad: 1, Ta-al: 1.

Beim Betreten des Parlamentsaals fällt sofort auf, dass überall jüdische Symbole die Architektur und das Erscheinungsbild des Parlaments bestimmen. So ist die Sitzanordnung wie der siebenarmige Leuchter (Menora) angeordnet. Dies ist das Zeichen für die jüdische Religion. Dieses Symbol ist auch unterhalb des Sitzes des Parlamentspräsidenten in der Front des erhöhten Tisches angebracht. Man assoziiert gleich die Konflikte in Deutschland um Kruzifixe in Schulen bzw. Gerichten. Man kommt auf die Idee, dass im Deutschen Bundestag unterhalb des Präsidenten das christliche Kreuz angebracht sein könne. Der israelische Staat zeigt auch sich in seinem parlamentarischen Teil als jüdisch und nicht religionsfrei, d.h. säkularisiert. Der Staat Israel versteht sich als jüdischer Staat. Dies ist für die nicht-jüdische Bevölkerung selbstverständlich eine schwerwiegende Problematik, wenn nicht sogar Provokation. Bei 20 % arabischer Bevölkerung mit israelischem Pass, ist dies eigentlich nicht hinnehmbar, selbstverständlich auch nicht für areligiöse Israelis jüdischer Herkunft. Ein noch deutlicheres Identifikationssymbol ist die israelische Flagge. Hier ist der Davidsstern eindeutig ein jüdisches Symbol. Die Fahne ist errichtet im Hintergrund des Sitzes des Präsidenten des Parlaments. Die 28 Minister haben im Zentrum der Sitzanordnung ihren Platz. Der Präsident des Staates sitzt erhöht auf der Tribüne, vom Parlamentspräsidenten aus gesehen links. Eine weitere symbolische Aktion hat das Bild von Theodor Herzl. Es ist an der Wand hinter dem Sitz des Präsidenten angebracht. Es verweist auf die Geschichte Israels als ein jüdisch-zionistischer Staat. Zionismus ist weiterhin in Israel eine ganz starke Begründung für Staat wie auch Gesellschaft. In der Knesset gibt es eine Synagoge sowie einen Gebetsraum für moslemische Abgeordnete und Besucher. Über den Parlamentarien hängen 12 jeweils 200 kg schwere Blöcke unter der Decke. Sie hängen dort, wie man auch sagt, wie eine Guillotine. Die 12 Blöcke repräsentieren die 12 Stämme Israel, also auch hier wird wieder deutlich, selbst im Parlament, die hohe symbolische Aufladung und Identifizierung mit dem Judentum. Auf dem Rundgang im in der Knesset wurden uns die eindrucksvollen Wandteppiche von Marc Chagall erklärt. Also auch hier wieder der Verweis auf das Judentum. In anderen Teilen des Parlaments trifft man immer wieder auf die Menora. Vor dem Parlament steht eine sehr große eindrucksvolle Menora. Unverkennbar versteht sich Israel eben auch im Parlament, also der Volksvertretung, als jüdisch.

Hochschulsystem und Hochschulpolitik in Israel

Gespräche mit Professor Nehemia Levtzion, Vorsitzender des Planning and Budgeting Committee des Council for Higher Education, Shlomo Herskovic, stellvertretender Generaldirektor für Planung und Information, Council for Higher Education, im Council for Higher Education, Jerusalem, sowie Nurit Topaz, Referatsleiterin für wissenschaftliche Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Sport, im Ministerium in Jerusalem

1. Institutionelle Struktur

Israel verfügt heute aufgrund der starken Expansion des Hochschulbesuchs und des Hochschulsystems in den gut 50 Jahren seit der Staatsgründung im Jahr 1948 über ein institutionell breit diversifiziertes Hochschulsystem, das sich aus unterschiedlichen Hochschultypen zusammensetzt. Bis zum Jahr 2000 sind insgesamt 52 Einrichtungen vom Council for Higher Education (im Folgenden CHE) akkreditiert worden, die sich in einen university sector und einen non-university sector untergliedern. Darunter befinden sich:

- acht Universitäten (unter Einschluß der Open University),
- insgesamt 36 verschiedene Academic Colleges (22 Colleges for Teacher Training, 6 Comprehensive Colleges, 8 Colleges of Engineering)
- sowie zwei Kunstakademien und sechs weitere private Colleges, die vom CHE zwar anerkannt, aber nicht finanziert werden.



Von diesen 52 Hochschulen werden 24 mit zur Zeit 165.000 Studierenden vom CHE (bzw. dem Planning and Budgeting Comittee) finanziert, während die 22 Hochschulen für Lehrerbildung mit zusammen 19.000 Studierenden vom Erziehungsministerium finanziert werden. An den sechs "non-budgeted" Colleges sind ca 16.000 Studierende immatrikuliert. An der Open University studieren weitere 33.000 Personen. Zwischen 1990 und dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Studierenden an den israelischen Hochschulen mehr als verdoppelt; dies ist die stärkste Expansion des Hochschulbesuchs in der bisherigen israelischen Hochschulgeschichte. Sie wurde vorrangig von den Colleges getragen, während sich das weitere Wachstum der Universitäten in diesem Zeitraum eher moderat vollzog. Gleichwohl entfallen etwa zwei Drittel der Studierenden auf den universitären Sektor, nur etwa ein Drittel studiert im Collegebereich. Bei den acht Universitäten handelt es sich um folgende Institutionen:

- die Hebrew University of Jerusalem,
- das Technion Israel Institute of Technology (in Haifa),
- die Tel-Aviv University,
- die Bar-Ilan University (eine stark religiös geprägte Hochschule),
- die University of Haifa,
- die Ben-Gurion University of the Negev (in Beer Sheva),
- das Weizmann Institute of Science und
- die Open University.

Die Universität Jerusalem und das Israel Institute of Technology sind die beiden ältesten Hochschulen Israels, die bereits in den zwanziger Jahren errichtet wurden. Das Weizmann Institute of Science wurde 1949, also unmittelbar nach der Staatsgründung, zunächst als Forschungsinstitut etabliert und später um eine Graduate School ergänzt. Die anderen vier Universitäten wurden zwischen 1955 und 1964 gegründet, als letzte Einrichtung kam dann die Open University im Jahr 1976 hinzu. Mit Ausnahme des Weizmann Institute – hier werden ausschließlich Master-/PhD-Studien in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen angeboten – begreifen sich die israelischen Universitäten als "Volluniversitäten" mit einem breiten Spektrum als Lehrangeboten und Forschungsaktivitäten. An den Universitäten gibt es zwar religionswissenschaftliche Angebote; ein theologisches Studium im engeren Sinne erfolgt jedoch an selbständigen Thora-Akademien.

Gegenwärtig vergeben nur die Universitäten (mit Ausnahme der Open University) Abschlüsse jenseits des Bachelor's, dieser Grad wird jedoch von allen Hochschulen verliehen. Die Mehrzahl der Colleges ist erst in den letzten 15 bis 20 Jahren im Kontext der Expansion und Diversifizierung des Hochschulsystems errichtet worden. Die größte Einrichtung für Lehrerausbildung ist mit ca 7.000 Studierenden das Beit-Berl Teachers Training College, das von der Reisegruppe ebenfalls besucht wurde (siehe dazu das entsprechende Gesprächsprotokoll). In Israel gibt es eine doppelte Struktur der Lehrerausbildung: an den Universitäten in entsprechenden Schools for Teacher Training und an den Colleges, die gegenwärtig allerdings nur einen Bachelor's degree vergeben können, sich jetzt aber teilweise auch um Einrichtung eines Master's of Education bemühen. Auch in Israel sind Tendenzen zu einem "upward academic drift" nicht zu übersehen. Die große Zahl der Lehrerbildungsinstitutionen erklärt sich im übrigen daraus, dass ein Teil dieser Einrichtungen religiös ausgerichtet ist und hier die Ausbildung für Männer und Frauen getrennt erfolgt.

2. Steuerung und Finanzierung

Rechtliche Grundlage des israelischen Hochschulsystems ist das Hochschulgesetz aus dem Jahr 1958, das in den letzten vier Jahrzehnten zahlreiche Anpassungen erfuhr. Artikel 15 gewährleistet den Hochschulen eine weitreichende akademische und administrative Autonomie. Die israelischen Hochschulen sind unabhängige juristische Körperschaften, obgleich sie etwa 70 % ihres Budgets vom Staat zugewiesen bekommen und auch die Studiengebühren, die in Israel jeder Studierende zu zahlen hat, vom Staat festgelegt werden. Der staatliche Einfluss auf das Hochschulwesen und die Hochschulentwicklung vollzieht sich in erster Linie über den Mechanismus der Haushaltsverteilung und -zuweisung. Zwischen Staat und Hochschule stehen in Israel zwei intermediäre Institu-

tionen, das Council for Higher Education (CHE) und das Planning and Budgeting Committee (PBC), die de facto die beiden wichtigsten Einrichtungen zur Steuerung der Hochschulentwicklung darstellen.

Die Aufgaben des bereits mit dem Hochschulgesetz von 1958 geschaffenen CHE bestehen im wesentlichen – erstens – in der Akkreditierung von Hochschulen, Studienprogrammen und akademischen Graden, insbesondere bei Neueinrichtung oder Reform akademischer Studiengänge. Das CHE setzt hierfür Fachausschüsse ein, die eine Evaluation vornehmen und Empfehlungen zur Anerkennung oder zur Revision aussprechen. Auch die Anerkennung neugegründeter Hochschulen einschließlich ihrer institutionellen Bezeichnung (als Universität, College o.a.) gehört zu den Zuständigkeiten des CHE. Das CHE hat unter dem Vorsitz des israelischen Bildungsministers 25 Mitglieder, die in Abstimmung mit den Hochschulen berufen werden.

Die zweite Hauptaufgabe des CHE liegt darin, dem Staat Empfehlungen zum Hochschulhaushalt zu geben und diesen dann auf die einzelnen Hochschulen aufzuteilen. Seit 1974 gibt es hierfür den Ausschuss für Planung und Haushalt (PBC) gleichsam als den "executive arm" des CHE. Das PBC lehnt sich an das damalige, inzwischen mehrfach umgestaltete englische University Grants Committee an. Das PBC hat sieben Mitglieder, vier Universitätsprofessoren, ein Hochschullehrer aus dem Bereich der Colleges sowie zwei Vertreter des öffentlichen Lebens. CHE und PBC verfügen über eine eigene Geschäftsstelle. Für die Finanzierung der israelischen Hochschulen erfüllt das PBC die zentrale Allokations- bzw. Distributionsfunktion zwischen dem Staat einerseits und den Hochschulen andererseits. Das PBC führt seitens der Hochschulen die Haushaltsverhandlungen mit dem Staat. Grundlage ist ein Programm, das die Ziele der Hochschulentwicklung definiert und die erforderlichen Mittel spezifiziert. Die letzte Entscheidungskompetenz liegt selbstverständlich beim Parlament, der Knesseth.

Der Staat – bzw. genauer das Parlament – weist dem CHE bzw. dem PBC einen Globalhaushalt zu, der im wesentlichen nach zwei Verteilungskriterien – zu ca 60 % nach der Zahl der Studierenden (mit einem Effektivitätsfaktor) und zu ca 30 % nach den Forschungsleistungen – als Block ohne Zweckbindung an die Hochschulen weitergegeben wird. Die Hochschulen wiederum sind ihrerseits autonom, eigene interne Verteilungsstandards zu finden und anzuwenden. Bei der Zuweisung des forschungsbezogenen Haushaltsanteils orientiert sich das PBC an vier Kriterien: 35 % werden nach den von den Hochschulen erzielten Einnahmen aus "kompetitiven" Forschungsmitteln zugewiesen (d.h. solchen, die im Wettbewerb vergeben werden), 20 % nach sonstigen Einnahmen, 15 % nach wissenschaftlichen Veröffentlichungen und 30 % nach der Anzahl der Doktoranden. Allerdings sind die israelischen Hochschulen immer wieder gezwungen, die eigentlich nach ihrer Forschungsproduktivität zugewiesenen Mittel für andere Zwecke zu verwenden, so dass aus der institutionellen Grundfinanzierung in der Regel kaum Forschung gefördert werden kann und die Hochschulen hierfür auf Einwerbung von Drittmitteln angewiesen sind.

Etwa 10 % des Gesamthaushaltes stehen zur Verfügung, um besondere Reformvorhaben oder innovative Entwicklungsfelder an den Hochschulen zu fördern. Gegenwärtig bemüht sich das PBC, eine zusätzliche Qualitätskomponente in die Mittelverteilung einzubauen. Das PBC hat aber nicht nur eine monetäre Verteilungs-, sondern auch eine Art Gewährleistungsfunktion für eine "ordentliche" Haushaltsführung der Hochschulen; die Hochschulen müssen deshalb dem PBC regelmäßig Haushaltsberichte vorlegen. Darüber hinaus hat das PBC noch eine nationale Planungs- und Entwicklungsfunktion für das israelische Hochschulsystem; so muss es etwa neue Hochschulgründungen und andere Investitionen oder Reformen begutachten sowie Evaluationen durchführen. CHE und PBC können Innovationen im Hochschulsystem vor allem durch Incentives anstoßen (z.B. durch zusätzliche Mittel). Auch wenn die israelischen Hochschulen grundsätzlich relativ autonom ihre Hochschulentwicklungspolitik bestimmen können, so wird ihre institutionelle Autonomie doch durch den Einfluss von CHE und PBC erheblich limitiert.

3. Hochschulentwicklung

In seinen Anfängen war das israelische Hochschulwesen sehr elitär geprägt, bis zur Staatsgründung 1948 gab es nur zwei Universitäten mit ca 1.500 Studierenden. Neben zionistischen Ideen waren beide Hochschulen stark dem Modell der Humboldtschen Universität verpflichtet. Aufgrund der anhaltenden Einwanderung und einer steigenden Bildungsbeteiligung vollzog sich in den fünfziger und sechziger Jahren eine beträchtliche Expansion

des Hochschulsystems. Im Jahr 1975 gab es dann schon 50.000 Studierende an sieben Universitäten. In den achtziger Jahren verlangsamte sich zwar die quantitative Entwicklung des Hochschulbesuchs. Jedoch setzte jetzt mit der Etablierung der Colleges als Kern eines nicht-universitären Sektors eine weitere Diversifizierung des Hochschulsystems ein. Die neunziger Jahre brachten einen neuen massiven Expansionsschub, nicht zuletzt aufgrund der Einwanderung. Gab es um 1990 ca 75.000 Studierende, so sind es jetzt etwa 185.000. Hinzu kommen die an der Open University eingeschriebenen Studierenden (1990: 13.000; 2000: 33.000).

Die Expansion des Hochschulbesuchs wurde von einem weiteren Ausbau des Angebots begleitet. Aus acht Universitäten, acht Lehrerbildungsinstituten und sechs anderen Colleges (im Jahr 1990) sind inzwischen neben den immer noch acht Universitäten insgesamt 22 allgemeine Colleges und 22 Institute für Lehrerbildung geworden. Israel hat damit im internationalen Vergleich eines der expansivsten Hochschulsysteme der Welt. Ausschlaggebend dafür sind im wesentlichen drei Gründe:

- die dynamische Bevölkerungsentwicklung, die sich in zunehmenden Jahrgangsstärken niederschlägt,
- die wachsende Partizipation an Bildung, die sich in einem vom Bevölkerungswachstum unabhängigen Anstieg der Abiturienten- und Studierendenzahlen zeigt,
- sowie die erweiterte Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften, die durch den Strukturwandel der israelischen Wirtschaft zu einer Hightech-Industrie ausgelöst worden ist.

Die kohortenbezogene Studierquote liegt gegenwärtig bei etwa 30 bis 35 %. Die starke Expansion hat zu Engpässen bei der Rekrutierung des akademischen Personals geführt, vor allem in denjenigen besonders nachgefragten Studienfächern (wie z.B. Computer- und Medienwissenschaften), in denen die Hochschulen mit der Privatwirtschaft um Arbeitskräfte konkurrieren.

Die Planung der Hochschulentwicklung erfolgt in Fünf-Jahresplänen, die zwischen dem Staat und dem PCB ausgehandelt werden. Es ist das Ziel der aktuellen Entwicklungsplanung, den Zugang zu den Hochschulen weiter auszudehnen und zugleich die Qualität und Exzellenz von Ausbildung und Forschung nicht nur zu erhalten, sondern noch zu steigern. Um diese Balance zu erreichen, soll das Wachstum der Forschungsuniversitäten verlangsamt und die Mehrzahl der zusätzlich zu gewinnenden Studierenden in den nicht-universitären College-Sektor gelenkt werden. Während die Aufgabe der Universitäten sowohl in Forschung als auch Lehre besteht, sollen sich die Colleges vorrangig der Lehre widmen. Forschung an den Colleges wird nicht staatlich subventioniert. Gleichzeitig gilt es aber, die noch vorhandenen sozialen Barrieren beim Hochschulzugang und in der Studienbeteiligung auch im universitären Segment des Hochschulsystems zu verringern. Die Studiengebühren sind gerade für einen Zeitraum von fünf Jahren um die Hälfte vermindert worden, um den Studienzugang zu stimulieren.

Die israelische Hochschulpolitik betrachtet "academic excellence" und "universal access" nicht als einen Gegensatz. Der Wandel von einem stark selektiven zu einem offeneren Zugang soll mit der institutionellen Differenzierung des Hochschulsystems in zwei Subsysteme mit unterschiedlichen Aufgaben und Finanzierungsregelungen "abgefedert" werden, die sich aber ergänzen und zusammen ein aufeinander abgestimmtes System unter einer gemeinsamen Akkreditierungs- und Finanzierungseinrichtung bilden sollen. Bei grundsätzlicher wechselseitiger Anerkennung der akademischen Abschlüsse (gleicher Rangstufe) sollen insbesondere die Colleges in der Ausbildung einen auch zukünftig weiter anwachsenden studentischen Zustrom absorbieren und es den Forschungsuniversitäten ermöglichen, im weltweiten wissenschaftlichen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Neben institutioneller Vielfalt ist es aber für ein expandierendes Hochschulsystem mit dem Ziel eines tendenziell "universalistischen" Hochschulzugangs unumgänglich, diejenigen Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die bislang in der Teilnahme an akademischer Bildung unterrepräsentiert sind.

4. Hochschulzugang und Situation arabischer Studierender

Das Abiturzeugnis (Bagrut) ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme eines Hochschulstudiums. Zusätzlich definiert jede Hochschule ihre eigenen Standards im Rahmen eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens, in der Regel abhängig von der Zahl der verfügbaren Studienplätze. Zwei Auswahlkriterien sind dabei maßgeblich: Der Notendurchschnitt des Abiturzeugnisses und das Ergebnis eines psychometrischen Eignungs-

tests. Die Universitäten stellen höhere Anforderungen an die Bewerber als die Colleges, auch gibt es Unterschiede zwischen den Studienfächern. Die bisherige Praxis der Eignungstests hatte heftige Kritik und eine kontroverse Debatte hervorgerufen. Vor diesem Hintergrund ist gerade eine Vereinbarung abgeschlossen worden, dass dieser Test nunmehr nur noch optional sein soll und die Hochschulen zukünftig bei der Zulassung ersatzweise bestimmte Schulfächer gewichten können. Ein Ziel besteht darin, die Selektivität des Zugangs insbesondere im College-Bereich zu verringern, auch durch Gründung weiterer Einrichtungen etwa nach dem Vorbild der nordamerikanischen Community Colleges. Ein wichtiges Anliegen ist die Verpflichtung der Hochschulen zur korrektiven Diskriminierung, d.h. sozial benachteiligte Gruppen sollen erleichterte Voraussetzungen beim Studienzugang finden.

Der Anteil der Frauen an den Studierenden hat sich in den letzten zehn Jahren ständig erhöht und liegt inzwischen weit über 50 %; im Bereich der "advanced degrees" weist Israel weltweit den höchsten Frauenanteil auf. Soziale Disparitäten lassen sich jedoch nach sozialer und ethnischer Herkunft nachweisen. So bestehen erhebliche Unterschiede in der Studienbeteiligung zwischen den verschiedenen sozialen Statusgruppen, auch noch zwischen Juden europäischer und solchen afrikanisch-asiatischer Herkunft. Der Anteil der arabisch-israelischen Studierenden liegt bei lediglich 8 % im Vergleich zum arabischen Bevölkerungsanteil von ca 20 %. Zwar hat die Beteiligung arabischer Studierender in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen, insbesondere unter den jungen Frauen ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Dennoch bleibt die Diskriminierung der arabisch-israelischen Bevölkerung beim Hochschulzugang (z.B. durch die Privilegierung von Armeeangehörigen bei der Studienzulassung) ein schwerwiegendes gesellschaftspolitisches Problem.

Dieses Problem ist im CHE ausführlich erörtert worden. Im Dezember 2001 hat ein dafür eingesetzter Unterausschuss einen Bericht vorgelegt, in dem eine Reihe von Empfehlungen zur Förderung arabischer Studierender formuliert werden. Die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung beginnt bereits in der Schule, dafür ist das CHE jedoch nicht zuständig. Aufgrund der ethnischen Trennung im Schulsystem werden arabische Studierende mit einer Sprachbarriere konfrontiert, da die Unterrichtssprache an den Hochschulen Hebräisch ist. Der Ausschuss schlägt daher die Einführung vorakademischer Kollegs oder spezieller Kurse zur Förderung und Integration arabischer Studierender vor. Eine andere Maßnahme wäre die Ausdehnung der dreijährigen Studienzeit bis zum ersten Studienanschluss um ein gebührenfreies viertes Studienjahr.

5. Deutsch-israelische Forschungskooperation

Die institutionalisierte wissenschaftspolitische Kooperation zwischen Israel und der Bundesrepublik begann in den sechziger Jahren zunächst mit der Zusammenarbeit zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und dem Weizmann-Institut. 1973 setzte die interministerielle Kooperation zwischen dem (damaligen) Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und dem National Council for Research and Development – heute Teil des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur und Sport – ein. Zuvor existierten es zwar viele einzelne Kooperationen, aber keine systematischen Programme. Gegenwärtig gibt es neun Kooperationsprogramme mit natur- und ingenieurwissenschaftlicher Ausrichtung mit fünfjähriger Laufzeit. Schwerpunkte sind unter anderem Biotechnologie, Energieforschung, Ökosystemforschung, Meeresforschung, Wassertechnologie und Materialwissenschaften.

Anfangs entwickelte sich die Zusammenarbeit etwas verhalten, inzwischen verläuft sie jedoch sehr intensiv. Für die Koordination gibt es ein übergreifendes gemeinsames Gremium, daneben für jedes einzelne Programm noch ein zusätzliches Fachkommittee. Die Aufgabe dieser Gremien besteht in Vorschlägen für neue Programme, Begutachtung von Anträgen und der Evaluation laufender Projekte. Da die Forschung an israelischen Universitäten in hohem Maße auf ausländische Förderung angewiesen ist, bemühen sich die Hochschulen, Anschluss an internationale Förderprogramme und bilaterale Abkommen auf Regierungsebene zu bekommen. Neben EU-Forschungsprogrammen und wissenschaftlicher Kooperation mit den USA gilt dies vor allem für die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Seit 1986 gibt es die German-Israeli Foundation for Scientific Research and Development (GIF) als zusätzliches Instrument der Kooperation und der Forschungsförderung. In begrenztem Umfang werden hier auch geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsvorhaben gefördert.

Zusätzliche Literatur:

- Iram, Y.: Israel. In: Ph. G. Altbach (ed.): International Higher Education. An Encyclopedia. Vol. 2. New York/London 1991, p. 1027-1041.
- Iram, Y.: Israel. In: B.R. Clark/G. R. Neave (eds.): The Encyclopedia of Higher Education. Vol 1: National Systems of Higher Education. Oxford/New York 1992, p. 343-355.
- Sand, T.: Forschungsmanagement und Technologietransfer an Universitäten in Israel Rechercheauftrag der HIS GmbH. Tel Aviv 2000.
- The Council for Higher Education/The Planning and Budgeting Committee: Higher Education in Israel. Jerusalem 2001.

Zwei Nationalstaaten in einer Konföderation können die Lösung sein

Besuch der Hebräischen Universität: Gespräch mit Prof. Moshe Zimmermann zur politischen Lage und mit Prof. Rachel Elior über jüdische Strömungen und ihren Einfluss

Gespräch mit Prof. Moshe Zimmermann zur politischen Lage¹

Prof. Moshe Zimmermann drückt einleitend seinen Dank an die Delegation für ihr Kommen in schwieriger Zeit aus.

Er legt dar, dass die Universität Jerusalem hier auf dem Hügel seit 1925 existiert, dass sie auf Grund der Situation als Enklave in Jordanien nach 1948 ausgelagert worden war und dass sie seit 1967 wieder am alten Standort ist.

In historischer Perspektive sei festzustellen, dass der Zionismus vor 100 Jahren die Prognose aufgestellt habe, dass der Antisemitismus in der Diaspora nicht zu beseitigen sei und dass es nur die Lösung eines eigenen Staates in Palästina gebe. Allerdings wurden nur wenige Juden Zionisten, d.h. diese Position blieb im jüdischen Volk eine kleine Minderheit. Und die Zionisten, die nach Palästina gingen, mussten erfahren, dass auch hier Antisemitismus entstand.

Selbst nach Gründung des Staates Israel konnten sich erhebliche Teile des Judentums nicht mit dem Staat und dem Zionismus anfreunden, so dass die Zionisten sich gezwungen sahen, die führende Rolle im Staate Israel einzunehmen. Inzwischen gibt es viele Differenzierungen im Zionismus, ja es gibt tiefe Risse insbesondere in der Frage, was das Judentum [heute] ist.



¹ Für den Protokollanten war nicht immer klar ersichtlich, wo Prof. Moshe Zimmermann Positionen referiert und wo er seine eigenen Positionen vertritt. Die geneigte Lesegemeinde sei hiermit um Nachsicht gebeten.

Der ursprüngliche Zionismus hat sich gedanklich nicht mit der in Palästina ansässigen Bevölkerung befasst. Man war daher nicht auf die Konflikte mit den Arabern vorbereitet mit der Konsequenz, dass man sich lediglich auf die Bearbeitung der Konflikte selbst beschränkte. 1993 ergab sich eine wirkliche Alternative, die aber nur 1996 Bestand hatte. Seitdem gibt es eine ständige Verschärfung der Konflikte – auch unter Barak.

Auf die Frage, ob man den Zionismus als Kolonialismus auffassen kann, führt Prof. Zimmermann aus, dass für Zionisten generell die Idee der Aufklärung gilt, dass man "Kinder" zu erziehen hat. Der in der Frage angesprochene Vergleich kommt aber nicht in Frage, ist undenkbar, ist ohne jede Berechtigung. Der Zionismus als europäische Bewegung ist sicherlich Teil des Nationalismus, aber das zentrale Problem ist nicht das Verhältnis zu den Arabern, sondern die Frage, wie man die Juden überzeugt. Herzl hat 1902 "Altland" und "Neuland" unterschieden und ist davon ausgegangen, dass die Araber die Tätigkeit der Juden als eine Bereicherung empfinden, die Zivilisation als Segen annehmen würden. So ging man von der Vorstellung aus, dass die Juden die arabische Minderheit zivilisiert behandeln würden. In der Realität hatten die Juden nach dem 1. Weltkrieg zwar das Recht bekommen, nach Palästina auszuwandern, davon aber haben nur wenige von den 11 Mio. Juden Gebrauch gemacht.

Es wird nachgefragt, ob durch den Umgang mit der arabischen Minderheit der Nationalismus chauvinistisch geworden ist. Gefragt wird, wie es gelingen kann, vor dem Hintergrund der Prämisse der Auserwähltheit Minderheiten zu akzeptieren. Welche politischen Strategien und militärischen Optionen gibt es denn?

Prof. Zimmermann legt dar, dass die zionistische Formulierung von der "waffenfreudigen Nation" als Ausgangspunkt das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat. Das zionistische Judentum definiert sich als: Nation + Territorium + Sprache + Staat – dabei ist der Krieg die letzte Alternative. Problem war das [unvermutete] Treffen auf die arabische Nation. Der ursprünglich säkulare Charakter des Zionismus ist jetzt weitgehend abgelegt, er ist jetzt religiös aufgeladen und mit der Zunahme der Religiosität sinkt die Verständigungsbereitschaft. Die Kriege 1948, 1956, 1967 und 1973 beinhalteten Konflikte und Kampf statt Dialog. 1993 zeigte eine neue Bereitschaft der Juden zum Dialog, jedenfalls bei einem erheblichen Teil. Gegenwärtig besteht die Aufgabe das 93er Abkommen einzuhalten, die besetzten Gebiete zurückzugeben und Jerusalem im Dialog mit den Arabern zu teilen, dann aber eine Mauer zu bauen!

Auf die Frage nach dem Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus führt Prof. Zimmermann aus, dass es in Israel eine verbreitete Annahme gibt, dass Antizionismus verdeckter Antisemitismus ist. Seiner Ansicht nach sind diese allerdings nicht deckungsgleich. Die arabische Welt benutzt dies Instrument aber so gegenüber Europa mit dem Ergebnis, dass eine antisemitische Welle durch Europa geht, aufgenommen von der extremen Rechten mit der Folge einer neuen Front von Arabern und extremen Rechten. Natürlich kann Antizionismus auch nicht antisemitisch sein, wenn auch häufig eine Identität besteht. Für Israel ist eine solche Gleichsetzung ein bequemes Instrument, auch gegen kritische Israelis selbst. So nimmt Sharon für sich mit Erfolg in Anspruch, im Namen des Judentums gegen Antizionismus und Antisemitismus zu kämpfen.

Es wird danach gefragt, ob aus der Clausewitzschen Prämisse, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, zu schließen sei, dass auf Grund der unklaren Lage eine militärische "Lösung" unvermeidlich ist. Hält, so die nächste Frage, das Trauma der Bedrohung ein zerrissenes Land zusammen? Wie kann das Problem der Rückkehr der Flüchtlinge gelöst werden? Kann aus einer militärischen Lösung eine tolerante Konföderation erwachsen? Welche Motive haben die Migranten für ihr Einwandern nach Israel?

Prof. Zimmermann legt dar, dass sich gerade wegen der unklaren militärischen Lage die Konsequenz ergibt, dass man sich von der Vorstellung einer militärischen Lösung verabschiedet, zumal trotz aller militärischer Macht Israel den Kampf so nicht mehr gewinnen könne. Kollektive Erinnerungen (Traumata) werden bewusst gepflegt, um politische Ziele zu verfolgen. Das Rückkehrrecht wird gegenwärtig eingesetzt als ein Mittel gegen die Versöhnung. Richtig wäre eine generelle Anerkennung des Rückkehrrechts, um auf dieser Grundlage zu Entschädigungen zu kommen. Zu bedenken sei, dass auch die Araber nicht unbedingt zurück wollen. Mehr Gewalt jedenfalls senkt die Kompromissbereitschaft. 1993 gab es Hoffnung auf beiden Seiten, 1996 gab es dann aber den Zusammenbruch des Osloer Prozesses durch die neue israelische Regierung, die Folge war die Intifada. Problematisch ist die Auffassung eines Patts aus Sicht der Juden: Die Juden sollten durch die Araber vertrieben werden, nun

haben eben die Juden die Araber vertrieben. Prof. Zimmermann sieht nach wie vor die Lösung in zwei Nationalstaaten mit dem Ziel der Konföderation, so wie es in Europa gelungen ist. Dadurch könnte auch das Problem der Siedlungen gelöst werden.

Auf die Frage, ob sich auch die israelische Gesellschaft modernisiere, bemerkt Prof. Zimmermann, dass unter den Bedingungen der Modernisierung der alte Kampf zwischen Judentum und Hellenismus in verwandelter Form weiter gehe. Es sei also wie vor 2000 Jahren. Der Globalisierung kann man zwar nicht ausweichen, aber man kann z.B. PC und Internet für jüdische Zwecke und jüdische Werte verwenden. Jedenfalls meint die orthodoxe Rechte, dass die modernen Ideologien Sozialismus und Liberalismus abgewirtschaftet haben, und dass es darauf ankommt, an den alten Werten festzuhalten, sie aber behutsam zu modernisieren.

Prof. Rachel Elior über jüdische Strömungen und ihren Einfluss

Die religiöse Perspektive im Judentum bezieht sich bereits auf die Antike im hiesigen Gebiet, d.h. sie ist schon 3.500 Jahre alt. Auch wenn Juden 1.500 Jahre in der Diaspora gelebt haben, empfindet man sich hier als eine Nation mit langer Tradition und hat die Auffassung, dass die Anderen (von heute) früher nicht hier im Land waren. Immer war das Bewusstsein in der Diaspora gegeben, dass man zurück wollte – in Predigten und in vielen Ritualen. Es gab den Traum von der Rückkehr einer Nation ohne Land in ein Land ohne Nation. Heute ist klar, dass hier zwei Nationen leben und dass zwei Religionen im Prinzip dieselben Geschichten erzählen. Religiöse Debatten führen aber zum Totalitarismus, so dass es kaum einen Austausch von Meinungen gibt. Zentral ist hier Jerusalem und da besonders der Tempelberg: jüdischer Tempel vs. Felsendom. Der jüdische Tempel kann zwar nicht wieder errichtet werden, da oben der Felsendom steht, aber eine (religiöse) Aufgabe des Platzes kommt für Juden nicht in Frage. Die Frage Jerusalems kann deshalb nicht gelöst werden, weil die jüdischen Israelis insgesamt nicht säkular, sondern religiös gestimmt sind. Da beide Seiten sich nicht einigen können, kann eine Lösung nur durch einen Dritten kommen. Beide Seiten sind hier und beide Seiten wollen auch bleiben. Zwar wird der Judaismus sehr unterschiedlich aufgefasst, aber gemeinsam haben alle einen Text und einen Gott. Schwer zu beantworten ist allerdings die Frage, wer ein Jude ist. Konkret stellte sich die Frage beispielsweise bei den schwarzen Juden aus Äthiopien. Und z.B. bei den russischen Mischehen stellt sich die Frage, ob die Kinder Juden sind. Richtig schmerzhaft werden solche Fragen bei konkreten Anlässen, z.B. bei der Beerdigung von Kindern. Viele persönliche Fragen werden dabei verwaltet durch religiöse Institutionen, es gibt einen neuen Staat mit alten Regeln!

Israel erlebte keine Dekade ohne Krieg, das impliziert, dass militärische Präferenzen stärker sind als zivile.

Säkulare und religiöse Haltungen sind in Israel keine absoluten Gegensätze. Und zwischen dem linken und dem rechten Flügel gibt zudem die religiöse Richtung den Ausschlag. Die israelisch-jüdische Identität ist zuvörderst eine religiöse Identität: 99 % der Juden praktizieren religiöse Inhalte oder Rituale. Gemeinsam ist allen Juden zudem, verfolgt worden zu sein!

Juden kamen nach Israel nicht als Kolonisatoren, sondern sie verfolgten einen alten Traum, man traf aber auf Einheimische. Man wollte in Übereinstimmung mit den Propheten in Frieden leben, aber die Realität war stärker. Entscheidende Aufgabe ist es, dass die beiden konkurrierenden religiösen Träume miteinander vereinbar gestaltet werden, so schwer dies auch ist. Ein wichtiges Problem dabei ist, dass der Charakter der Bibel als alter Quelle vom Islam bestritten wird. Auf der anderen Seite wird von Juden der Islam abgewertet, weil er noch so jung ist. Um aus dieser Blockade herauszukommen, ist es wichtig, dass man sich zentral vor Augen führt, dass man gemeinsam leben will und dass man viele Ziele jenseits der religiösen gemeinsam verwirklichen kann.

Abschließen stellt Frau Prof. Elior fest, dass es auf beiden Seiten religiöse und säkulare Kräfte gibt, gewaltbereite und friedliebende: Aber Hilfe kann nur von dritter Seite kommen!

Enorme Unterschiede in der Lebensqualität

Besuch im Ministerium für Arbeit und Soziales

Nach der Begrüßung durch den Staatssekretär, Jizchak Chasan (Schass-Partei), referierten verschiedene Abteilungsleiter des Ministeriums über Aufgaben und Ziele ihrer jeweiligen Ressorts.

Demographische und wirtschaftsstatistische Daten

Zunächst wurde über einige Eckdaten informiert, um die Kontextbedingungen und Schwerpunktsetzungen der Arbeit des Ministeriums deutlich zu machen. Israel hat gegenwärtig ca. 6,4 Millionen Einwohner, von denen 21 bis 22 % nicht-jüdisch (Araber, Drusen, Christen) sind. Die jährliche Inflationsrate beträgt 1,4 %, die Arbeitslosigkeit ca. 11 %. Der Anteil der Militärausgaben am Gesamtstaatshaushalt beträgt 21 %. Israels enormer Bevölkerungszuwachs resultiert in erster Linie aus der Zuwanderung von 60.000 bis 70.000 Immigranten pro Jahr, gerechnet ab 1992 (vorher noch wesentlich höhere Immigrantenzahlen). Das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer in Israel ist um ein Vielfaches höher als das in allen arabischen Nachbarstaaten. Ähnlich signifikante Unterschiede zu Gunsten Israels zeigen sich in Bezug auf Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Bildung usw.

Aus den mitgeteilten demographischen Daten lassen sich zum Teil enorme Unterschiede in der Lebensqualität der jüdischen und nicht-jüdischen Israelis ablesen. So beträgt die Kindersterblichkeitsrate bei jüdischen Israelis 4,5, bei nicht-jüdischen Israelis 9,0. Weitere Vergleichsdaten weisen in die gleiche Richtung:

	jüdische Israelis	nicht-jüdische Israelis
Geburtenrate	18,7	37,4
durchschnittliche Klassenstärke (Schüler)	27,0	31
Prozentsatz von Familien mit sechs und mehr Personen	9,3	35,8

Insofern wird das Selbstbild der arabischen Israelis, Bürger zweiter oder dritter Klasse zu sein, objektiviert.

Von den im Verlauf der Veranstaltung dargestellten Problemen sollen zwei herausgegriffen werden: zum einen Berufsqualifizierung/Umschulung/Erwachsenenbildung, zum anderen das Problem der Fremdarbeiter.

Berufsqualifizierung/Umschulung/Erwachsenenbildung

Die Eingliederung der jährlich 60.000 bis 70.000 Immigranten in die Gesellschaft und Wirtschaft Israels stellt insofern ein spezifisches Problem dar, als die Berufs- und Qualifikationsstruktur der Immigranten unzureichend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entspricht. Umfangreiche Umschulungsprogramme müssen deshalb aufgelegt werden. Die Programme selbst müssen ständig den sich rasch ändernden Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst werden, z. B. Anpassung des traditionellen Berufsbildes eines Kfz-Mechanikers an die Computerisierung des Kfz-Gewerbes. Hinzu kommen Programme für Personen, die ihren Wehrdienst abgeleistet haben, sowie für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in das Arbeitsleben. Um technologische Innovationen möglichst effektiv in Ausbildungs- und Übungsprozesse zu überführen, sind z. B. Berufsschullehrer zu einer "Öffnung" für neue Technologien zu befähigen. Dafür werden sogenannte "Training-for-Trainers"-Programme entwickelt. Mittels eines breiten internationalen Erfahrungsaustausches versucht das Ministerium, seine Programme zu effektivieren und zu modernisieren. In diesen Erfahrungsaustausch sind auch einschlägige Institutionen der BRD eingebunden, z. B. die Carl-Duisberg-Gesellschaft (Mechantronic-Projekt in der Kfz-Industrie, TeleControl, Video-Konferenzen).

Problem Fremdarbeiter

In Israel sind 103.000 registrierte Fremdarbeiter, das heißt Arbeitskräfte mit offizieller Arbeitsgenehmigung, tätig. Sie verrichten vorwiegend sogenannte "niedrige Arbeiten" und stammen zum größten Teil aus Nahost sowie aus mittel- und fernöstlichen Staaten (Indien, Philippinen, Thailand). Staatlicherseits werden Maßnahmen zum "Schutz" dieser Fremdarbeiter (soziale Sicherungen, Verminderung der tariflichen Kluft zwischen Fremdarbeitern und Israelis) getroffen. Schwerwiegende, die Volkswirtschaft empfindlich beeinträchtigende Wirkungen entstehen aber durch die große Zahl von illegalen Fremdarbeitern. Ihre Zahl wird auf 100.000 bis 200.000 geschätzt. Die israelische Industrie-Lobby verhindert kontrollierte Regelungen der Beschäftigung von Fremdarbeitern; zum Teil existieren sklavenähnliche Bindungen der illegalen Fremdarbeiter an die Arbeitgeber. Das Missverhältnis zwischen der hohen Zahl illegaler Fremdarbeiter einerseits und den 260.000 Arbeitslosen andererseits hat gravierende negative Auswirkungen auf die israelische Volkswirtschaft.

Bedingungen, die sich negativ auf die Wirtschaft Israels auswirken

In einem abschließenden Statement werden wesentliche Faktoren aufgezählt, die sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Israels auswirken:

- Globalisierung (Beispiel: Betriebe der Textilbranche werden aus Israel ausgelagert und nach Ägypten oder Jordanien verlegt, weil dort die Arbeitskräfte billiger sind.)
- Auswanderung von in Israel ausgebildeten Fachkräften
- Dramatischer Rückgang des Tourismus (2001: minus 30 %)
- Attentate und Sabotageakte insbesondere im Bereich Landwirtschaft und Bauwesen
- Hoher Militärhaushalt.

Trotz der genannten negativen Faktoren sind die ökonomischen Kennziffern Israels noch wesentlich günstiger als die der arabischen Nachbarstaaten.

Der zukünftige palästinensische Staat muss säkular sein

Zur aktuellen Lage und zur Situation christlicher Kirchen in Israel und den besetzten Gebieten

Treffen mit Pfarrer Gockel, Probst Reyer und Bischof Younan in Jerusalem

Der Empfang im Hause Reyer fand zu einem Zeitpunkt statt, zu welchem die Eskalation des Krieges erstmals zumindest indirekte Auswirkungen auf den Ablauf des Programms der Studienreise hatte: Ein in Bethlehem beheimateter, ebenfalls zur Diskussion eingeladener Amtskollege der anwesenden Gesprächspartner musste sein Kommen absagen, da ihm ein solches angesichts der militärischen Aktivitäten der IDF¹ unmöglich geworden war. Die IDF waren, wie mitgeteilt wurde, momentan dabei, Nablus zu bombardieren und in andere in A-Gebieten² gelegenen Städten mit über einem Dutzend Panzer einzurücken bzw. hatten über solche eine absolute Blockade verhängt und bislang an diesem Abend allein an die zwei Dutzend PälastinenserInnen getötet. Dies war um so bedauerlicher, als damit der Gruppe, die schon nicht die Gelegenheit hatte, die A-Gebiete selbst kennen zu lernen, der einzige dort verankerte Gesprächspartner vorenthalten blieb.

Probst Reyer, dessen Amtsbezirk aus historischen Gründen sowohl Jerusalem wie auch Amman umfasst, und der im Herbst 2001 seine Stelle angetreten hat, umriss eingangs die Aufgaben einer deutschsprachigen evangelischen Kirche im Heiligen Land und ging in diesem Zusammenhang auch auf seine eigenen Aktivitäten ein.

Da in Friedenszeiten neben den relativ wenigen deutschsprachigen Menschen, die für immer oder zumindest für eine längere Zeit ihre Zelte "vor Ort" aufgeschlagen haben, Tausende PilgerInnen aber auch TouristInnen ihren Weg nach Jerusalem finden, habe man zum einen die seelsorgerische Betreuung dieser Gruppen sich zum Ziel gesetzt. Inzwischen sind die Ströme letzterer versiegt: während "normalerweise" sonntags sich 500 bis 700 zum Gottesdienst in der – einst 1898 von Wilhelm II. nach seinem das die Bausubstanz des Jaffatores in Mitleidenschaft ziehenden Einzugs eingeweihten – Erlöserkirche versammeln, verlieren sich nun im Krieg unter ihrem Dach bei gleichartigen Anlässen die 30 bis 40 BesucherInnen, bei denen neben Botschaftsangehörigen auch VoluntärInnen³, Mitglieder zweier Studentengruppen und mit Palästinensern Verheiratete zum "harten Kern" zählen.

Insofern kann man sich nun u.a. verstärkt auf von Tag zu Tag nötiger werdende sozial(arbeiterisch)e Tätigkeiten konzentrieren, in deren Zentrum die Hilfe in Krankheitsfällen steht. Da angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage in Verbindung mit dem Umstand, dass all diejenigen PalästinenserInnen, die keine sie als traditionelle BewohnerInnen Jerusalems ausweisenden Papiere haben, grundsätzlich von jeglicher israelischen Sozialversicherung ausgeschlossen sind, die Not bei einer Erkrankung groß ist, da ärztliche Behandlung in den Hospitälern nur gegen Cash gewährt wird, besteht in solchen Fällen die Möglichkeit, dass die Probstei mit Hilfe eingeworbener Spendengelder (ca. 80.000 € p. a.) aus der BRD in die Bresche springt und eine entsprechende Krankenfürsorge in dem über den Dächern der Stadt thronenden, nach der Ehepartnerin von Wilhelm II. benannten Auguste-Viktoria-Krankenhaus finanziert.

Auf ideellem Gebiet widmet man sich, da man nicht der Auffassung ist, dass – wie mancherorts vertreten – Religion die Quelle von (Gewalt-)Konflikten sei und jene mithin unlösbar würden, sondern die Kirche vielmehr dazu da sei, mitzuhelfen, dass "Friede auf Erden" einkehre, u. a. den interreligiösen Kontakten. So fand beispielsweise

¹ Israel Defense Forces: Israelische Verteidungsstreitkräfte

² A-Zone: die – zumindest nach dem Abkommen von Oslo – von der Palästinensischen Autonomiebehörde selbständig verwalteten Gebiete wie etwa Jericho und Ramallah. B-Zone: die 'gemeinsam' verwalteten Gebiete bzw. C-Zone: die ohne Einschränkung unter israelischer Gewalt stehenden Gebiete, die das 'Meer' bilden, in welchem die 'Inseln' der A-Zone liegen.

VoluntärInnen arbeiten traditionell zur einen Hälfte auf israelischer, zur anderen Hälfte auf palästinensischer Seite nicht nur in sozialen Einrichtungen oder in Kirchen, sondern auch im Rahmen einer Art au pair in privaten Haushalten. Anfang des Jahres 2000 waren ungefähr 1.500 meist junge Menschen aus der BRD in Israel und den besetzten Gebieten tätig. Zur Zeit dürfte es sich um weitaus weniger handeln.



erst kürzlich ein Gespräch mit einem Oberrabbiner über Jesus als Gesetzeslehrer statt. Über Kirchenkonzerte erreiche man, dass sich selbst solche Juden und Jüdinnen, die sich für gewöhnlich nicht in die Jerusalemer Altstadt trauen, mit Andersgläubigen wenigsten unter dem Dach der Kirche zusammenfinden. Was die betreffenden Ängste anbelangt – selbst die BRD-Botschaft rät an Feiertagen von Altstadtbesuchen (Stand: 11.02.02) ab – wird betont, dass es grundsätzlich zu keinen Konflikten komme, aber darauf hingewiesen, dass bei gelegentlicher Anwesenheit Scharons, der ein Haus in der Altstadt sein Eigen nennt, diejenigen unter seinen Nachbarlnnen, die sich von ihm offensichtlich nicht geliebt fühlen dürfen, von VertreterInnen der staatlichen Organe präventiv ihrer Freiheit beraubt werden.

Unter den ChristInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft beteiligen sich auch einige an einer Art BürgerInnen beobachten den Check-point'-Aktionen, um so durch ihre Anwesenheit zu versuchen, wenigstens hin und wieder "unkorrektem Benehmen" der Besatzer aus den Reihen der IDF präventiv entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang hat Probst Reyer auf entsprechenden Versammlungen auch schon persönliche Erfahrungen gesammelt, zudem wird partiell mit BürgerInnengruppen wie z. B. den "Women in Black" kooperiert und – so entsprechende Informationen über Demos zu ihm durchdringen – über die Teilnahme an denselben "Flagge gezeigt". Ein weiterer Teil seiner (friedens-)politischen Aktivitäten besteht darin, dass er seiner "Berichtspflicht" Genüge tut und Details aber auch klare Stellungnahmen – über das Unrecht der Besatzung beispielsweise – an Kirchenkreise in der BRD weitergibt und mit Menschen redet, die solche Positionen nicht teilen bzw. die Augen vor der Realität verschließen.

Bischof Younan von der Evangelisch-Lutherischen Kirche stellte zunächst sich und seinen familiären Hintergrund vor. Demnach ist er ein arabisch-palästinensischer Lutheraner, Sohn einer aus Beer-Sheba stammenden Flüchtlingsfamilie, die in der Zeit der Staatsgründung Israels ihre 25.000 qm Land zu verlassen gezwungen waren, und verheiratet mit einer Frau, deren Familie aus dem maronitischen Dorf Bir Haim im Norden Israels mit dem Versprechen, sie könne bereits nach zwei Wochen wieder zurückkehren, ebenfalls 1948 vertrieben worden war.

Seine Kirche ist ein 'Spross' der lutherischen Mission. Bis Ende des II. Weltkriegs war man mit der Deutschen Mission verbunden geblieben, was u. a. zur Folge gehabt hatte, dass alle Kirchenangehörigen während der britischen

Besatzungszeit im I. und II. Weltkrieg als Mitglieder einer "Feindkirche" einer täglichen Meldepflicht bei den Militärbehörden unterworfen wurden. Nach 1945 wurde man dann mit Unterstützung des Lutherischen Weltbundes eine eigenständige Kirche.

Obwohl Christlnnen, die sowohl in Israel wie auch in den besetzten Gebieten leben, wegen ihres Glaubens weder von der Palästinensischen Autonomiebehörde noch von Israel verfolgt werden, nimmt die Zahl der Gemeindemitglieder der lutherisch-evangelischen Kirche aktuell eher ab. Dies hängt damit zusammen, dass immer mehr von ihnen auf der Suche nach einem besseren Leben ins Ausland emigrieren. Es handelt sich dabei in aller Regel um überdurchschnittlich gut Qualifizierte, denen ein solcher Schritt leichter als dem Durchschnitt fällt. Die Basis dafür hat nicht zuletzt ihre Kirche selbst geschaffen, da deren Schulen ihnen diese Qualifikationen erst vermittelt haben. Die kirchlichen Schulen, an denen auch muslimische Schüler unterrichtet werden, genießen einen guten Ruf, es bewerben sich viel mehr Schülerinnen und Schüler als an ihnen aufgenommen werden können. Durch das Betreiben derselben verfügt übrigens die lutherisch-evangelische Kirche vor allem in den besetzten Gebieten über einen großen Einfluss.

Da man befürchten muss, dass bei einer anhaltenden Tendenz zur Auswanderung in spätestens 20 bis 30 Jahren die Kirche aufhören wird, zu existieren, bemüht man sich aktuell durch eine Reihe von Maßnahmen, den Trend zu stoppen. Hierzu gehören neben einer "community based education" die Schaffung von Arbeitsplätzen für Gemeindemitglieder sowie eine kontinuierliche Verbesserung der Wohnverhältnisse.

Was die politische Position der Kirche anbelangt, so fordert man zuvörderst das Ende der israelischen Besatzung. Im Anschluss hieran soll auf alle Fälle vermieden werden, dass ein politisches Vakuum entsteht. Zu diesem Zweck will man die internationale Gemeinschaft in die Pflicht nehmen, welche dem palästinensischen Staat eine entsprechende Legitimität verschaffen soll. Die evangelisch-lutherische Kirche hat mit Blick auf Namibia und Südafrika, wo man jahrzehntelang nur von der Befreiung gesprochen und über diese, nicht aber über die Zeit der "post-occupation" diskutiert hat, gelernt und ist deshalb bestrebt, schon vorher entsprechende Prinzipien und Grundsätze fest zu schreiben. Ziel sollen Garantien für die Errichtung eines laizistischen Staates sein, wobei hierzu allerdings auch – und dies ist für die Kirche besonders wichtig – eine Verankerung der Rechte der christlichen Kirchen – und gleichberechtigt natürlich auch die der anderen Religionsgemeinschaften – in einem Verfassungsdokument, wobei man betont, dass aufgrund der Gegebenheiten insbesondere das Recht auf Errichtung und Betreiben einer freien (Privat-)Schule zu den Essentials zählt. Dies hat man bislang in Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) auch zugesagt bekommen. Der Umstand, dass die Schulbehörden der PA neuerdings dem ersten christlich-arabischen Curriculum ihren Segen erteilt haben, lässt insofern bezüglich der Realisierung obiger Forderung optimistisch in die Zukunft schauen.

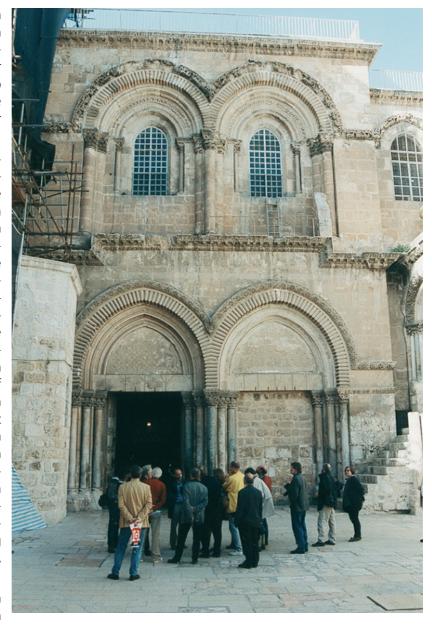
Zum Dialog mit Moslems wie Juden führte der Bischof aus, dass es dabei von Vorteil sei, dass er keinen Schuld-komplex habe. Er gehe davon aus, dass man in der Region immer zusammengelebt habe und es ein unverrückbares Ziel sei, dass dies zukünftig in Frieden und –was Palästinenser und Israelis betreffe – in zwei Staaten geschehe. Hierzu beizutragen liege auch in der Verantwortung der Deutschen. Was die Form des Dialogs anbelangt, so bevorzuge er die 'stille Diplomatie', da er keine öffentliche Propaganda machen wolle und über allem das Ziel zu stehen habe, den Hass zu beenden.

Pfarrer Gockel, Beauftragter der 1949 errichteten 'Päpstlichen Mission für Palästina", begann ebenfalls mit einem persönlich geprägten Statement. Als er nach seiner Missionarstätigkeit auf Borneo 1996 den Auftrag bekam, nach Jerusalem zu gehen, habe er sich sehr über die neue Aufgabe gefreut. Als Holländer sei man aufgrund des gemeinsamen Leidens unter dem Faschismus mit den Juden und Jüdinnen sehr verbunden und es habe ihn bei seiner Ankunft in seiner positiven Grundhaltung beispielsweise sehr bestärkt, in ein Land zu kommen, in welchem man sich allgemein mit "Shalom" begrüße, der Wunsch nach "Frieden" also alltäglich unmittelbar gegenwärtig sei. Doch sehr bald wurde er enttäuscht, als er wahrnahm, dass Juden und Jüdinnen als Opfer von Unrecht, das ihnen während des Faschismus geschah, nun diejenigen waren, die unrecht an den PalästinenserInnen handeln. Er betonte, dass er während der Zeit seiner Anwesenheit sehr viele verletzte und leidende PalästinenserInnen getroffen habe, was ihn sehr schmerzt.

Seine Aufgabe ist es u. a., ähnlich wie bei Probst Reyer auch, durch humanitäre Hilfe⁴ die Not zu lindern. Gleichzeitig unterrichtet er ebenfalls Menschen außerhalb Israels und der besetzten Gebiete über die Geschehnisse in der Region.

Was die Rolle der palästinensischen ChristInnen und deren Status anbelangt, so zählten diese stets zu denjenigen, die sich dem Westen gegenüber am offensten verhielten. Als für gewöhnlich vergleichsweise gut gualifizierte Menschen, die in ihrer Gesellschaft nie zu den Ärmsten gehörten, stellen sich ihnen relativ wenige Hindernisse entgegen, so sie den Wunsch haben, zu emigrieren. Pfarrer Gockel teilt insofern die Befürchtung von Bischof Younan bezüglich seiner eigenen ,Herde', dass diese sich, so es nicht bald Frieden geben wird, binnen kurz oder lang – vor allem wegen der Kinder - in alle Winde verstreuen dürfte, während im umgekehrten Fall die große Chance bestünde, dass viele von denjenigen, die ihrer Heimat bislang schon den Rücken gekehrt haben, wieder zurück kommen.

Für Christlnnen ist nach seinen Worten die Situation insofern



besonders drückend, da sie von ihrem Glauben her wissen, dass das jüdische Volk von Gott auserwählt worden ist, eben jenes Volk also, von welchem sie 'gedrückt' werden. Man kann sich nicht erklären, warum weder Gott noch die Christenmenschen im Westen eingreifen, um dies zu ändern. Man hat seit Ende des II. Weltkrieges die Erfahrung gemacht, dass keine oder nur wenige Hilfe für die PalästinenserInnen geleistet wird, sondern sogar insbesondere die Existenz palästinensischer ChristInnen überall im Westen negiert wird, PalästinenserInnen dagegen nur zu oft mit 'Terroristen' assoziiert werden.

Die von Enttäuschung geprägte Haltung ist ansonsten allgemein im Wachsen begriffen: Konnten sich Christlnnen zu Beginn der 2. Intifada kaum mit derselben identifizieren, so ändert sich dies nun – auch unter dem Eindruck, dass westliche, also 'christliche' Hilfe in effektiver Form weiterhin ausbleibt – zunehmend. Dabei spielt auch eine strategische Überlegung eine gewisse Rolle: So man weiterhin abseits stehen bleiben würde, fände man sich dadurch in der Zeit nach der Errichtung eines palästinensischen Staates in einer isolierten Position, mehr oder weniger bar aller Mitgestaltungsmöglichkeiten.

⁴ Da Pfarrer Gockel kein Mitarbeiter des AA oder sonstiger bundesdeutscher Regierungsstellen ist, darf unterstellt werden, dass er mit dem Begriff "humanitäre Hilfe" nicht zum Ausdruck bringen wollte, dass zu seinem Aufgabenkreis auch das Töten anderer Menschen im 'höheren Auftrag' gehört.

Zur Frage des Charakters des zukünftigen palästinensischen Staates schloss sich Pfarrer Gockel der Auffassung von Bischof Younan an, wonach es sich um einen säkularen Staat handeln müsse, in welchem die Anhängerlnnen der verschiedenen Religionen, aber auch die institutionellen Vertretungen derselben die jeweils gleichen Rechte in Anspruch nehmen und sich dabei auf entsprechende Verfassungsgarantien berufen können.

Im Gegensatz zu seinen evangelischen Brüdern hält Pfarrer Gockel die Auswanderung für mit den vorhandenen "Bordmitteln" nicht für verhinderbar. Er setzt seine Hoffnung auf ein Überleben der christlichen Gemeinden im Heiligen Land darauf, dass sich unter der ca. einen Million Migrantlnnen, die in den letzten beiden Dekaden aus den ehemals zur Sowjetunion zählenden Gebieten nach Israel gekommen sind, viele, u. U. bis zu 300.000 mehr oder weniger "verkappte" Christlnnen befinden, die sich zur Zeit aber noch nicht als solche zu erkennen geben (können), was sich aber in Zukunft ändern dürfte. Im übrigen werde es Gott schon richten.

Im folgenden nahmen die drei Kirchenvertreter zu den an sie gerichteten Fragen Stellung.

Was die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen christlichen Denominationen anbelangt, so ist zwar offensichtlich, dass zwischen einzelnen von ihnen seit alters her vieles im Argen liegt⁵, doch zwinge die Not zum Zusammengehen. So fand beispielsweise am 23. Oktober 2001 ein gemeinsamer 'Gebetsmarsch' nach Bethlehem statt, wobei dies zugegebenermaßen eher die Ausnahme als die Regel darstellt.

Auf die Frage danach, ob von kirchlicher Seite den PalästinenserInnen gesagt werde, dass Terroranschläge kein geeignetes Mittel des Kampfes darstellen würden, vergleicht Pfarrer Gockel die Lage der PalästinenserInnen mit der der HolländerInnen unter dem faschistischen Terrorregime, räumt aber ein, dass sich an dieser Sicht seit dem Angriff auf militärische und zivile Ziele in den USA im vergangenen Jahr etwas geändert haben könnte. Bischof Younan meinte hierzu, dass es allgemein immer Menschen zweier unterschiedlicher Geistesverfassungen gäbe, einerseits diejenige der eher einfach Gestrickteren, die dazu neigt, die Ursachen zu vergessen, und im Gegensatz dazu diejenige, die sich weigert, nur Symptome kurieren zu wollen. Er selbst sei gegen jede Gewalt und auch die Mehrzahl der PalästinenserInnen glaube nicht an die Gewalt, wobei es allerdings ein Problem darstelle, dass von Seiten verschiedener Muftis unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. Dies ändere aber nichts daran, dass er mit seinem Volk zu sein habe und dass man als gemeinsame Ziele für die Zukunft sowohl die Freiheit für Palästina wie auch die Gewährleistung der Sicherheit für Israel auf dem Panier habe.

Die Nachfrage, ob denn von ihm konkret etwas zu einer Aktion etwa der Tansim gesagt werden würde, wurde positiv beschieden, aber auch darauf verwiesen, dass er aufgrund der von ihm favorisierten 'stillen Diplomatie' darüber öffentlich nicht sprechen wolle.

Danach befragt, ob irgendwelche der Kirchen sich mit der "Beweissicherung" für mögliche zukünftige Gerichtsverfahren beschäftigen würden, verneinte dies Bischof Younan mit Verweis auf die begrenzten Mittel derselben und verwies darauf, dass dies von einigen NGOs gemacht werden würde. Bei dieser Gelegenheit brachte er aber seinen Wunsch zum Ausdruck, dass KriegsverbrecherInnen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden sollten.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob christliche Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft zur Armee gehen wollen bzw. sollten, wurde auch noch um eine Einschätzung gebeten, welches Verhältnis diese denn zum israelischen Staat hätten. Was den Armeedienst anbelangt, so wird dieser von 98 Prozent derselben abgelehnt, im Gegensatz zu den Drusen beispielsweise ziehen nur sehr wenige die Uniform der IDF an. Gleichwohl stehen sie traditionell loyal zum Staat, wobei zu konstatieren ist, dass in den letzten Jahren aufgrund dessen, dass sie sich zunehmend als Bürger zweiter Klasse erleben, ihr ("Gruppen"-)Nationalismus wächst und der Schock, nachdem Angehörige der israelischen Sicherheitskräfte im Oktober 2000 bei einer Demonstration 13 PalästinenserInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft über den Haufen geschossen hatten, dazu beigetragen hat, dass die loyale Grundstimmung insofern einem Änderungsprozess ausgesetzt ist.

Auf die Frage, ob die Kirchen denn Trägerinnen einer demokratischen Entwicklung in einem palästinensischen Staat der Zukunft sein können, nimmt Probst Reyer eine eher skeptische Haltung ein. Er ist der Auffassung, dass

⁵ Ein Beispiel par excellence hierfür bietet die Grabeskirche, in und um welche der Streit erst dann abflaute, als die Hohe Pforte sich entschloss, die Schlüsselgewalt' auf immer einer muslimischen Familie zu übertragen.

in der palästinensischen Gesellschaft – und dabei zieht er Parallelen mit seiner negativen Erfahrung bezüglich der bislang nicht geglückten Verbreitung der Idee einer (Familiengrenzen überschreitenden) "caritas" – weiterhin Familienclans eine sehr große gesellschaftliche Bedeutung haben, so dass eine Demokratie in einer Form wie in Europa es eher schwer haben dürfte, was einen aber nicht davon entbinden dürfe, Demokratie (vor-)zuleben. Bischof Younan betont in diesem Zusammenhang, dass er persönlich sowohl einen demokratischen Staat wie auch eine Zivilgesellschaft haben wolle und man zur Erreichung dieses Ziels Demokratie auch an den Schulen lehren würde und müsse.

Aus Europa kommt nicht genügend Druck

Gespräch mit der Journalistin Inge Günther (Frankfurter Rundschau) in der Altstadt von Jerusalem

Frau Günther, die seit sechs Jahren in Jerusalem für die Frankfurter Rundschau und verschiedene andere Zeitungen arbeitet, wurde zuerst um eine Einschätzung der gegenwärtigen Ereignisse in Israel gebeten: Sie berichtete, dass die israelische Armee am Vortag erstmals wieder in Flüchtlingslager (Jenin und Balata) eingedrungen wäre. In Balata leben 18.000 Flüchtlinge des Krieges von 1948, es gibt im Gaza-Streifen aber auch Lager mit 80.000 Flüchtlingen. Die Armee drang durch Niederwalzen der Häuser 70 Meter in das Flüchtlingslager vor. Als Auslöser für diesen Schritt der israelischen Armee wird das Selbstmordattentat einer jungen Frau in Jerusalem angegeben. Presseberichten zufolge will die israelische Armee mit diesem Vordringen in das Flüchtlingslager zeigen, dass sie vor nichts zurückschreckt. Außerdem sollten Waffenlager aufgedeckt werden. Und es spricht auch einiges dafür, dass tatsächlich einige Selbstmordattentäter aus den Lagern stammen.

Frank von Auer ergänzt, dass auch die eigene palästinensische Polizei nur ungern in die Lager geht. Dort gelten keine Autoritäten. Die palästinensische Polizei konnte dort bisher keine Waffen einsammeln. Im Lager von Balata habe die Fatah großen Einfluss.

Frau Günther nennt die drei (bewaffneten) palästinensischen Befreiungs-Bewegungen (im Jihad):

- 1. Al Fatah steht Arafat und der palästinensischen Polizei sehr nahe, hat großen Einfluss auf die Flüchtlinge.
- 2. Hamas, eine relativ breite palästinensische Organisation, die in Opposition zu Arafat steht.
- 3. Hisbollah, eine vom Iran unterstützte extremistische Gruppe.

Frau Günther berichtet aber auch, dass jetzt in der israelischen Presse Stimmen auftauchen, die dem palästinensischen Volk ein Recht auf Widerstand und Selbstverteidigung zuerkennen, insofern deute sich vielleicht ein Stimmungswandel an.

Das erste Diskussionsthema beschäftigte sich mit der Sicherheit der Journalisten und Touristen in Israel. Frau Günther fragte zunächst die Gruppe, ob sie Bedenken hatte, zu diesem Zeitpunkt nach Israel zu kommen.

Ingeborg Wender: Ich bin jedenfalls heilfroh, wenn ich im Flugzeug sitze ...

Ursula Schumm-Garling: Es kommen in Israel immer noch mehr Leute bei Verkehrsunfällen um. Es ist also wichtig, einen guten Busfahrer zu haben ...

Frau Günther erzählte, dass sie ohne Bedenken zum Beispiel nach Gaza, nach Ramallah genau so wie nach Tel Aviv fahre. Aber die gefährlichen Punkte im Lande seien die Checkpoints. Dort sitze der Finger der Soldaten sehr locker am Abzug. Sie berichtete, wie sie sich stets vorsichtig mit erhobenen Händen am Steuer, Licht im Auto und ganz langsam fahrend den Checkpoints nähert. Es gäbe keine klaren Strukturen und Rechte an den Checkpoints. Hier gelte der Befehl des jeweiligen Vorgesetzten.

Ein zweites Diskussionsthema waren die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten in Israel. Rainer Müller: Gibt es Behinderungen der journalistischen Arbeit?

Frau Günther verneint das, außer den allgemeinen Behinderungen an den Checkpoints gäbe es keine Erschwernisse. Allerdings schildert sie dann einen konkreten Fall, bei dem sie nach der Zerstörung palästinensischer Häuser durch die israelische Armee mitging, als der palästinensische Hausbesitzer zu den israelischen Soldaten gerufen wurde. Ihm wurde handgreiflich klargemacht, dass es ihm nicht gestattet sei, mit Journalisten zu reden. Daraufhin reichte Frau Günther Beschwerde ein und bekam auch ein formales Entschuldigungsschreiben der Armeeoberen. Sie fasst zusammen, dass es Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten gäbe, dass sich aber

auch israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen um die Dokumentation derartiger Menschenrechtsverletzungen kümmern würden.

Insgesamt aber würde in Israel sehr offen diskutiert, es gäbe viel Kritik zum Beispiel an Knesseth-Mitgliedern, Korruptionsdiskussionen u.a. Viele ausländischen Journalisten versuchten sich nicht eindeutig zu positionieren und auf beiden Seiten zu arbeiten. Die deutschen Journalisten seinen nach den US-Amerikanern die größte Gruppe ausländischer Journalisten in Israel (ca. 15).

Ein drittes Thema war die Frage nach der weiteren Entwicklung des politischen Geschehens in Israel. Harald Vogel: Wird es eine weitere Eskalation geben? Frau Günther bejaht diese Frage. Es gäbe israelische Stimmen, die von einer Wiedereroberung der palästinensischen Gebiete sprechen, auf der Gegenseite haben die palästinensischen Polizisten bisher nicht an der Intifada teilgenommen und auch die Fatah habe sich bisher kaum beteiligt. Würde dies geschehen, wäre das eine gewaltige Eskalation. Im Dezember 2001 gab es einen Waffenstillstand, der halbwegs stabil zu sein schien, bis am 12. Januar 2002 die Israelis eine Liquidation durchführten. Es gibt von beiden Seiten immer wieder Eskalationen. Allerdings sei nach dieser Liquidation auch das israelische Friedenslager wieder erwacht. Scharons Umfragewerte sinken und liegen jetzt bei 53 % Zustimmung zu seiner Politik. Allerdings sei auch kein Gegenkandidat zu Scharon in Sicht. Die Arbeitspartei sei bisher nicht mit einem Kandidaten aufgefahren. Nach Ansicht von Frau Günther sei Ben Elieser nicht charismatisch genug, aber sehr aktiv. Vielleicht könnte die Arbeitspartei auch einen ganz neuen linken Kandidaten aufstellen wie einen ehemaligen Inland-Geheimdienstchef. Auch die israelischen Wirtschaftsunternehmen seien dem Friedenprozess zugeneigt. Frank von Auer: Die Manufactors Association hat sogar direkte Verbindungen mit palästinensischen Unternehmen aufgenommen. Andrä Wolter: Welche Chancen des internationalen Einflusses gibt es? Frau Günther verweist hier auf die saudische Friedensinitiative als gegenwärtig einzigen internationalen Vorschlag. Aus Europa käme nicht genügend Druck. Außenminister Fischer konnte keinen einheitlichen europäischen Standpunkt oder Druck verdeutlichen. Insgesamt sei die israelische Gesellschaft nach rechts gerückt vor allem durch die russischen Einwanderer. Man sei immer noch wenig kompromissbereit. Der Wille Frieden zu schließen kommt nicht aus einer Versöhnungsbereitschaft, sondern aus einem Abgrenzungsbedürfnis heraus.

Ein viertes Diskussionsthema des Abends kreiste um die Frage von Wolfgang Ruck: Wie wird der palästinensische Staat aussehen? Frau Günther zeigt sich hier optimistisch. Die Hamas wird, so ihre Einschätzung, genügend Pragmatismus entfalten. Sie selbst habe schon mit palästinensischen Direktoren gesprochen, die nur darauf warten, den palästinensischen Staat der Welt gegenüber zu öffnen. Auch gäbe es seitens der Palästinenser keine überzogenen Erwartungen an einen eigenen Staat, die Hauptsache wäre, dem Besatzungsstatus zu entfliehen. Frau Günther schätzt auch ein, das der palästinensische Staat kein moslemischer Staat sein wird, sondern durchaus demokratiefähig. Es gäbe eine palästinensische Zivilgesellschaft – die Frage sei nur in welchen Zustand sie nach einer langen Intifada sein wird. Wirtschaftlich würde dieser Staat Unterstützung brauchen. Der Verbleib europäischer Steuergelder in der bisherigen Autonomiebehörde wird bisher jedoch wenig kontrolliert.

Nur noch 25 % der Kinder bleiben Kibbuz-Mitglieder

Besuch des Kibbuz Shoval und Gespräch mit Yaela und Eleazar Granot

Nachdem wir an der Universität Haifa viel über die Geschichte und den Strukturwandel der Kibbuzim gehört und auf dem Golan einen "reformierten" Kibbuz besucht hatten, konnten wir im Negev den Kibbuz Shoval, einen traditionellen Kibbuz, kennen lernen. Die Begrüßung durch Yaela, ihren Mann Eleazar, Mitbegründer der Arbeitspartei, ehemaliger Leiter von Givat Haviva, ehemaliger Botschafter in Südafrika und jetzt Kibbuzsekretär sowie Jossi, einem der Gründer dieses Kibbuz, war überwältigend freundlich.

Jossi skizzierte kurz die Geschichte dieses Kibbuz, der 1944 in Netanja gegründet worden war und nach zwei Jahren ausgewählt wurde, in den Negev zu übersiedeln, um die "Wüste" für Israel zu erschließen und fruchtbar zu machen. Den Siedlungsraum beschrieb er als eine Steppenlandschaft, die dünn durch Beduinen besiedelt war, die traditionelle Viehzucht und in bescheidenem Maße Landwirtschaft betrieben. Das Land für die Siedler war von der Jewish Agency aufgekauft und in einen Nationalfonds eingebracht worden, von dem die Kibbuzgründer ihr Land zugewiesen bekamen. Die Besitzverhältnisse zuvor waren sehr unklar. Der Kibbuz mit anfänglich 20 bis 30 Mitgliedern hatte im Unterschied zu vielen anderen recht gute Beziehungen zu den benachbarten Beduinen, die sich hier offensichtlich nicht als enteignet oder vertrieben fühlten. Die ersten Jahre im Negev beschrieb Jossi als außerordentlich hart. Die Mitglieder hausten in Zelten, später in Baracken, es gab keinen Strom, kein Telefon, das Wasser musse mit Lastwagen auf unbefestigten Wüstenpfaden herbeigeschafft werden. Eine Mißernte im ersten Jahr dämpfte die Hoffnungen der Pioniere. Die Situation verbesserte sich, als Shoval 1947 an die erste, von der Küste kommende Wasserleitung angeschlossen wurde. Nach Krieg 1948 entwickelte sich der Kibbuz sehr gut, obwohl bis 1956/57 die Konflikte mit den arabischen Nachbarn anhielten und bei den Unruhen die Wasserversorgung oft unterbrochen wurde.





Heute lebt der vergleichsweise wohlhabende Kibbuz mit ca. 300 Mitgliedern und 600 Einwohnern hauptsächlich von der Landwirtschaft (Weizen, Gerste, Sonnenblumen, Kartoffeln, Paprika und Auberginen sowie Viehzucht), kleineren Betrieben und von dem Einkommen der Mitglieder, die außerhalb des Kibbuz tätig sind. Der Anbau von Zitrusfrüchten ist wegen mangelnder Rentabilität aufgegeben worden.

Yaela und Eleazar betonten in der Diskussion, dass sie an der ursprünglichen Idee des Kibbuz festhalten wollen und hoffen, dies weiter durchhalten zu können. Aber ihre Zweifel waren unüberhörbar. Die Zahl der Mitglieder, die Veränderungen wollen, wächst ständig. Insbesondere die zweite und dritte Generation nach den Gründern wendet sich zunehmend gegen das Prinzip der gemeinsamen Kasse und fordert mehr privaten Besitz mit einer individuellen Entlohnung nach dem Leistungsprinzip. Yaela und Eleazar vertreten denen gegenüber ihre Auffassung, dass alle gleich sind, dass es keine Reichen und keine Armen geben dürfe. Aber viele Kinder des Kibbuz, die inzwischen studiert haben und nach ihren Abschlüssen außerhalb des Kibbuz in zum Teil in hochbezahlten Berufen arbeiten, sehen nicht ein, dass ihre Einkommen in den gemeinsamen Topf fließen.

Yaela, die selbst lange Kibbuzsekretärin war und heute in einem Leitungsgremium des öffentlichen Fernsehens sitzt, bemüht sich insbesondere um die Kooperation mit Arabern. Ihr Traum ist der Aufbau einer solidarischen, toleranten Gesellschaft. Im Rahmen ihres Projektes "Eden" hat sie u.a. durchgesetzt, dass seit 5 Jahren Beduinenkinder in den Schulen und Krankenhäusern des Kibbuz aufgenommen werden und dass alle jüdischen und arabischen Feste gemeinsam gefeiert werden. Durch mehrere Frauenförderungsprojekte hat sie die prekäre Lage vieler Beduinenfrauen deutlich verbessert. Die Beziehungen zwischen den Juden und Beduinen im Kibbuz bezeichnete sie als sehr gut, insbesondere die zwischen den Kindern und Jugendlichen. Als einen besonderen Erfolg sieht sie die Tatsache, dass inzwischen die hebräische und die arabische Sprache hier als gleichwertig betrachtet werden. Nur einigen arabischen Eltern haben Probleme damit, dass ihre Kinder heute oft lieber hebräisch als arabisch sprechen.

Eleazar ergänzte die Ausführungen von Yaela mit der Feststellung, dass die Mehrheit der Mitglieder des Kibbuz Shoval zum linken Flügel der Linken in Israel gehören, 17 Mitglieder den Kibbuz aber kürzlich verlassen haben, um sich dem einzigen noch in Israel bestehenden kommunistischen Kibbuz anzuschließen. Die Linke beschrieb

er als außerordentlich zerstritten und verunsichert. Klar sei allen, dass es so wie bisher politisch nicht weiter gehen könne. Die Abkehr von der Konfrontation und die Rückkehr zum Dialog ist seiner Meinung nach nur durch ausländische Unterstützung möglich.

Die Zukunft ihres Kibbuz sehen Yaela und Eleazar mit einer gewissen Skepsis. Sie wissen, dass sie sich dem Drängen nach Reformen auf Dauer nicht verschließen können. Als Alarmzeichen werten sie die Tatsache, dass nur noch 25 % der Kinder Kibbuzmitglieder bleiben. Der Kibbuz braucht deswegen dringend neue Mitglieder, vor allem solche, die gewillt sind, die ursprünglichen Ideen weiter zu tragen.

Dieser hochinteressante und von der menschlichen Atmosphäre her beeindruckende Vormittag endete mit einem üppigen Essen. Ich hoffe, im Namen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Studienreise zu sprechen wenn ich sage, diesen zutiefst von humanistischen Idealen geprägten Menschen begegnet zu sein, stellt eine persönliche Bereicherung dar.

Besuch des biblischen Arad

Arad war seit dem 4. Jahrtausend v. Chr. kontinuierlich besiedelt. Diese Siedlung gilt als die besterhaltene bronzezeitliche Siedlung. Es wurde zwischen 1962 und 1984 ausgegraben. Seine Blüte erlebte Arad um 1000 v. Chr., als die mächtigen kanaanitischen Herrscher ihre Stadt mit einer 1180 m langen und bis zu 2,50 m dicken hufeisenförmigen Befestigungsmauer und ca. 11 halbrunden Türmen umgeben haben. Am höchstgelegenen Teil der Stadt befindet sich die in der Eisenzeit um 1100 v. Chr. errichtete israelische Zitadelle. Das Heiligtum in der nordwestlichen Ecke der Zitadelle ist der älteste bekannte israelische Tempel (Mitte des 10. Jahrhunderts v. Chr.). Im alten Testament wird im 4. Buch Moses 21.1 bis 21.4 folgendes ausgeführt: Als der Kanaaniterkönig von Arad im Südland erfuhr, dass die Israeliten den Weg über Atarim eingeschlagen hatten, griff er sie an und nahm einige von ihnen gefangen. Da versprachen die Israeliten dem Herrn "Wenn Du dieses Volk in unsere Gewalt gibst, werden wir an ihren Städten den Bann vollstrecken". Der Herr erhörte ihre Bitten und ließ sie über den König von Arad siegen. Die Israeliten erfüllten ihr Gelübde und vernichteten die Besiegten samt ihren Städten. Deshalb bekam die Stadt, die heute dort liegt, den Namen Horman (Bann).



Im Zustand der Selbstlähmung

Gespräch bei der Histadrut – General Federation of Labour in Israel mit Shlomo Shani, Chairman Trade Union Department, Dr. David Levy, Chairman der Internationalen Abteilung und Advocate Dori, Vertreterin der Rechtsabteilung

Die Gewerkschaftsbewegung in Israel erlebt immer noch die Folgen der politischen Wende 1994, als gesetzgeberisch eine Strukturveränderung verordnet wurde, indem die gesetzliche Krankenkasse für Arbeitnehmer, die im Eigentum der Histadrut funktionierte, privatisiert wurde. 70 % der israelischen Arbeitnehmer zahlten mit der Mitgliedschaft in der Histadrut ihren Gewerkschafts- und Krankenkassenbeitrag ein, so dass die Histadrut ein hohes Budget verwaltete und einen entsprechenden politischen Einfluss über die Arbeiterpartei ausüben konnte. Der plötzliche Einnahmeverlust und die Kosten der Strukturveränderung summierten einen Schuldenberg von 1,6 Milliarden Schekel, der sich durch Verkauf von Eigenkapital auf 1 Milliarde verringerte. Es blieb ein jährliches Budgetdefizit von 260 Mill. Schekel Einnahmen gegenüber 450 Mill. Ausgaben.

Eine radikale Strukturreform war angesagt, die Zahl der Niederlassungen wurde auf die Hälfte reduziert, die Anzahl der Einzelgewerkschaften von 40 auf 22 verringert. Die Frage der Finanzbalance und die Verteilung der Interessenkonstellation bzw. der parteipolitischen Einflussnahme über die Wahlen zum Gewerkschaftskongress, der auf den 7. Mai verschoben wurde, bestimmen die Aktivität und Diskussion innerhalb der Histadrut. Die politische Arbeit der Gewerkschaft wird vom Wahlkampf bestimmt bzw. überlagert: dies bedeutet angesichts der Kriseneskalation in der Arbeits-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik eine Katastrophe.

Das Gespräch über diese Ausgangslage bestätigt uns den von der Gewerkschaft beklagten Zustand der Selbstlähmung. Denn angesichts der knappen Gesprächszeit und trotz des detaillierten Fragekataloges bestimmte die hauseigene Histadrutproblematik das Referat des Vorstandsmitglieds Shlomo Shani.



Fragen zur sozioökonomischen Krise beleuchteten zum Teil den geringen politischen Einfluss der Gewerkschaften. Über die Partei der Arbeiterbewegung (letzte Wahlen zum Kongress 22 %) kann z. B. mehr Einfluss als über die Betriebsräte gewonnen werden. Der Vorsitzende der Histadrut, Amir Peretz, zugleich Vorsitzender der von ihm gegründeten Partei "Ein Volk", konnte zwei Sitze in der Knesseth gewinnen.

Eine weitere Verschärfung der sozioökonomischen Krise: Steigerung der Arbeitslosigkeit gegenüber 1998 von 7 % auf 10,2 % mit steigernder Tendenz wird u. a. auf die Folgen der Intifada 2000 zurückgeführt. Eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich ist die Folge. Es wächst der Anteil der Bevölkerung, der unter dem Lebensminimum existieren muss. Privatisierung, freie Marktwirtschaft, Globalisierung und die Abschottungspolitik gegenüber palästinensischen Arbeitnehmern führen dazu, dass mit sozial ungesicherten und lohninflationären Verträgen Fremdarbeiter vor allem aus Asien ins Land kommen, die die einheimischen tarifrechtlich organisierten Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit treiben. Arbeit nach Rahmentarifverträgen nimmt rapide ab. Angesichts der zunehmenden Staatsverschuldung (270 Milliarden Schulden, Defizithaushalt von 4 %) ist mit einer arbeitnehmerfreundlichen Sozialpolitik zur Zeit nicht zu rechnen. Die Folge ist ein zunehmender Einfluss der Leihgesellschaften, eine zunehmende Kluft zwischen der Histadrut und der Regierung und ein zähes Ringen um einen Solidarpakt zwischen der Regierung, der Arbeitgeber, der israelischen Bank und der Histadrut, um die galoppierende Arbeitslosigkeit zu stoppen, die Industrie zu stärken, um eine wirtschaftliche Wachstumssteigerung zu gewährleisten. Bislang kann diese Politik als gescheitert angesehen werden. Angesichts der innen- und aussenpolitischen Krisensituation ist kein Ausweg aus der Blockadesituation zu erkennen.

Die Rechtsvertreterin, Frau Dori, berichtete über das Bemühen, die Diskriminierung der palästinensischen Arbeitnehmer, vor allem Arbeitnehmerinnen durch die Rechtsberatung und Rechtsvertretung der Histadrut zu verbessern. In der Histadrut sind vier Rechtsanwälte für diese Aufgabe engagiert. Der rechtliche Beistand gestaltet sich schwierig, weil das Klagerecht der palästinensischen Arbeitnehmer undemokratisch beschränkt ist. Nach der Intifada von 2000 führte die politische Radikalisierung zu einem fast völligen Kontaktabbruch. Es besteht zur Zeit nur eine Rechtsbeihilfe über Aktentransfer, der sich jedoch durch die mangelnde Kooperation der israelischen Institutionen und der Blockade seitens der palästinensischen Gewerkschaft aus Angst vor israelischer Bedrohung minimalisiert.

Dieses Land befindet sich im Krieg

Empfang beim Deutschen Botschafter Rudolf Dressler in Tel Aviv

Der Botschafter gab zunächst einen Überblick über die derzeitige Lage in Israel und die Intifada-Kämpfe in den Palästinensergebieten: "Dieses Land befindet sich im Krieg". Eine europäische "logische" Lösung sei kaum sichtbar. Die seit 18 Monaten anhaltenden, sich auf der Spirale der Gewalt ständig nach oben schraubenden Kämpfe bedrohen nunmehr auch verstärkt die Zivilbevölkerung; als große neue Bedrohung sei anzusehen, dass sich nun auch Teile der arabischen Einwohner innerhalb Israels (d.h. israelische Staatsbürger arabischer Herkunft) an der Intifada beteiligten.

Es gibt drei "nicht kompatible" Probleme: Die Rückkehr der arabischen Flüchtlinge aus den Lagern, die jüdischen Siedlungen und der Status von Jerusalem: Vorstellbar ist daher bisher lediglich ein Ausklammern, eine Interimslösung. Premierminister Ariel Sharon, dessen Popularitätskurve sinke, sei angetreten unter dem Anspruch "mehr Sicherheit durch militärische Stärke"; dieses Ziel ist jedoch wegen der Partisanen-/Guerillakämpfe und der Selbstmordattentate so nicht erreichbar. Botschafter Dressler fasst seine Einschätzung zusammen: "Entweder Erschöpfung, Sieg/Niederlage zwingen zur Verständigung oder Einsicht führt zur Verständigung".

Die anschließende lebhafte Diskussion thematisierte zwei Grundsatzfragen: Können Juden und Palästinenser friedlich neben- und miteinander leben, und wie würde ein Staat Palästina aussehen? Dazu nannte Herr Dressler statistische Zahlen: 50 % der Palästinenser wollen 2 Staaten, die anderen wollen EINEN Staat und "die Juden ins Meer treiben". Dieselbe Entwicklung gibt es in Israel, wo eine steigende Minderheit es befürwortet, die Palästinensergebiete endgültig militärisch zu besetzen. Auf mögliche deutsche Hilfestellungen angesprochen, verwies der Botschafter auf den großen Vertrauensvorschuss des Bundesaußenministers Joschka Fischer und die Rolle Deutschlands als größter Geldgeber sowohl für israelische als auch für palästinensische Projekte. Er warnte jedoch gleichzeitig davor, eine Aussetzung der finanziellen deutschen und EU-Transferleistungen als politisches



Druckmittel einzusetzen; dazu sei die EU (zu) uneins und zudem verträte die USA eine (zu) starke Gegenposition

Der Abschlusshinweis des Botschafters Dressler erscheint mir besonders interessant: "Arafat ist dreimal fatalen Fehleinschätzungen erlegen: Er wollte gewaltsam einen Palästinenserstaat in Jordanien, dann im Libanon errichten – und ist daran gescheitert – und hat das Camp-David-Abkommen nicht unterzeichnet. Wahrscheinlich ist dies sein letzter Kampf; daher bleibt Arafat der entscheidende Mensch in diesem Konflikt."

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen, Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Strukturpolitik, Mitbestimmung, Erwerbsarbeit, Kooperativer Staat und Sozialpolitik. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Magazin "Mitbestimmung" und den "WSI-Mitteilungen" informiert die Stiftung monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der homepage www.boeckler.de bietet sie einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung Abteilung Öffentlichkeitsarbeit Hans-Böckler-Straße 39 40476 Düsseldorf Telefax: 0211/7778 - 225 www.boeckler.de



Fakten für eine faire Arbeitswelt.